

Preussische Allgemeine



Nr. 11 · 17. März 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Verheerender Flurschaden

Wie die Ampel im Namen des Klimaschutzes der Natur immer stärker zusetzt – und den Artenschutz praktisch aufhebt Seite 12



Kulturgut Die EKD und der Danziger Paramentenschatz Seite 10



Ignorierte Gefahr Die Integrationsverweigerung arabischer Clans Seite 3

PREUSSEN

Prinz Georg Friedrich zieht Klagen zurück

In dem jahrelangen Rechtsstreit über Eigentumsfragen hat Georg Friedrich Prinz von Preußen, Oberhaupt des Hauses Hohenzollern, seine Klagen gegen den deutschen Staat zurückgezogen. Dies betrifft alle Forderungen auf Rückerstattung von Immobilien und Kunstwerken nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz von 1994. Mit diesem Schritt, so der Prinz in der vergangenen Woche in Berlin, wolle er „den Weg frei machen für eine unbelastete Debatte in der Geschichtswissenschaft zur Rolle meiner Familie im 20. Jahrhundert nach dem Ende der Monarchie“.

Unabhängig von diesem Verzicht werde er „auch weiterhin öffentlichen Museen in ganz Deutschland Leihgaben aus unserer privaten Kunstsammlung auf Wunsch zur Verfügung stellen“. Sein Ziel sei es, die Hinterlassenschaften seiner Familie als gemeinsames Kunst- und Kulturerbe dauerhaft für die Öffentlichkeit zu erhalten.

Zugleich erklärte Georg Friedrich, dass er sich wünsche, dass sich künftig der Fokus der Debatten über die Rolle seiner Familie im 20. Jahrhundert weniger auf den Ex-Kronprinzen Wilhelm richten würde und stattdessen die Vielfalt und Widersprüche innerhalb seiner Familie betrachtet würden. So habe es eben auch Familienmitglieder gegeben, die sich nicht mit dem NS-Regime gemein gemacht haben, etwa Prinz Friedrich Leopold von Preußen, der im Konzentrationslager Dachau interniert war, oder sein Großvater Prinz Louis Ferdinand. *neh*

POLITIK

Schwarz und Rot in Berlin wagen den Neuanfang

In der Hauptstadt zeigen Christdemokraten und Genossen, dass sie zu Reformen fähig sind – und dass „Bullerbü“ kein Schicksal sein muss

VON KLAUS KELLE

Seit einer Woche laufen die Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition aus CDU und SPD für die deutsche Hauptstadt. In 13 Arbeitsgruppen sitzen Genossen und Christdemokraten zusammen und gehen Punkt für Punkt durch, was sich ändern muss in Berlin. Und da kommt einiges zusammen.

Die CDU ist klar stärkste Partei geworden, braucht aber einen Partner für die Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Die nur kurz Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) hätte rechnerisch weitermachen können mit Grünen und Linken, aber selbst in ihrer Partei hat sich – außer bei den Jusos – herumgesprochen, dass es ein Weiter-so nicht geben kann.

Zu groß sind die Probleme und Konflikte. Die Verstaatlichung der Immobilienwirtschaft ist zwar in der Bevölkerung populär, wäre aber ein Wahnsinn vor dem Hintergrund der Wohnungsnot und dem offensichtlichen Versagen des rot-rot-grünen Vorgängersensats, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Silvesternacht mit schweren Ausschreitungen und Angriffen auf Polizisten, Feuerwehrcräfte und Rettungssanitäter hat bundesweit für Empörung gesorgt. Der Zustand der Berliner Schulen? Eine einzige Katastrophe. Integration? Araber-Clans? Dringend benötigte Infrastrukturprojekte? Wohin man in

Berlin schaut, drängt sich der Eindruck auf, dass die es einfach nicht können.

Giffey hat schnell erkannt, dass sie persönlich ein Zeichen setzen muss, wenn sie selbst noch eine politische Zukunft in Berlin und ihrer Partei haben will. Also: Zurücktreten ins Glied, dem Wahlsieger Kai Wegner (CDU) das Büro im Roten Rathaus überlassen, und dann „schau'n wir mal“.

Eine Agenda (nicht nur) für Berlin

Die wichtigsten Themen sind innere Sicherheit und Bildung. Obwohl die CDU deutlich mehr Stimmen bekommen hat, werden beide Seiten jeweils fünf Senatoren bekommen. Die Union erhält noch den Chef der Senatskanzlei und natürlich Wegner als Regierenden Bürgermeister.

Interessant: Stand 14. März soll die SPD-Frau Iris Spranger als Berliner Innensenatorin in diesem wichtigen Amt bleiben. Schon im bisherigen Senat hat sie versucht, Zeichen zu setzen und eröffnete gerade eine seit Jahren umstrittene Polizeiwache im Brennpunkt am Kottbusser Tor gegen Protest von Grünen und Kommunisten. Mit dem neuen Koalitionspartner von der CDU dürfte es diese Frau künftig deutlich einfacher haben. Bodycams für Polizisten auch bei Einsätzen in geschlossenen Räumen, eine gesetzliche Regelung für den „Finalen Rettungsschuss“ bei Geiselnahmen sowie mehr Polizisten und Feuerwehrcräfte – all das wird kein Problem mehr sein in Berlin.

Spannend auch: Der designierte Regierende Bürgermeister Wegner will, dass mit Katharina Günther-Wünsch endlich wieder eine von der CDU das Bildungsressort in der Hauptstadt übernimmt. Die bisherigen Amtsinhaber waren in den vergangenen Jahren wenig überzeugend, was auch an den bundesweiten Bildungsrankings abzulesen war. Jetzt eine ambitionierte CDU-Frau in der durch und durch rot-grünen Bildungsbehörde mit ihrem Versagen auf nahezu allen Gebieten und mit Schulen, in denen mancherorts kaum noch ein Schüler die deutsche Sprache spricht. Auf jeden Fall dürfte Bildung einer der zentralen Punkte werden, an dem sich der Erfolg des neuen Senats entscheidet. Dabei kommt der 40-jährigen Dresdnerin zugute, dass sie selbst mal als Pädagogin gearbeitet hat und stellvertretende Leiterin einer Gemeinschaftsschule in Neukölln war.

„Die Stimmung bei den Verhandlungen ist gut“, bestätigt einer, der bei den Gesprächen aktiv dabei ist. Manchmal werde dabei sogar gelacht.

Für die SPD, die Berlin viele Jahre als ihr Eigentum angesehen hat, ist das alles ein schmerzhafter Prozess. Erst jüngst hat ein Unterbezirk im Berliner Westen knapp gegen eine Koalition mit der CDU votiert. Bei einer Urabstimmung, so heißt es aus SPD-Kreisen, werde die Basis trotz der Meckerei der Jusos deutlich für einen Neuanfang stimmen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Brandenburgs Kommunen beklagen Überlastung – und die Politik ist zerstritten Seite 5

Kultur
Die „Cancel Culture“ erreicht die Kinder- und Jugendliteratur Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Zu seinem 30. Geburtstag gerät der „Königsberger Express“ in schwere Nöte Seite 13

Lebensstil
Das Dessau-Wörlitzer Gartenreich feiert in diesem Jahr gleich drei Jubiläen Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Geo-Engineering Die Vereinten Nationen wollen das globale Klima mit großräumigen technischen Eingriffen beeinflussen. Die Folgen sind letztlich unabsehbar und könnten katastrophal ausfallen

Klima mit Risiken und Nebenwirkungen

So gefährlich, dass es verboten werden müsste – oder stören nur „übertriebene“ Bedenken?

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wie aus einem aktuellen Bericht von Experten im Dienste des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) hervorgeht, will die UN zukünftig verstärkt auf das sogenannte Geo-Engineering setzen, um die Auswirkungen des angeblich vom Menschen verursachten Klimawandels zu begrenzen. Als Geo-Engineering werden sämtliche großräumigen und vorsätzlichen menschlichen Eingriffe in geochemische oder biogeochemische Kreisläufe der Erde bezeichnet. Eine ganz besondere Rolle spielt dabei eine Unterart des Geo-Engineering, nämlich das vom UNEP favorisierte Climate Engineering. Dieses basiert vor allem auf zwei Technologien: dem Solar Radiation Management (SRM) und dem Carbon Dioxide Removal (CDR). Bei Letzterem geht es darum, das überschüssige „Treibhausgas“ Kohlendioxid aus der Atmosphäre zu entfernen und dauerhaft zu speichern. Dahingegen läuft das SRM darauf hinaus, die einfallende Sonnenstrahlung zu reduzieren, um die „Erderwärmung“ zu bremsen.

Laut seinem Bericht „Eine Atmosphäre: Unabhängige Expertenbewertung über die Modifikation der Sonneneinstrahlung in Forschung und Praxis“ betrachtet das UNEP vor allem vier SRM-Verfahren als erfolgversprechend. Da wäre zum Ersten die Stratospheric Aerosol Injection (SAI), also das Einbringen von reflektierenden Nanopartikeln beziehungsweise Aerosolen in die oberen Schichten der Atmosphäre, wo sie einen Teil des Sonnenlichts in den Kosmos zurückwerfen sollen. Dazu kommt zum Zweiten die Aufhellung tiefhängender dunklerer Wolken über den Ozeanen durch das Versprühen von winzigen Salzkristallen. Durch dieses sogenannte Marine Cloud Brightening (MCB) könnte ebenfalls mehr Sonnenlicht zurückgestrahlt werden. Zum Dritten hofft das UNEP auf weltraumbasierte Eingriffe wie die Installation von Sonnensegeln in der Erdumlaufbahn oder den Einsatz von Ablenkspiegeln im All. Und zum Vierten wird der „millionenfache Einsatz von Glas-Mikrosphären über dem arktischen Eis zur Verzögerung des Schmelzprozesses“ ins Kalkül gezogen.

Jedes dieser Verfahren birgt unkalkulierbare Risiken. So könnte die SAI denselben Effekt wie ein Vulkanausbruch haben, also zur plötzlich zu starken Abkühlung des Klimas führen wie in der Zeit ab 1600 nach dem Ausbruch des Huaynaputina in Peru oder im legendären Jahr ohne Sommer 1816 aufgrund der Eruption des Tambora auf der indonesischen Insel Sumbawa. In beiden Fällen waren Kältewellen, Missernten und Hungersnöte die Folge.

Unkalkulierbare Risiken

Dazu kommt die Gefahr von nicht vorhersehbaren weiteren Auswirkungen auf das Wetter und einer Schädigung der Ozonschicht. Ebenfalls denkbar sind chemische Kettenreaktionen in der Hochatmosphäre, wo die Aerosole schweben. Durch diese könnte der sogenannte Saure Regen entstehen, der Vegetation und Gewässer schädigt und lange Zeit als das größte Umweltproblem überhaupt galt.

Aufgrund all dessen regt sich unter Wissenschaftlern zunehmender Protest

gegen das SRM. Inzwischen unterzeichneten bereits mehrere hundert Forscher einen Aufruf, die Entwicklung und Nutzung von SRM-Verfahren zu verbieten, zumal diese auch noch internationale Konflikte heraufzubeschwören drohen. Hierzu meinte Lili Fuhr von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation CIEL (Center for International Environmental Law) mit Sitz in Washington: „Es gibt kein Land und auch keinen anderen Akteur, der die Kontrolle über den globalen Thermostat übernehmen sollte oder dies ohne Schaden für andere tun könnte.“ Im Prinzip bestehe sogar die Möglichkeit, dass ein Schurkenstaat mit der SRM-Technologie unseren ganzen Planeten aus dem Gleichgewicht bringt.

Schnelligkeit vor Sicherheit

Diese Risiken sind auch dem UNEP bewusst, wie aus einem Interview mit der Chefwissenschaftlerin des UN-Umweltprogramms, Andrea Hinwood, vom 28. Februar hervorgeht: Noch brauche man sehr

viel mehr Informationen über die Gefahren und Auswirkungen des Climate Engineering im Allgemeinen und des SRM im Speziellen. Außerdem sei das Letztere auch nicht dazu geeignet, die Reduzierung von Treibhausgasemissionen zu ersetzen. Aber, so Hinwood weiter: „Die Welt kann und muss schnell, entschieden und sofort handeln.“ Deswegen gelte es, „übertriebene“ Sicherheitsbedenken zurückzustellen. Daher sprach sich die UNEP-Vertreterin auch gegen die von SRM-Kritikern geforderten Verbote aus: „Es ist naiv zu glauben, dass die Forschung aufhören werde und die Probleme verschwinden würden. Wir können es uns nicht leisten, den Kopf in den Sand zu stecken.“ Somit steht die „Verdunkelung“ unseres Planeten weiterhin auf der Agenda der Vereinten Nationen. Dabei ist zu vermuten, dass eventuelle negative Auswirkungen des Climate Engineering, wenn es tatsächlich zu dessen Anwendung kommen sollte, dem angeblich anthropogenen Klimawandel angelastet werden.



Soll aktiv beeinflusst werden: die Erdatmosphäre

Foto: Mauritius

WIDERSTAND

Schweden verhinderten Experiment

Zu den vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) präferierten Versuchen im Rahmen des Geo-Engineerings beziehungsweise Solar Radiation Managements (SRM) zur Reduzierung der Sonneneinstrahlung auf die Erde zählt das Stratospheric Controlled Perturbation Experiment (ScoPEX). Bei diesem geht es darum, einen mit zwei Propellern angetriebenen Ballon zu starten, der dann in 20 Kilometern Höhe rund zwei Kilogramm Kalziumkarbonat versprüht, das sich über eine Fläche von 1000 mal 100 Metern verteilen soll. Der Zweck des Ganzen besteht wie auch im Falle anderer Experimente zum SRM darin, zu testen, ob die ausgebrachten Partikel tatsächlich in der Lage sind, hinreichend Sonnenlicht zu reflektieren und somit der angeblich drohenden Erderhitzung Einhalt zu gebieten.

Das Besondere an ScoPEX ist, dass die beteiligten Wissenschaftler unter dem Stonington Professor of Engineering and Atmospheric Science an der Harvard University in Cambridge im US-Bundesstaat Massachusetts Frank Keutsch selbst Zweifel an der ethischen Berechtigung des SRM haben. So meinte Keutsch, er fände es „erschreckend“, wenn infolge des Gelingens des Experiments künftig größere Mengen an Staub in der Erdatmosphäre ausgebracht würden.

Zu den Finanziers von ScoPEX gehört der Milliardär Bill Gates, der von 1973 bis 1975 an der Harvard University studierte, bevor er diese ohne Abschluss verließ, um sich der Führung seiner Microsoft Corporation zu widmen. Gates finanziert die Harvard-Klimaforschung seit 2007 und spendete auch für das Solar Geoengineering Research Program der Eliteuniversität.

Das ScoPEX-Experiment sollte eigentlich schon 2021 über der schwedischen Stadt Kiruna durchgeführt werden, kam aber nicht zur Ausführung, weil es Widerstand von Seiten der Bevölkerung gab. Daraufhin vertagte ein Harvard-Beratungsausschuss das Vorhaben auf unbestimmte Zeit. W.K.

ERSTER VERSUCH

Schwefeldioxid über Baja California ausgebracht

Wissenschaftler kritisiert Vorpreschen – Mexikanische Regierung hat weitere Experimente erst einmal verboten

Das in Mexiko ansässige Geo-Engineering-Unternehmen Make Sunset experimentiert derzeit mit Schwefeldioxidpartikeln, die in der Stratosphäre ausgebracht werden sollen, um auf diese Weise die natürliche Sonneneinstrahlung zu reduzieren und eine Klimaabkühlung herbeizuführen. Wie der Mitbegründer und Geschäftsführer von Make Sunset, Luke Iseman, behauptet, könne ein Gramm Schwefeldioxid in den oberen Luftschichten der Erde so viel von dem einfallenden Sonnenlicht reflektieren, dass damit der Erwärmungseffekt infolge der Freisetzung von einer Tonne CO₂ kompensiert werde. Die ersten diesbezüglichen praktischen Versuche unternahm Make Sunset im vergangenen

April. Da schickte das Unternehmen zwei Heliumballons mit jeweils zehn Gramm Schwefeldioxid in den Himmel über dem mexikanischen Bundesstaat Baja California. Nun soll ein größerer Ballon mit zehn Kilogramm Schwefeldioxid folgen.

Allerdings verbot die Regierung in Mexiko-Stadt am 13. Januar weitere derartige Experimente. Sie verwies dabei auf fehlende internationale Vereinbarungen und diverse Umweltrisiken (siehe oben). Außerdem wurde bemängelt, dass das Unternehmen die Behörden nicht konsultiert hatte, bevor es die ersten beiden Ballons aufsteigen ließ.

Infolgedessen plant Make Sunset, das von den zwei Risiko-Kapitalgebern Boost

VC und Pioneer Fund 750.000 US-Dollar erhielt, nun einen Start im US-Bundesstaat Kalifornien. Dort zeigen die Behörden anscheinend mehr Verständnis für die vermeintlichen Versuche zur Rettung des Klimas.

Für Kritiker des Vorhabens des Geo-Engineering-Unternehmens birgt dieses zwar keine nennenswerten Gefahren, weil die Menge an Schwefeldioxid immer noch ausnehmend winzig ist. Doch wird argumentiert, dass hier ein gefährlicher Präzedenzfall vorliege, weil jemand sich anmaßt, eigenmächtig in die Atmosphäre des Planeten einzugreifen.

Der studierte Betriebswirtschaftler Iseman sieht dies jedoch völlig anders:

„Ich glaube nicht, dass die Dringlichkeit einer Situation aus einer schlechten Idee eine gute Idee macht“

Lili Fuhr
Menschenrechtlerin

Die hypothetischen Risiken dessen, was seine Firma tue, seien unerheblich im Vergleich zu der angeblich bekannten Bedrohung durch den Klimawandel. „Jeder Tag, an dem wir nicht handeln, fügt der Menschheit und den Ökosystemen unnötigen Schaden zu.“

Hierauf konterte die Umwelt- und Menschenrechtlerin Lili Fuhr: „Ich glaube nicht, dass die Dringlichkeit einer Situation aus einer wirklich schlechten Idee plötzlich eine gute Idee macht.“ Und der britische Klimawissenschaftler Matt Watson bemängelte, Make Sunset bringe all jene in Verfall, welche „vorsichtige und ethische fundierte“ Forschung betreiben. W.K.

Eine viel zu lange ignorierte Gefahr

Arabische Clans bilden seit Jahren einen Schwerpunkt der Organisierten Kriminalität. Dennoch dauerte es, bis Politik und Medien die Dinge beim Namen nannten. Zu den Problemen gehört auch, dass sich die Clan-Mitglieder gar nicht integrieren wollen

VON KLAUS KELLE

Ein Thema, das die Wiederholung der Berliner Abgeordnetenhauswahl im Februar maßgeblich entschieden hat, ist die Migrantengewalt. Manifestiert hat sie sich unter anderem in der Silvesternacht, als an verschiedenen Stellen der Hauptstadt ein entfesselter Mob junger männlicher Migranten gegen Polizisten und Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungssanitätern gewaltsam vorging. Und warum? Weil sie es konnten!

Und das eben nicht nur in Berlin, sondern in vielen Großstädten Deutschlands. Überall dort, wo viele Migranten aus dem islamischen Kulturkreis leben. Doch nirgendwo war der Gewaltausbruch an Silvester so exzessiv wie in Berlin. In einem YouTube-Video befragte ein Kamerateam des ehemaligen „Bild“-Chefredakteurs Julian Reichelt inmitten fliegender Silvesterraketen und explodierender Böller zwei Migranten – offenbar bestens gelaunt – danach, wie sie sich gerade fühlten. Beide lachten in die Kamera und sagten, sie seien aus Syrien und hätten den Bürgerkrieg dort erlebt. Diese Silvesternacht gebe ihnen etwas Heimatgefühl zurück.

Man ist sprachlos angesichts der Dreistigkeit, ja Selbstverständlichkeit, mit der diese Leute ihre Landnahme in Deutschland betrachten und keinerlei Hemmungen haben, darüber offen auch vor laufenden Kameras zu sprechen. Sie nehmen uns nicht ernst, nicht die deutsche Polizei, nicht die Gerichte und schon gar nicht unsere politische Machtelite mit ihren hehren Vorstellungen von Toleranz und Rechtsstaat, von „Alle Menschen werden Brüder“ und bunter Vielfalt.

Stamm und Clan statt Nation

Was unsere politischen Anführer nicht verstehen können oder wollen, ebenso wie viele Richter und ein beträchtlicher Teil der gesamten Gesellschaft: Diese Herrschaften aus dem islamischen Kulturraum haben eine archaische Vorstellung von Gesellschaft und Familie, die uns Deutschen völlig abhandgekommen ist. Oder anders gesagt: Die wollen gar nicht unsere Brüder sein, nicht einmal unsere Mitbürger und Nachbarn. Im Grunde verachten sie uns. Sie nehmen unser Geld, sie lachen über unseren Staat und sie schirmen ihre Familien von der gastgebenden Gesellschaft drum herum vollständig ab.

Wissen Sie noch, was Nomaden sind? Wikipedia definiert das Nomadentum als „Herumschweifende“, als „im engeren Sinn Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen eine nicht-sesshafte Lebensweise führen“. Viele der Ethnien, die im Zuge der Merkelschen Asylpolitik ab Herbst 2015 zu Hunderttausenden in unser Land gespült wurden, verstehen das nicht als Abwertung oder sogar Beleidigung. Sie sind stolz darauf, Nomaden zu sein. Und sie schotten sich konsequent ab.

Der Migrationsforscher Ralph Ghadban hat über die Clans und ihre Lebensweisen mehrere bemerkenswerte Bücher geschrieben. Die heißen zum Beispiel „Arabische Clans. Die unterschätzte Gefahr“ oder „Multikulturalismus als Ideologie der Desintegration“ und beschreiben ein erschreckendes Bild davon, was sich hierzulande unterhalb des Radars der öffentlichen Wahrnehmung entwickelt hat.

Geldwäsche in Shisha-Bars

Bestimmt haben Sie von der Familie Abou-Chaker gehört, die kein Clan ist, aber gern einer werden möchten. Oder vom Remmo-Clan oder den Miris, wenn wieder eine Großrazzia mit Durchsuchungen und Festnahmen stattfand, die ins Nichts führen.

Ralph Ghadban stammt aus dem Libanon, er weiß, wovon er spricht. Er weiß, wie das alles funktioniert. Shisha-Bars, so sagt er, sei-



Bekannte Fakten, lange verdrängt: Obwohl Shisha-Bars seit Langem als Mittel der Geldwäsche der Clans gelten, geraten sie erst langsam – und gefühlt noch immer halbherzig – in den Fokus der Ermittlungsbehörden
Foto: pa

en fester Bestandteil der Clan-Kriminalität. Diese Bars dienen nicht dem Genuss und dem Miteinander unter Freunden, sondern „hauptsächlich der Geldwäsche“.

Dieses Geld aus schmutzigen Geschäften wie dem Drogenhandel, der Prostitution und der Autoschieberei werde durch die harmlos wirkenden Shisha-Bars mit den fröhlichen völlig unbedarften jungen Leuten gereinigt und in den legalen Geldkreislauf eingespeist. Anschließend investiere man das Geld in saubere Geschäfte, in Restaurants, Bäckereien und Immobilien.

Das Problem ist nicht der Islam

Viele Bürger halten den Islam für den gemeinsamen Nenner, der die Schattenseiten der unregulierten Massenmigration erst möglich macht. Ein naheliegender Gedanke, und dennoch ist er falsch. Zwischen arabischen Stämmen und Kurden auf der einen und beispielsweise den inzwischen weitgehend säkularisierten Türken in Deutschland auf der anderen Seite herrschen große Unterschiede.

Ein generelles Problem ist zweifellos die demographische Entwicklung. In Deutschland wurden die traditionellen Familienstrukturen schon vor Jahrzehnten von linken Ideologen geschleift, lange ohne durchschlagende Wirkung. Doch steter Tropfen höhlt den Stein, und so kommen seit Jahren immer weniger deutschstämmige Kinder hierzulande zur Welt. Während die deutsche Durchschnittsfamilie nicht einmal mehr auf zwei Kinder kommt, sind in türkischen Familien vier oder sechs Kinder noch immer keine Seltenheit.

Aber junge Türken haben in der Regel keine Berührungspunkte mit der gleichaltrigen deutschen Bevölkerung. Natürlich gibt es immer mal wieder Stress vor der Disko, etwa, wenn es um die emotionale Gunst von Laura oder Julia geht. Das gab es jedoch auch früher unter Deutschen, etwa wenn ein junger Bursche vom Lande bei der Sause im Festzelt einer Schönheit aus dem Nachbardorf an die

Wäsche wollte und im Nu 20 Jungs auf Mofas herbeitelefoniert wurden. Alles in allem jedenfalls sind die Kinder und Enkel der türkischen Gastarbeiter weitgehend integriert.

Bei arabischen Familien ist das anders, die bleiben vorzugsweise unter sich. Die suchen keinen Kontakt, keine Freundschaft oder gar Liebesbeziehungen mit denen, die sie zwar finanzieren und versorgen sollen, ansonsten aber in ihrem Leben nicht erwünscht sind.

Arabische Großfamilien in Deutschland sind inzwischen überall zu finden, nicht nur in Berlin, aber dort besonders massiv. Sie verlassen sich nicht auf einen Staat, nicht auf eine Gesellschaft, sondern nur auf sich. Der Familienzusammenhalt dort steht über allem. In einer ZDF-Dokumentation empfahl ein Clanchef seinen männlichen Angehörigen, sich eine oder mehrere Frauen zu nehmen und so viele Kinder zu zeugen, wie möglich. Denn nur viele Kinder gäben absolute Sicherheit und garantierten den Bestand der Großfamilie.

Nomaden bleiben unter sich

Als in Deutschland die erste türkische Kindertagesstätte eröffnet wurde, war man in den kurdischen Milieus empört. Kinder werden zu Hause großgezogen, von der Mutter, Punkt und aus. Nicht nur in der Fremde, sondern auch in den Heimatländern gelten die Regeln der Großfamilie als Sicherung von Wohlstand und Zukunft.

Inzwischen gibt es eine ansehnliche Reihe von Büchern und Fernsehdokus etwa von „Spiegel TV“, die sich mit dem Thema sachkundig beschäftigen. Sie erzählen von Schutzgelderpressungen, Drogenhandel und Blutrache, von arrangierten Ehen und Raubüberfällen. Und anders als in den berühmten sizilianischen Mafia-Familien geht es in den kurdischen oder libanesischen Clans nicht um das Oberhaupt, den Patriarchen, den Paten. Die Familie selbst ist der Schlüssel, die Gemeinschaft, der Schwarm.

Inzwischen gibt es eine ansehnliche Reihe von Büchern und Fernsehdokus, die sich mit dem Thema sachkundig beschäftigen. Sie erzählen von Schutzgelderpressungen, Drogenhandel und Blutrache, von arrangierten Ehen und Raubüberfällen

Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle, dass es natürlich auch andere ethnische Gruppen gibt, die Milliarden mit kriminellen Geschäften verdienen und die einen intensiven Zusammenhalt haben. Die Mafia-Organisation „Ndrangheta“ aus Italien soll einen Jahresumsatz von 54 Milliarden Euro pro Jahr „erwirtschaften“, schätzen Experten vom BKA. Auch Albaner, Tschetschenen, Nigierianer sind bei der Organisierten Kriminalität voran – der Begriff von der bunten Vielfalt passt hier wie die Faust aufs Auge.

Wie weit reicht der Einfluss?

Doch die Araber-Familien sind eine eigene Kategorie. Das zeigt anschaulich auch ein Investment der Abou-Chakers in den Rapper Bushido und somit ins Showgeschäft. Als Bushido 2017 plötzlich mitteilte, dass er die Zusammenarbeit beenden will, wurde es ungemütlich. Am 18. Januar 2018 kam es zu einem Treffen, oder sagen wir: Bushido wurde einbestellt. Denn den Ausstiegswunsch des Rappers fand Clan-Chef Arafat Abou-Chaker gar nicht gut. Bushido behauptete später vor Gericht, er sei an diesem Abend von Abou-Chaker eingesperrt, bedroht und beleidigt worden. Über den Verlauf dieses Gesprächs, eigentlich ein zweistündiges gegenseitiges Geschrei, herrscht bis heute Uneinigkeit.

Die Clans sind in vielen Bereichen aktiv, und die Frage ist: Wie viel Einfluss haben Sie vielleicht auch in den Parteien, Parlamenten, Behörden oder der Regierung? Die zwanzig bis dreißig Großfamilien in Berlin, das bezweifelt niemand, üben erheblichen Einfluss auf Teile der Gesellschaft aus. Inwieweit führender Politiker geschmiert, vielleicht sogar bedroht werden, ist nicht eindeutig festzustellen. Drohungen und Beleidigungen gegen Polizeibeamte, Staatsanwälte oder Richter sind jedoch inzwischen Alltag in der Hauptstadt.

Die Araber-Clans sind in allen Bereichen der Organisierten Kriminalität führend. Und sie sind clever, wenn sie zum Beispiel Geldgeschäfte über das in Arabien übliche Hawala-System abwickeln – ein Überweisungssystem ohne Banken oder Geldtransfer. Für polizeiliche Ermittler nahezu unmöglich, dort einen Einblick zu bekommen.

Die Geschichte einer langen Ignoranz

Die Jugendrichterin Kirsten Heisig, die das unbedingt lesenswerte Buch „Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Gewalttäter“ geschrieben hat und am 28. Juni 2010 Selbstmord beging – was bis heute manche bezweifeln – schrieb damals schon: „Eine Großfamilie bringt es ohne Probleme auf Hunderte polizeilicher Ermittlungsverfahren. Wenn die Drogen- oder sonstigen illegalen Geschäfte von einem rivalisierenden Clan oder gar von Banden mit einem anderen ethnischen Hintergrund gestört werden, wird das Problem gelöst, indem man einander tötet oder dies zumindest versucht. (...) Die weiblichen Familienangehörigen stehlen vorwiegend und die männlichen begehen Straftaten aus allen Bereichen des Strafrechtsbuchs: Von Drogen- und Eigentumsdelikten über Beleidigung, Bedrohung, Raub, Erpressung, gefährliche Körperverletzung, Sexualstraftaten und Zuhälterei bis zum Mord ist alles vertreten. Die Kinder wachsen weitgehend unkontrolliert in diesen kriminellen Strukturen auf.“

Das Problem ist also altbekannt. Umso verstörender, dass unser Rechtsstaat offenkundig unfähig – oder gar unwillens? – ist, dieser realen und wachsenden Gefahr irgendetwas Effektives entgegenzusetzen.

● Klaus Kelle ist Publizist und Herausgeber des Online-Portals „The GermanZ“ sowie Gastautor zahlreicher Medien wie „Bayernkurier“, „Welt am Sonntag“ und „Focus online“. Zuletzt erschien sein Buch „Bürgerlich, christlich sucht...“ (fontis Verlag 2017).
<https://the-germanz.de/>

● MELDUNGEN

Teures Obst und Gemüse

Berlin – Obst und Gemüse sind bereits im vergangenen und nochmals im laufenden Jahr erheblich teurer geworden. Insbesondere zogen die Preise für Importgemüse und -obst aus dem Mittelmeerraum wie Zucchini, Brokkoli, Tomaten, Paprika, Eisbergsalat oder Orangen stark an. Doch auch heimisches Gemüse wie Gurken, Blumenkohl, Kartoffeln und Möhren ist oft doppelt so teuer wie im Herbst. Experten erklären den Preisanstieg mit stark gestiegenen Heiz-, Strom- und Düngemittelkosten. Wenn den lokalen Erzeugern die Vorräte an hochwertigem heimischen Gemüse wie Möhren ausgehen, werden die deutschen Märkte mit Ernten aus niederländischen Gewächshäusern versorgt. Auch dieses Angebot ist verknappt, da die Produktion wegen der hohen Kosten etwas zurückgefahren wurde. Lagerware aus heimischem Anbau wie Lauch, Wirsing, Weißkohl, Steckrüben, Rotkohl und Rote Bete sind weniger vom Preisanstieg betroffen. D.J.

Gefährliche Wärmepumpen

Berlin – Für Nutzer von Wärmepumpen besteht bei einem Leck akute Gefahr. Nach neuesten Erkenntnissen enthalten sie nämlich in aller Regel per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS). Diese wirken toxisch auf Mensch und Tier und sind wahrscheinlich krebserregend. Bei ihnen handelt es sich um sogenannte Ewigkeitschemikalien, die auf natürlichem Wege nicht abgebaut werden. Spätestens bei der Entsorgung der Aggregate treten sie aus. Daher plant die EU ein weitgehendes Verbot des Einsatzes von PFAS. Sollte diese Realität werden, müssten viele Hausbesitzer ihre Wärmepumpen austauschen oder auf alternative Betriebsmittel umstellen lassen, wobei Letzteres bei etlichen Modellen technisch gar nicht möglich ist. W.K.

Lieferengpässe bei Arzneien

Düsseldorf – Die Lieferschwierigkeiten bei Medikamenten nehmen immer gravierendere Ausmaße an. „Von den 100 Millionen Rezepten, die pro Jahr in den Apotheken von Nordrhein-Westfalen eingereicht werden, ist mittlerweile fast jedes zweite von einem Engpass betroffen“, so der Vorsitzende des Apothekerverbandes Nordrhein, Thomas Preis, gegenüber der „Rheinischen Post“. Manchmal gebe es ein Medikament gar nicht und manchmal nicht in der verordneten Dosierung oder Darreichungsform. Besonders betroffen seien Arzneien für Kinder und Krebskranke sowie Blutdrucksenker, Schmerzmittel, Psychopharmaka und Antibiotika. Laut Preis ist das von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplante Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln lediglich „ein Tropfen auf den heißen Stein“, weil es nur für wenige Medikamentengruppen gelte. Ähnlich alarmiert wie die Apotheker zeigen sich inzwischen auch die Hausärzte. W.K.



Die Charterjacht vom Typ „Bavaria Cruiser 50“, mit der die Saboteure mutmaßlich an den Tatort gelangten: Die „Andromeda“

Foto: pa

NORD-STREAM-ANSCHLAG

Eine „pro-ukrainische Gruppe“

„New York Times“ und deutsche Medien bringen neue Version des Geschehens

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die „New York Times“ („NYT“) hat anonyme „US-Beamte“ zitiert, die angeblich über „geprüfte“ Geheimdienstinformationen verfügen, denen zufolge eine „pro-ukrainische Gruppe“ den Anschlag auf die beiden Stränge der Nord-Stream-Pipeline vom 26. September vergangenen Jahres durchgeführt hat. Belege für Anweisungen aus Kiew gebe es nicht. Vielmehr seien die Täter wohl unter autonom agierenden „Gegnern von Präsident Putin“ mit ukrainischer oder russischer Staatsbürgerschaft zu suchen. Die Gewährsleute seien „uneins darüber, wie viel Gewicht sie den neuen Informationen beimessen sollen“.

Zur politischen Brisanz dieser Enthüllungen schrieb die überregionale Tageszeitung höchst zutreffend: „Jeder Hinweis auf eine ukrainische Beteiligung, ob direkt

oder indirekt, könnte die heiklen Beziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland stören und die Unterstützung seitens der deutschen Öffentlichkeit schmälern, die im Namen der Solidarität hohe Energiepreise geschluckt hat ... Alle Erkenntnisse, die Kiew oder ukrainische Offizielle als Schuldige dastehen lassen, könnten eine Gegenreaktion in Europa auslösen und es dem Westen erschweren, eine geschlossene Front zur Unterstützung der Ukraine aufrechtzuerhalten.“

Was wusste wann Berlin?

Kurz nach dem Erscheinen des Artikels in der „NYT“ veröffentlichte ein Rechercheverbund des Rundfunkverbundes ARD, des Südwestrundfunks (SWR) und des Wochenblattes „Die Zeit“ weitere Details über den Anschlag, sich dabei auf die Aussagen deutscher, schwedischer, dänischer, niederländischer und US-amerikanischer Ermittler beziehend. Auch in

diesem Falle war von einer „pro-ukrainischen Gruppe“ die Rede.

Konkret hieß es, dass die Terroristen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit und perfekt gefälschten Pässen 20 Tage vor dem Anschlag mit einer Jacht von Rostock aus in See gestochen seien, um die Sprengsätze an den Pipelines anzubringen. Die Gruppe soll aus einem Kapitän, zwei Tauchern, zwei Tauchassistenten und einer Ärztin bestanden haben. Als Mieter des Bootes fungierte angeblich eine polnische Firma im Besitz von zwei Ukrainern. Den Ermittlern zufolge gab diese die Jacht nach der Tat „ungereinigt“ zurück. Dadurch hätten die Kriminaltechniker später Sprengstoffspuren auf dem Kabinentisch finden können, ein Detail, das wenig glaubwürdig anmutet, wenn man die sonstige professionelle Ausführung der Anschläge bedenkt. Vor dem Auslaufen habe ein Lieferwagen die Ausrüstung in den Hafen gebracht. Anschließend soll

das Boot in dem Ort Wieck am Darß Zwischenstation gemacht haben, der allerdings nicht auf der direkten Route nach Bornholm lag. Dahingegen erscheint der nächste angebliche Aufenthalt im dänischen Archipel Christiansø 18 Kilometer nordöstlich von Bornholm logisch.

Kiew bestreitet Tatbeteiligung

Die Reporter von ARD, SWR und „Zeit“ schließen nicht aus, dass die Bundesregierung schon sehr früh, schon vor ihrem Entschluss, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, von diesen Ermittlungsergebnissen wusste. Jedenfalls lehnte es der Regierungssprecher Steffen Hebestreit ab, die Enthüllungen zu kommentieren und verwies auf den Generalbundesanwalt Peter Frank, der seinerseits zunächst jegliche Stellungnahme verweigerte, dann aber wenigstens bekanntgab, die deutschen Sicherheitsbehörden hätten im Januar ein verdächtiges Schiff durchsucht.

Wie kaum anders zu erwarten dementierte Kiew die Berichte sowohl des deutschen Rechercheverbundes als auch der „New York Times“. So schrieb der Selenskyj-Berater Mychajlo Podoljak, er höre „ganz gerne unterhaltsame Verschwörungstheorien über die ukrainische Regierung“, aber diese habe „nichts mit der Sache zu tun“.

AUSLÄNDERPOLITIK

Nur bei gut jedem Dritten hat es geklappt

Im vergangenen Jahr wurden von 36.282 geplanten Abschiebungen 12.945 durchgeführt

Wer in die Bundesrepublik einreist, hat derzeit gute Chancen, nicht ausreisen zu müssen. Denn laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Unions-Fraktion können viele geplante Abschiebungen nicht durchgeführt werden. Nach Angaben der Bundesregierung wurden im vergangenen Jahr 12.945 Abschiebungen vollzogen. Demgegenüber hätten mit 23.337 fast doppelt so viele Fälle gestanden, in denen geplante Abschiebemaßnahmen nicht hätten vollstreckt werden können.

Dabei ist im Koalitionsvertrag der Ampel nicht nur von regulärer Zuwanderung unter anderem von Fachkräften die Rede, sondern auch von der konsequenten Abschiebung von Straftätern und Gefährdern. „Wer hier kein Bleiberecht erhält, der muss Deutschland auch wieder verlassen“, erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz.

In der Realität gestaltet sich das auch deshalb schwierig, weil für die Abschiebungen die Bundesländer zuständig sind. Daran ändert auch die Position des FDP-Politikers Joachim Stamp nichts, der vor rund zwei Monaten als Sonderbevollmächtigter eingesetzt wurde. Besonders die komplizierten föderalen Zuständigkeiten seien bei Abschiebungen hinderlich, sagt Victoria Rietig, die das Migrationsprogramm bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) leitet. Zwar würde die Bundesregierung die Leitlinien vorgeben, für die Umsetzung zuständig seien aber die Länder und dort jeweils ganz unterschiedliche Behörden.

Aus den Ländern ist oftmals der Vorwurf zu hören, es herrsche ein Kompetenz-Chaos. Dazu kommen „Abschiebungshindernisse“, die sich beim Lesen

wie ein Kapitel aus einem Groschenroman lesen. Mal wird der Flug annulliert, mal erscheinen die Abzuschiebenden gar nicht erst zur Ausreise.

Ende des vergangenen Jahres gab es in Deutschland rund 304.000 Ausreisepflichtige. Vier von fünf hatten eine Duldung. Das heißt, dass ihre Abschiebung vorübergehend ausgesetzt wurde. Dies betrifft vor allem Menschen aus Syrien und Afghanistan. Aufgrund der dort herrschenden Lage sei eine Abschiebung nicht möglich, erklärt Stamp.

Der innenpolitische Sprecher der Union im Bundestag, Alexander Throm, spricht von einem kollektiven Versagen. „Deutschland befindet sich in der schwersten Migrationskrise seit 2016. Da muss eine erfolgreiche Rückführungspolitik Priorität in Bund und Ländern sein“, so der Christdemokrat. Throm

warf der Ampelkoalition vor, nichts von ihrer „Rückführungsoffensive“ umgesetzt zu haben.

Außer in Deutschland liegen die Hindernisse auch in den Herkunftsstaaten. Viele Länder weigern sich, ihre Bürger zurückzunehmen oder verlangsamen den Prozess. Stamp soll nun in Verhandlungen mit den betreffenden Staaten rechtsverbindliche Lösungen finden. Gut möglich, dass sich die Herkunftsländer die Rücknahme ihrer Staatsbürger teuer bezahlen lassen. „Man muss den Herkunftsländern etwas anbieten, sonst kooperieren die nicht“, sagt der Migrationsexperte Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Über die günstigere Alternative, Staaten, die ihre Bürger völkerrechtswidrig nicht zurücknehmen, mit Sanktionen zu belegen, spricht wohlweislich kaum einer. Peter Entinger

EINWANDERUNGSWELLE

Problem eskaliert – Regierung streitet

Brandenburgs Kommunen beklagen Überlastung. Doch zwischen CDU und Grünen herrscht Uneinigkeit

VON HERMANN MÜLLER

Mit fast 39.000 Kriegsflüchtlings aus der Ukraine und Asylsuchern hat Brandenburg vergangenes Jahr mehr Menschen aufgenommen, als die märkische Stadt Fürstenwalde Einwohner zählt. In diesem Jahr muss das Land mit einer ähnlich hohen Zuwanderungszahl rechnen.

Der parteilose Landrat von Oberspreewald-Lausitz, Siegurd Heinze, hat mittlerweile mehrfach gewarnt, dass die Belastungsgrenze der Kommunen erreicht sei. Zu den Forderungen des Landrats aus dem Südosten Brandenburgs gehört eine „Rückführungsoffensive“ für Personen, die keine Asylchance haben. Heinze fordert auch eine andere Verteilung in der EU und ein Umdenken bei den freiwilligen Aufnahmeprogrammen von Bund und Land.

Der anhaltende Zustrom setzt längst nicht nur die märkischen Landkreise unter Druck. Eine extrem kurzfristige Absage eines „Flüchtlingsgipfels“ durch Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) hat öffentlich gemacht, wie zerstritten die rot-schwarz-grüne Landesregierung beim Thema Zuwanderung ist. Ursprünglich wollte der Innenminister mit Landräten und Oberbürgermeistern am 10. März über Maßnahmen zur Bewältigung der massiven Zuwanderung reden. Nur einen Tag vorher sagte das Innenministerium die Konferenz allerdings ab.

Tiefe Gräben in der Koalition

Zur Begründung sagte Stübgen: „Die Kommunen erwarten vollkommen zu Recht, dass sich die Landesregierung einig ist bei der Frage, wie sie die kommunale Ebene bei der Verteilung und Integration von Flüchtlingen nachhaltig entlastet.“ Weitere Hintergrundinformation zur Absage lieferten regionale Medien. Sie berichten über Streit innerhalb der rot-schwarz-grünen Koalition. Wie tief die Gräben in Brandenburg zwischen den Koalitionspartnern CDU und Grünen klaffen, war schon wenige Tage vor dem geplatzen Gipfel deutlich geworden, als ein internes Arbeitspapier des Innenministeriums durch Berichte der „Märkischen Oderzeitung“ und des rbb öffentlich wurde.



3000 Plätze zusätzlich geplant: Erstaufnahmegebäude für 280 Asylsucher in Frankfurt an der Oder

Foto: pa

In dem offensichtlich durchgestochenen Papier schlägt das Ministerium vor, in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Frankfurt an der Oder und in Wünsdorf die Zahl der Plätze um rund 3000 aufzustocken. Asylbewerber ohne Bleibeperspektive will Stübgen zudem nicht auf die Kommunen verteilen. Diese Asylbewerber sollen nach dem Plan des Innenministeriums zunächst bis zu 24 Monate in der Erstaufnahme bleiben. Danach könnten diese Ausländer in einer neuen „Landesobhut“ untergebracht werden.

Zur Umsetzung dieses Plans müsste Brandenburg sein Landesaufnahmegesetz ändern. Das Problem dabei: Federführend wäre hier nicht der Innenminister, sondern Integrationsministerin Ursula Nonnemacher von den Grünen. Deren Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag, Petra Budke, wies den Plan aus dem Innenministerium allerdings scharf zurück: „Wir als Bündnis 90/Die Grünen stehen dafür, Geflüchtete

und besonders auch schutzsuchende Frauen möglichst schnell in den Kommunen unterzubringen“, so Budke. Sie meldete zudem Zweifel an, wie der Innenminister die Bleibeperspektiven der Asylsucher bewerten will. Der SPD-Fraktionschef Daniel Keller stimmte wiederum der Vergrößerung der Erstaufnahmeeinrichtungen und längeren Verweildauern zu. Allerdings kritisierte er Stübgens Plan, auch in Frankfurt noch mehr Plätze zur Unterbringung zu schaffen.

Unterbringung allein reicht nicht

Tatsächlich hat die Oderstadt unter dem Linkspartei-Oberbürgermeister René Wilke bereits überproportional viele Asylsucher und ukrainische Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Auf Anfrage von Stadtverordneten der AfD hatte Wilke erst vor zwei Monate erklärt, die Stadt werde wegen fehlender Kapazitäten zunächst keine weiteren Asylsucher mehr aufnehmen. Trotz der unübersehbaren Integrations-

probleme in der Stadt sollen in Frankfurt an der Oder nach dem Willen des brandenburgischen Innenministeriums nun weitere 800 Asylsucher in einem ehemaligen Hotel untergebracht werden. Dabei scheinen die Probleme bereits programmiert. Der Standort für die Massenunterkunft liegt im Außenbereich der Stadt, zwischen zwei kleinen Ortschaften mit wenigen Hundert Einwohnern. Dementsprechend mager sieht es bei den Freizeitangeboten, Einkaufsmöglichkeiten und sonstiger Infrastruktur aus, wenn sich an dem ländlich geprägten Ort die Zahl der Bewohner mehr als verdoppelt.

Inzwischen weisen immer mehr Kommunalpolitiker darauf hin, dass es mit bloßen Plätzen für die Unterbringung von Asylsuchern oder ukrainischen Kriegsflüchtlingen nicht getan sei. Parallel müssten in kürzester Zeit auch immer noch Kitaplätze, Schulplätze, Sprachunterricht und andere notwendige Angebote geschaffen werden.

BEFRAGUNG

Breite Zustimmung von der CDU-Basis

80 Prozent der märkischen Unionsmitglieder wollen Jan Redmann als neuen Landeschef sehen

Der designierte Parteichef der Brandenburger CDU, deren jetziger Landtagsfraktionschef Jan Redmann, will wohl in fernerer Zukunft kein Bündnis mit der AfD eingehen. Die Bundespartei muss sich diesbezüglich keine Sorgen machen. In einer Mitgliederbefragung sprachen sich über 80 Prozent der teilnehmenden CDU-Mitglieder für Redmann als ihren neuen Landeschef aus. Das Votum hat keine Bindungswirkung. Ein Parteitag muss es bestätigen, woran aber nicht gezweifelt wird.

In der Berliner Vorortgemeinde Kleinmachnow machte Redmann bei einer Parteiversammlung deutlich, wohin er will. Er sei nicht bereit, AfD-Thesen zu übernehmen: „Wir wären schlecht beraten, den inhaltlichen Kern aus dem Blick auf Mitbewerber abzuleiten. Wir müssen selbst wissen, was wir wollen.“ Die CDU

dürfe keine „AfD light“ werden. Motiv der AfD-Wähler sei oft Frustration, „auch persönliche Frustration“. Und die meisten dieser Wähler würden ohnehin nicht wechseln, das belegten Studien. Woher Redmann die Zuwächse nehmen wolle, um stärkste Partei zu werden, konnte er nicht überzeugend erklären.

Schwere Kritik auf der Versammlung übten einige Mitglieder an dem Umgang der Partei mit dem früheren Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen. Aber Redmann unterstützt auch hier den Kurs der Bundespartei: Maaßen „hat in den letzten Jahren einen Weg der Radikalisierung hinter sich“. Er argumentiere völkisch und mit Rassebegriffen. „Solche Thesen haben in der CDU keinen Platz.“ Schließlich kritisierte Redmann, Maaßen habe unter anderem behauptet, „nach grün-roter Rassenlehre“ seien Weiße „ei-

ne minderwertige Rasse“. Dabei indes hatte sich Maaßen auf authentische Äußerungen aus dem linken Lager, namentlich aus dem Kreis sogenannter Flüchtlingshelfer, bezogen.

Laut Umfrage hinter SPD und AfD

Redmann will seinen Wahlkampf auf die Themen innere Sicherheit, Bildung und Wirtschaft sowie Energie abstellen. Bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber verschwimmen die Konturen des designierten CDU-Landeschefs. Auf das wachsende Ausländerproblem angesprochen, verweist er auf die Integration. Da „haben wir klare Regeln“. „Man muss die Hintergründe klar ansprechen – warum nicht sagen, woher die Leute kommen?... Das Problem in Neukölln ist natürlich eine Parallelgesellschaft, und das hat natürlich mit Migration zu tun.“

Die Brandenburger CDU regiert das Land derzeit zusammen mit SPD und Grünen. Die jüngste Meinungsumfrage sieht die CDU bei 17 Prozent, die AfD bei 23 und die SPD bei 27 Prozent. Dessen ungeachtet erklärt Redmann, er wolle „Ministerpräsident des Landes Brandenburg werden. Dafür ziehen wir gemeinsam 2024 in den Wahlkampf.“

Da die CDU auch bei günstiger Entwicklung kaum auf die absolute Mehrheit der Mandate kommen dürfte, wird es die größte Herausforderung für Redmann, einen Koalitionspartner zu finden, sollte ihm das CDU-Ergebnis eine Chance auf die Regierungsbank eröffnen. Immerhin unterstützt der JU-Landesvorsitzende Julian Brüning ihn: „Ich glaube, dass wir mit dem neuen Schwung in der Fraktion eine CDU des Aufbruchs erleben werden.“

Frank Bücker

KOLUMNE

Grüner Horror

VON VERA LENGSELD

Nachdem die Abgeordnetenhauswahl wiederholt werden musste, muss auch die Abstimmung Volksbegehren „Berlin klimaneutral bis 2030“ wiederholt werden. Der Wahlleiter hatte entschieden, dass diese Abstimmung nicht wieder mit der Wahl kombiniert werden dürfe. Deshalb sind die Berliner aufgerufen, am 26. März ihre Stimme abzugeben.

Allerdings ist bei der Wiederholungswahl die rot-grün-rote Koalition deutlich abgewählt worden. Es zeichnet sich ein schwarz-rote Regierung ab. Das wird von den Klimaschutzern als schlechte Nachricht angesehen. Tatsache ist, dass das Momentum für das Vorhaben, die Hauptstadt bis 2030 „klimaneutral“ zu machen, vorbei ist.

Zu viele Berliner haben begriffen, was das bedeutet: Jede Menge Schikanen für die noch verbliebenen Normalbürger – weniger Parkplätze, teurerer Strom, Schikanierung von Pendlern, Wohnungs- und Hausbesitzern etc. pp., dafür aber Umerziehungsprogramme als Arbeitsbeschaffung für das grün-linke Innenstadtkernklientel. Das reine Horrorprogramm für eine Stadt, die unter massiver Wohnungsnot, Inflation, Sicherheits- und Integrationsproblemen ächzt, vom Zustand der Schulen und der Verwaltung ganz zu schweigen.

Der Berliner Volksentscheid soll unbedingt gewonnen werden, damit man dieses Vorhaben auch nach einem Machtwechsel durchziehen kann. Was an Überzeugungskraft fehlt, soll durch massive Propaganda wettgemacht werden. Die bisher mangelnde Akzeptanz soll mit allen Mitteln hergestellt werden. Dafür sind den Initiatoren unfassbare 1,2 Millionen Spenden zur Verfügung gestellt worden, hauptsächlich aus New York. Das ist mehr Geld, als alle Parteien für den Wiederholungswahlkampf zur Verfügung hatten. Der Vorgang zeigt, dass es weniger um „Klimaretting“ als um knallharte ökonomische Interessen der Klimaprofiture geht.

MELDUNG

Muslime haben CDU gewählt

Berlin – Bei der Wiederholung der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 12. Februar hat die CDU auch unter muslimischen Wählern als stärkste Partei abgeschnitten. Laut der Nachwahlbefragung der Forschungsgruppe Wahlen kam die Berliner CDU bei Muslimen auf 27,7 Prozent. Die SPD holte in dieser Wählergruppe 24,9 Prozent, die Linkspartei 15,3 und die Grünen nur 8,3 Prozent. Die Forschungsgruppe Wahlen hatte am Wahltag 17.002 Wähler befragt und dabei zum Teil auch die Konfession der Bürger erfragt. In einem Twitter-Beitrag hatte der Generalsekretär der Berliner CDU, Stefan Evers, erklärt, die CDU habe bei der Nachwahlbefragung auch bei Wählern mit Migrationsgeschichte vorn gelegen. Allerdings dementierten die Meinungsforschungsinstitute Infratest Dimap und Forschungsgruppe Wahlen, bei den Nachwahlbefragungen eine etwaige Immigrationsgeschichte abgefragt zu haben. H.M.

● MELDUNGEN

Folgeschwere Forderung

Washington – Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika verhandelt derzeit eine Klage gegen die Betreiber von sozialen Netzwerken und Videoportalen, welche die Zukunft des Internets in erheblicher Weise beeinflussen könnte. Angehörige von Terroropfern werfen den Konzernen vor, zur Radikalisierung der Attentäter beigetragen zu haben, indem sie extremistische Botschaften verbreiteten. Bislang müssen Facebook, YouTube und dergleichen Unternehmen illegale Inhalte zwar entfernen, können aber laut Abschnitt 230 des Communications Decency Act (CDA) vom 6. Februar 1996 nicht für die von den Nutzern eingestellte Propaganda verantwortlich gemacht werden. Dies wollen die Kläger ändern. Dem Obersten Gerichtshof ist bewusst, dass die Unternehmen auf eine entsprechende Änderung hin äußerst restriktiv vorgingen, und das drohte „die digitale Wirtschaft einstürzen zu lassen“, so dessen Richter Brett Kavanaugh. Deshalb zögert der Oberste Gerichtshof mit einer Entscheidung im Sinne der Kläger. W.K.

EU will Verschärfung

Brüssel – Die Europäische Union plant eine gravierende Verschärfung der Verbraucherkreditrichtlinie aus dem Jahre 2008 mit dem erklärten Ziel, der Überschuldung von EU-Bürgern entgegenzuwirken. Im Rahmen der Verschärfung droht der Online-Kauf auf Rechnung, für den sich vergangenes Jahr jeder sechste Kunde entschieden hat, derart kompliziert zu werden, dass viele Händler diese Option nicht mehr anbieten könnten. So sollen sie zukünftig den Kunden vor dem Vertragsabschluss alle Informationen zu den Zahlungsbedingungen in Papierform zusenden. Außerdem sollen sie eine aufwendige Bonitätsprüfung vornehmen, selbst wenn es nur um zweistellige Beträge geht. Inwieweit es im Sinne des Verbrauchers ist, dass bei jedem Kauf auf Rechnung sein gesamter finanzieller Hintergrund durchleuchtet wird, sei dahingestellt. W.K.

Meldepflicht geplant

Brüssel – Die Europäische Kommission will den Handel mit Kryptowährungen regulieren. Das geht aus dem Entwurf für eine EU-Richtlinie hervor, die zum 1. Januar 2026 in Kraft treten soll. In ihr sollen sämtliche Kryptobörsen sowie auch -dienstleister verpflichtet werden, die Identität ihrer europäischen Vertragspartner genau zu prüfen, die Steueridentifikationsnummern zu erfassen sowie die Daten über die Transaktionen mit digitalen Zahlungsmitteln an die Steuerbehörden der Mitgliedsstaaten zu melden. Diese Verpflichtung soll erklärtermaßen der Verfolgung von Straftaten wie der internationalen Geldwäsche, der Hinterziehung von Steuern und der Finanzierung von Terroristen dienen. Nach Ansicht der EU-Kommission könnten auf diese Weise zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von bis zu 2,4 Milliarden Euro generiert werden. W.K.

FRANKREICH

Kehrtwende in der Afrikapolitik

Franzosen ziehen sich aus afrikanischen Krisenregion zurück und überlassen das Feld anderen Staaten

VON BODO BOST

Nachdem Frankreich seit 2013 in zwei Ländern der Sahelzone, nämlich Mali und Burkina Faso, durch eine Militärintervention die dortigen Regime vor dem Sturz durch Islamisten gerettet hatte, wurde es im vergangenen Jahr aus diesen Ländern ausgewiesen. Einen Dank für 58 gefallene französische Soldaten blieben diese Länder überdies bis heute schuldig.

Die Franzosen wurden in beiden Ländern durch russische Söldner der Wagner-Truppe abgelöst, die dort jetzt für Sicherheit und den Kampf gegen den Terror-Islamismus sorgen sollen. Die Lehre aus Mali und Burkina Faso sei für Frankreich eine ganz neue, realistischere Afrikapolitik, kündigte Präsident Emmanuel Macron vor seiner Reise in vier afrikanische

Länder im März an. Es ist seine 19. Reise im sechsten Amtsjahr nach Afrika.

Frankreich werde seine Militärpräsenz auf dem afrikanischen Kontinent „deutlich reduzieren“ und „afrikanisieren“, das heißt, dort, wo französische Truppen in Zukunft auftreten, werden sie nur noch mit afrikanischen Truppen auftreten. In der Vergangenheit wurde den französischen Truppen oft der Vorwurf kolonialer Ambitionen gemacht, weil sie wie Herren in Afrika aufgetreten seien.

Die Chinesen und Russen kommen

Wer die neuen kolonialen Herren Afrikas sind, verriet Macron seinen Zuhörern nicht. Dabei ist es kein Geheimnis, dass Chinesen und Russen dort auf dem Vormarsch sind. Sie dominieren immer mehr die Wirtschaft dieser Länder und sind wie seinerzeit die Kolonialherren keinerlei internationalen Gesetzen unterworfen.

Unter den vier jetzt von Macron besuchten Ländern Gabun, Angola, Republik Kongo (Brazzaville) und Demokratische Republik Kongo (Kinshasa) sind nur noch zwei ehemalige französische Kolonien. Die neue französische Afrikapolitik soll weg von der kolonialen Verbindung und sich wie bei China und Russland mehr nur auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen konzentrieren.

Nicht alle militärischen Stützpunkte Frankreichs in Westafrika werden geschlossen, sie sollen jedoch teils in Militärakademien umgewandelt werden. Auch der Stützpunkt in Dschibuti am Horn von Afrika ist ausgenommen, nicht weil es die letzte in die Unabhängigkeit entlassene französische Kolonie war, sondern weil dort auch Chinesen, Türken und Russen präsent sind, um die benachbarte arabischen Halbinsel und den Terror am Horn von Afrika auszuhorchen. Insgesamt soll die Zahl der französischen Soldaten stark verringert werden. „Die Militärstützpunkte sind ein Überbleibsel der Vergangenheit“, sagte Macron. Mali nannte er eine „Falle“. Frankreich sei dabei zum idealen Sündenbock geworden.

Mali ist eine Lehre für Frankreich

In Mali hatte Frankreich seine Truppen nach zwei Militärputschen 2022 abziehen müssen, die deutsche Bundeswehr ist indes noch dort verblieben und muss sich nun russischen Militärberatern unterordnen. Welchen Sinn dies haben soll, entzog sich sicher auch Macrons Logik.

Bei der jüngsten Abstimmung in der UN-Generalversammlung stimmte Mali, das einzige Land mit einer Bundeswehrpräsenz in Afrika, als einziges Land Afrikas mit Russland gegen einen russischen Rückzug aus der Ukraine. Drei der Länder (Gabun, Angola, Kongo), die Macron jetzt besuchte, hatten sich immerhin der Stimme enthalten.

Frankreich strebt jetzt eine neue „ausgeglichene, verantwortungsvolle und gegenseitige“ Partnerschaft mit Afrika an. Einen afrikanischen Hinterhof gebe es nicht mehr, sagte Macron. „Bescheidenheit“ und „Zuhören“ würden neue Leitideen der Partnerschaft in seiner Afrikapolitik sein. Nicht mehr politische Einmischung oder Hilfe, sondern wirtschaftliche Interessen sollen im Mittelpunkt stehen.

Deutsche Konkurrenz

Dabei ist auch Deutschland ein Konkurrent geworden, denn die Bundesrepublik hat in den vergangenen Jahren seine Wirtschaftsbeziehung mit Afrika auf Kosten Frankreichs erheblich erweitert, während der französische Anteil gesunken war. Bedenklich ist die Kehrtwende in der französischen Afrikapolitik nur für die in Zukunft zu erwartenden Migrationswellen aus Westafrika.

Nach dem französischen Abzug aus dieser Region bleibt niemand mehr, der die von dort immer wieder kommenden Wellen irgendwie steuern könnte oder wollte. Russland bekommt durch sein Engagement in dieser Region neue Hebel gegen den Westen.



Auf Werbetour für seine neue Afrikapolitik: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron zu Besuch in der Demokratischen Republik Kongo bei seinem Amtskollegen Felix Tshisekedi

Foto: pa

EINREISE

Dänen gehen auf Nummer Sicher

Kontrollen an der Grenze zu Deutschland und Schweden sollen verlängert werden

Dänemark wird über den 12. Mai hinaus seine Grenzkontrollen gegenüber Schweden und Deutschland verlängern. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrem Spruch „Wir schaffen das!“ Deutschlands Grenzen öffnete, antwortete Dänemark 2016 mit der Einrichtung von Kontrollen an der Grenze zu Deutschland. Damals regierte eine bürgerliche Minderheitsregierung das Land. Seit dem 27. Juni 2019 amtiert die Sozialdemokratin Mette Frederiksen als Regierungschefin.

Die linksextremen oder radikalen Unterstützer (Alternative und Radikale) der bisherigen Linksregierung warteten vergeblich auf eine „Liberalisierung“ der Ausländerpolitik. Regierungschefin Frederiksen verließ sich in dieser Frage auf die Unterstützung der bürgerlichen Parteien. Seit 2022 gibt es eine „große“ Koalition der Sozialdemokraten mit den „Moderaten“ und „Venstre“.

Und das sehr zum Zorn der Linksextremen, die versuchen, über Proteste bei der

EU eine Aufhebung der Grenzkontrollen zu erreichen. Unterstützung erhalten sie dabei vom öffentlich-rechtlichen Norddeutschen Rundfunk, der eine Studie der Europa-Uni in Flensburg verbreitete, nach der die dänischen Grenzkontrollen unverhältnismäßig seien und eine – im Gendersprech ausgedrückte – „schwerwiegende und tiefgreifende Beschränkung der Freizügigkeit von Unionsbürger*innen“ darstellten. Der grüne Europaabgeordnete Rasmus Andresen forderte daraufhin die EU-Kommission auf, die Kontrollen zu stoppen.

Dagegen zeigen Berichte in der deutschsprachigen Tageszeitung „Nordschleswiger“, dass die Kontrollen gerade in der Grenzregion populär sind: „Vor allem die Sozialdemokratie will sich gegenüber den rechten Parteien keine Blöße geben, und dabei sollte man nicht vergessen, dass die Kontrollen in Teilen der Bevölkerung durchaus populär sind – auch und gerade in Nordschleswig.“

Der Europäische Gerichtshof gab zudem der dänischen Regierung recht, soweit die Grenzkontrollen einer Gefahrenabwehr dienen. Laut Kopenhagen begegnen die Maßnahmen einer „Gefahr für die öffentliche Ordnung und Innere Sicherheit durch Terroristen und die organisierte Kriminalität“. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat bei ihrem Besuch in Kopenhagen im letzten Sommer die Grenzkontrollen angesprochen, was die dänische Regierung aber nicht weiter beeindruckt hat.

Von der EU geduldet

Der dänische Justizminister Peter Hummelgaard von den Sozialdemokraten hat in einem Schreiben an die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson erklärt, Dänemark werde über den 12. Mai hinaus seine Grenzkontrollen gegenüber Schweden und Deutschland verlängern. Von den Sozialdemokraten bis zur Dänischen Volks-

partei ist das auch gesellschaftlicher Konsens in Dänemark. Der Druck seitens der EU-Kommission und Deutschlands wird bescheiden bleiben, weil Dänemark als Nettozahler „brav“ ist und auch in Sachen Ukrainekrieg und Russlandsanktionen alles mitmacht.

Das könnte möglicherweise den Unterschied im Auftreten der EU gegenüber Polen und Ungarn machen. Polen ist kein Nettozahler in der EU, unterstützt aber die Haltung der USA und der Kommission im Ukrainekrieg. Bei Ungarn liegt der Fall so, dass das Land sowohl Nettoempfänger ist als auch einige Maßnahmen gegen Russland nicht mittragen will.

So erscheint die Duldung von Grenzkontrollen durch die Europäische Union auch von anderen Erwägungen abhängig zu sein. Grenzpendler mit Arbeitsplatz in Dänemark und Wohnsitz in Deutschland oder umgekehrt sollen möglicherweise bald durch eine „Pendlerspur“ entlastet werden. Frank Bücker

VON HERMANN MÜLLER

Schon jetzt gelten die Deutschen im internationalen Vergleich als Volk der Mieter. In jedem anderen Land der EU ist der Anteil derjenigen, die in einer Eigentumswohnung oder einem eigenen Haus wohnen, größer. Pläne der EU und des grünen Vizekanzlers Robert Habecks drohen, die selbst genutzte Immobilie endgültig zu einem Luxus zu machen, den sich nur noch einige wenige Reiche leisten können.

In Brüssel wird derzeit über die Neufassung der sogenannten Gebäuderichtlinie verhandelt. Auf dem Plan steht dabei eine europaweite Sanierungspflicht für Gebäude. Laut Plänen der Kommission sollen bereits bis zum Jahr 2033 alle Häuser in der EU einen bestimmten Energiestandard erreichen. Für ältere Gebäude bedeutet dies, dass in den nächsten zehn Jahren Dächer, Wände, Fenster und Türen ausgetauscht oder neu gedämmt werden müssen, um den Energiestandard zu erreichen. Faktisch wird dies für Millionen Immobilieneigentümer eine Zwangssanierung bedeuten.

Fernwärme und Wärmepumpen

Laut Expertenschätzungen kommen damit auf Eigenheimbesitzer Sanierungskosten zwischen 15.000 und 100.000 Euro zu. Allein in Deutschland werden laut einer Schätzung rund sechs Millionen Wohngebäude von den EU-Plänen betroffen sein. „Das ist Politik aus dem Wolkenkuckucksheim. Das ist weder bezahlbar noch umsetzbar“, schimpft der Präsident von Haus & Grund Deutschland – Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Kai H. Warnecke, gegenüber der „Bild“-Zeitung.

Übertroffen werden diese Sanierungsaufgaben möglicherweise noch, wenn ein Entwurf der Ampelkoalition zur Erneuerung des Gebäudeenergiegesetzes gültiges Recht wird. Ein derzeitiger Entwurf von Robert Habecks Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und Klara Geywitz' (SPD) Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) sieht vor, ab 2024 neue Öl- und Gasheizungen zu verbieten. Bereits ab nächstem Jahr sollen alle neu verbauten Heizungsanlagen ihre Heizwärme zu mindestens 65 Prozent aus erneuerbaren Energien erzeugen. Der aktuelle Gesetzentwurf sieht eine „technologieoffene“ Umsetzung vor, faktisch werden viele Immobilieneigentümer diese Auflage aber nur über Fernwärme oder aber Wärmepumpen realisieren können.

Damit die Immobilieneigentümer die Kosten für den Heizungsaustausch stemmen



Von ihnen stammt der Entwurf der Ampelkoalition zur Erneuerung des Gebäudeenergiegesetzes: Robert Habeck und Klara Geywitz

WÄRME

„Das ist weder bezahlbar noch umsetzbar“

Die Heizungspläne von Habeck und Geywitz würden das Wohnen in den eigenen vier Wänden immens verteuern, wenn nicht gar unmöglich machen

können, will die Bundesregierung diesen offenbar mit Zuschüssen, Krediten und steuerlichen Förderungen helfen. Dies könnte aber nur einen Teil der anfallenden Kosten abfedern. Gerade bei älteren Gebäuden sind erhebliche Investitionen nötig, damit die strombetriebenen Wärmepumpen nicht zur ruinösen Kostenfalle werden, sondern effizient arbeiten.

Experten warnen

Diese Anlagen arbeiten nämlich üblicherweise mit einer verhältnismäßig geringen Vorlauftemperatur. Dies macht zum einen sehr gute Außenisierungen nötig, zudem aber auch Flächenheizungen statt kleiner Heizkörper. Die Zusatzkosten, wenn in Häusern oder Wohnungen Fußbodenheizungen und bessere Wärmedämmungen eingebaut werden müssen, können die Kosten für den Einbau einer Wärmepumpe deutlich übersteigen. Fehlende Flächenheizungen und gute Isolierungen,

drohen den Nutzern extrem hohe Stromkosten durch die dann ineffizient arbeitenden Wärmepumpen.

Bislang ist nichts dazu bekannt geworden, ob der Staat betroffenen Eigentümern auch bei diesen Zusatzkosten helfen will. Eine Studie im Auftrag des Verbandes für Dämmsysteme, Putz und Mörtel kam sogar zu dem Ergebnis, dass nur gut die Hälfte der Gebäude in Deutschland überhaupt für den Einbau einer Wärmepumpe geeignet sei. Demnach sind 9,25 Millionen Wohngebäude für Niedrigtemperaturheizungen bereit. In weiteren zehn Millionen Gebäuden ließe sich zwar eine Heizung auf Basis einer Wärmepumpe einbauen, allerdings würde diese dann deutlich weniger effizient arbeiten. Als Folge drohen dann hohe Heizkosten.

In ländlichen Regionen mit vergleichsweise niedrigen Immobilienpreisen ist mit einem weiteren Problem zu rechnen. In Ballungsräumen mit hohen Immobili-

enpreisen wird es nämlich Eigentümern leichter gelingen, die Kosten für die Heizungserneuerung und die notwendige energetische Sanierung von Banken finanziert zu bekommen. In Regionen mit niedrigen Häuserpreisen werden sich die hohen Investitionen dagegen oftmals für Banken und Kreditnehmer nicht rechnen. Steuert die Politik nicht gegen, dann kann Habecks Modernisierungsplan die Entvölkerung ländlicher Räume beschleunigen.

Gegenüber dem Sender n-tv warnte Steffen Sebastian, Professor für Immobilienfinanzierung an der Universität Regensburg, bereits, dass Habecks Pläne „von vorne bis hinten“ nicht durchdacht seien und nicht die ländlichen Regionen im Blick hätten. „Wenn die Vorschriften nicht mit einer entsprechenden Förderung flankiert werden, ziehen wir die strukturschwachen Regionen leer“, so der Branchenexperte.

ELEKTRIZITÄT

Erhebliche Versorgungslücken drohen

McKinsey warnt in einer Studie vor Stromausfällen in Deutschland im Maßstab der Dritten Welt

Bislang galt die Bundesrepublik als europäischer Primus in Sachen Sicherheit der Stromversorgung. So musste der Verbraucher in Deutschland 2020 mit Stromausfällen von durchschnittlich nur rund einer Viertelstunde Gesamtlänge rechnen. Zum Vergleich: In Frankreich lag der Wert bei 21 Minuten und beim Schlusslicht Bulgarien bei 370 Minuten.

Und diese Position soll Deutschland auch behalten. So heißt es zumindest in einem im Januar von der Bundesnetzagentur erstellten Bericht mit dem Titel „Versorgungssicherheit Strom“. Das gelte sogar bei einem auf 2030 vorgezogenen Kohleausstieg. Damit will die Bundesregierung offenbar all jenen „Schwurbelern“ den Wind aus den Segeln nehmen, die prophezeien, dass die Energiewende bald katastrophale Folgen zeitigen werde.

Allerdings kam nun eine von der in fast 70 Staaten vertretenen Unternehmensberatung McKinsey & Company vorgelegte Studie zu gegenteiligen Ergebnissen. Nach Ansicht der Autoren um den renommierten Energie-Experten Thomas Vahlenkamp drohen in den nächsten Jahren „erhebliche Versorgungslücken“. So sollen bereits 2025 in Spitzenzeiten vier Gigawatt fehlen und 2030 dann sogar 30 GW. Vier GW entsprechen der Leistung der drei momentan noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke und 30 Gigawatt der Hälfte der durchschnittlich benötigten Strommenge in der Bundesrepublik.

Dabei dürfte Letztere aufgrund des forcierten Umstiegs auf E-Fahrzeuge, Wärmepumpen und andere große Stromverbraucher bis 2030 noch deutlich steigen. So sind künftig sogar Spitzenlasten von 120 Gigawatt möglich.

Das könnte nach Ansicht der McKinsey-Analysten zu jährlich rund einhundert größeren Stromausfällen in den Jahren ab 2030 führen. Die Hälfte davon würde weniger als fünf Stunden dauern, in manchen Fällen wären aber auch Unterbrechungen der Stromversorgung von bis zu 24 Stunden möglich. Damit drohen hierzulande Verhältnisse, wie man sie sonst nur aus Entwicklungsländern kennt.

Die düstere Prognose von McKinsey basiert unter anderem darauf, dass Vahlenkamp und seine Kollegen „die Annahme für fragwürdig halten, dass es der Bundesregierung gelingen werde, bis 2030 neue Gaskraftwerke mit einer Kapazität von bis zu 21 Gigawatt errichten zu lassen“. Das resultiere aus den nach wie vor überlangen Planungs-, Genehmigungs- und Bauzeiten.

Um das System dennoch zu stabilisieren, sehen die Experten von McKinsey nur eine Möglichkeit, nämlich konsequente Interventionen auf der Nachfrageseite. So schlagen sie die breitflächige Nutzung von „Smart Metern“ genannten „intelligenten“ Stromzählern vor, um den Verbrauch der Privathaushalte zu „steuern“, wohinter sich faktisch eine Rationierung verbirgt.

Des Weiteren müsste es planmäßige Lastabwürfe in der Industrie und „Abschaltungen nach dem Rotationsprinzip“ bei Wärmepumpen und E-Auto-Ladestationen geben. Angesichts all dessen warnte der Vorstandsvorsitzende des Energieversorgers RWE AG, Markus Krebber, kürzlich vor gravierenden negativen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Wieder kein Gewinn

Frankfurt am Main – Die Deutsche Bundesbank wird auch für das vergangene Jahr keinen Gewinn an das Bundesfinanzministerium abführen. Die letzte dieser Zahlungen zugunsten des Bundeshaushaltes erfolgte 2019. Damals flossen 5,85 Milliarden Euro. Die Nullrunden der Jahre 2020 und 2021 waren vor allem eine Folge der Corona-Krise und der daraus resultierenden gemeinsamen europäischen Geldpolitik. Diese machte bei der Bundesbank Rückstellungen in Höhe von 19,2 Milliarden Euro nötig, um zu erwartende finanzielle Risiken abzufangen. 2022 kam als weiterer Faktor der Zinserhöhungskurs der Europäischen Zentralbank (EZB) hinzu. Dadurch müssen die Notenbanken den Geschäftsbanken wieder deutlich höhere Zinsen für deren geparkte Gelder zahlen, was den Gewinn schmälert. Darüber hinaus fiel im vergangenen Jahr auch die Gewinnausschüttung der EZB an die nationalen Zentralbanken aus. Dieses Jahr erwartet die Bundesbank eine ähnliche Entwicklung. W.K.

Schaden für die Weltwirtschaft

Moskau/Kiew – Der Ukrainekrieg hat der Weltwirtschaft im vergangenen Jahr einen Schaden in Höhe von rund 1,6 Billionen US-Dollar zugefügt. Das geht aus Berechnungen des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hervor, die wiederum auf Zahlen des Internationalen Währungsfonds basieren. Hauptursache für den Einbruch bei der Wirtschaftsleistung waren die weltweiten Liefer- und Produktionsausfälle und -unterbrechungen. Abgesehen von Corona resultierten diese oftmals aus den stark gestiegenen Energiepreisen. Dazu kam die inflationsbedingte Reduzierung der Kaufkraft der Verbraucher und deren Nachfrage. Dadurch sahen sich viele Unternehmen veranlasst, Investitionen zurückzustellen, zumal deren Finanzierung durch die steigenden Zinsen erschwert wurde. Laut dem IW dürfte im laufenden Jahr die Schadenssumme eine Billion Euro betragen. W.K.

Mangel an Bitumen

Schwedt – Die mitteldeutsche Bauindustrie prognostiziert als Folge des Bezugsstopps von russischem Pipelineöl steigende Kosten beim Straßenbau. Die PCK-Raffinerie in Schwedt muss aufgrund einer Entscheidung der Bundesregierung seit Jahresbeginn auf russisches Öl aus der Druschba-Pipeline verzichten. Das inzwischen alternativ per Schiff gelieferte schwefelärmere Rohöl hat lässt dem PCK-Mehrheitseigner Rosneft Deutschland keine Bitumenherstellung zu. Nach Angaben des Geschäftsführers des unter Zwangsverwaltung gestellten Unternehmens wird als Folge derzeit in der Raffinerie bereits kein Bitumen mehr produziert. Bereits im Mai vergangenen Jahres hatte der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie vor extremen Folgen für den Straßenbau gewarnt, falls die Bitumenproduktion in Schwedt zum Erliegen kommen sollte. In der PCK Raffinerie wurde bislang ein Drittel des in Deutschland für den Straßenbau benötigten Bitumens hergestellt. H.M.

KOMMENTAR

Von wo der Terror wirklich droht

BODO BOST

Fast gebetsmühlenhaft hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser immer wieder die Terrorgefahr von Rechts beschworen und an ihre untergeordneten Dienststellen weitergeleitet. Dort wurden auf Kosten der Steuerzahler ganze neue Sonderermittlungseinheiten gegen die Terrorgefahr von Rechts gebildet. Nun meldet der Generalbundesanwalt, für den die Realität in unserer Gesellschaft Richtschnur sein muss und nicht pure Ideologie wie bei der Sozialdemokratin, nach einer parlamentarischen Anfrage der CSU-Abgeordneten Andrea Lindholz, dass im letzten Jahr nicht einmal ein Zehntel aller neu aufgenommenen Terrorverfahren gegen rechte Terrorverdächtige aufgenommen wurden. Viel schlimmer daneben hätte

Die meisten Terrorverfahren des Generalbundesanwalts richten sich gegen radikale Moslems

eine Ministerin nicht liegen können. Die meisten Terrorverfahren des Generalbundesanwalts richten sich dagegen gegen radikale Moslems. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf diese Anfrage hervor.

Im Bereich innere und äußere Sicherheit hat der Generalbundesanwalt im vergangenen Jahr insgesamt 451 Ermittlungsverfahren neu eingeleitet. 236 dieser Verfahren, also 52 Prozent, wiesen einen Bezug zum islamischen Terrorismus auf, 156 Ermittlungsverfahren, knapp 35 Prozent, wurden dem Bereich „ausländische Ideologie“ zugeordnet. Lediglich 19 Fälle fielen in den Bereich Rechtsextremismus und zwei in den Bereich Linksextremismus. „Die Zahlen zeigen ganz klar, dass der islamistische Terrorismus nach wie vor zu den größten Bedrohungen der inneren Si-

cherheit in Deutschland gehört“, sagte Unionsfraktionsvize Lindholz der „Welt“. Die „einseitige Fokussierung“ der Bundesinnenministerin auf den Rechtsextremismus sei „kurzsichtig und gefährlich“.

Faeser kommentierte die Zahlen mit der Beteuerung, dass „man den Kampf gegen den islamistischen Extremismus und Terrorismus weiterhin mit aller Konsequenz“ führe, da die Bedrohung unverändert anhalte. Ihre eigene ideologische Farbenblindheit wollte sie allerdings nicht kommentieren. Grünen-Chef Omid Nouripour, selbst 1975 im Iran geboren, kommentierte die Antwort der parlamentarischen Anfrage folgendermaßen: „Dschihadistische Gruppen stellen eine Bedrohung für unsere Sicherheit dar. Daher ist es wichtig, dass wir diese Gruppen – trotz der großen Gefahr des Rechtsradikalismus – nicht aus den Augen verlieren und die Sicherheitsbehörden die Szene genauestens beobachten.“ Er müsste die Gefahr genau kennen, sind doch gerade im letzten Jahr erstmals Terrorverdächtige aus dem Iran mit Verbindungen zur dortigen Regierung in den Fokus deutscher Ermittler geraten. Das willkürlich scheinende Todesurteil gegen einen Deutsch-Iraner vor einigen Wochen in Teheran lässt befürchten, dass der Iran bereits vorsorglich ein Reservoir an Austausch-kandidaten für mögliche Terrortäter anlegt, die bei derartigem Staatsterror gefasst und dann in der Regel ausgetauscht werden.

Es bleibt zu hoffen, dass die Ministerin wenigstens jetzt, nach der Veröffentlichung dieser Zahlen, ihre ideologischen Scheuklappen ablegt und sich ihrer eigentlichen Aufgabe, die Sicherheit in Deutschland zu garantieren, ohne Scheuklappen widmet. Leider steht sie in einer traurigen Reihe anderer Ampel-Minister, die sich trotz wissenschaftlicher Gutachten, welche etwa die Vorteile der Kernkraft dokumentieren, für ihre grüne Ideologie entscheiden und weiterhin gegen wissenschaftliche Expertise behaupten, die Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke in fünf Wochen nutze dem deutschen Volk und seiner Energiesicherheit. Wissenschafts-feindlichkeit schadet auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Das unvergessliche Fahrgefühl entschädigt nicht für alles: Ein Elektroauto

Foto: fogcat5

LEITARTIKEL

Das neue Statussymbol

FRIEDRICH-WILHELM FREIHERR
VON SEYDLITZ-KURZBACH /
HEINRICH PRINZ VON HANNOVER

Das Vorhaben der EU, ab 2035 keine Verbrenner-Motoren mehr zuzulassen, sollte uns die folgenden Überlegungen dringlich vor Augen führen. Eine Umstellung auf batteriebetriebene Elektroautos nimmt nicht nur in Deutschland weiter an Fahrt auf. Die international steigende Nachfrage nach Lithium und Kobalt, die wichtigsten Rohstoffe einer Batterie, führt sehr bald zu Versorgungsengpässen mit diesen Seltenen Erden, die vornehmlich in Chile, China und dem Kongo abgebaut werden. Im Jahr 2030 übersteigt der Bedarf an Lithium und Kobalt die Produktion wahrscheinlich bei Weitem. Nach Einschätzung des Verkehrsministeriums gäbe es noch viele Unbekannte, und die Zusammensetzung der Batterien könne sich noch bis zum Jahr 2030 ändern.

Eine leistungsstarke Batterie für Elektrofahrzeuge kann 100 Kilowattstunden (KWh) speichern. Bedenkt man, dass der durchschnittliche Stromverbrauch eines Einpersonenhaushalts in Deutschland bei ungefähr vier KWh pro Tag liegt, dann wird das Problem der individuellen Stromversorgung schnell deutlich.

Fehlende Infrastruktur

Sie möchten eine Elektroauto-Batterie aufladen. Diese sollte aber vor Ladebeginn noch mindestens 20 Prozent Energie gespeichert haben, weil sonst die Batterie allmählich eine immer kürzere Lebensdauer aufweisen wird, so, wie wir es über die Akkus unserer Mobiltelefone beklagen. Sie beladen die Elektroauto-Batterie auf 80 kWh und Sie besitzen noch keine Schnellladestation, sondern eine normale Steckdose, die nur 3,68 Kilowatt (KW) leistet. Dabei benötigt die Ladezeit Ihrer Elektroauto-Batterie 21,7 Stunden. Für den praktischen Betrieb ist das gänzlich unrealistisch. Deshalb erwerben Sie eine Schnellladestation, auch Wallbox genannt, für etwa 1000 Euro. Theoretisch bekommen Sie dadurch die Möglichkeit, aus der eigenen Steckdose 22 KWh zu ziehen. Dazu benötigen Sie aber eine behördliche Netzverträglichkeitsprüfung für eine Genehmigung, die kaum noch erteilt wird. Somit erhalten Sie aus Ihrer Schnellladestation nur elf KWh. Dabei stellen Sie fest, dass Ihre Stromkosten in die Höhe schießen und die Ladezeit für

Ihre Elektroauto-Batterie immer noch knapp acht Stunden dauert.

Sie haben auf dem Dach ihres Einfamilienhauses eine Photovoltaik-Anlage für etwa 12.000 Euro montieren lassen. Gleichzeitig investierten Sie um die 10.000 Euro in einen Zehn-KWh-Strom-

Der Fahrspaß eines E-Autos sollte uns nicht über die noch vielen offenen Fragen unserer zukünftigen Elektromobilität hinwegtäuschen

speicher, der ein Zehntel der Ladekapazität ihrer Autobatterie aufladen kann. Sie speisen zirka 60 Prozent Ihres Solarstroms in das öffentliche Netz ein und erhalten über Ihren Netzanbieter eine Einspeisevergütung von zirka sieben bis acht Cent pro KWh. Somit beläuft sich die Amortisationszeit Ihrer Photovoltaikanlage auf zirka zehn bis zwölf Jahre.

Sie kommen am späten Nachmittag nach Hause und möchten die Autobatterie von der Solaranlage beladen lassen. Die Solaranlage liefert aber nur viel Strom, wenn die Sonne scheint, also im Sommer zur Mittagszeit. Selbst im Sommer sinkt diese Energie am späten Nachmittag auf ein Zehntel und weniger ab. Über Nacht, wenn Sie für das Beladen der Autobatterie Zeit haben, liefert die Solaranlage aber kaum noch Strom. Ab jetzt müsste der Stromspeicher die Ladung übernehmen, doch der kann nur einen Bruchteil von dem liefern, was die Autobatterie benötigt. Sie müssen aus diesem Grund einen größeren Stromspeicher kaufen und der wird dann entsprechend teuer.

Solaranlagen liefern aber nur einen kleinen Anteil der derzeit gewonnenen regenerativen Energie. Der größte Teil kommt von Windkraftanlagen. Die heutigen moderaten Anlagen liefern aber nur Strom, wenn entsprechend Luftbewegung (Wind) vorhanden ist. Doch der Strom kommt nicht aus der Region, in der

er benötigt wird, sondern er wird über das allgemeine deutschlandweite Stromnetz zum Verbraucher geführt und stammt zur Hälfte aus Kohlekraftwerken. Und hier kommen wir wieder zum Ausgangspunkt. Unser Stromnetz ist durchschnittlich auf jene vier KWh pro Person und Tag ausgelegt, vielleicht auch für ein Mehrfaches des Durchschnittsverbrauchs. Um es klarzustellen, für einen höheren Stromverbrauch müssen auch die Kupferkabel dicker werden. Das alles funktioniert ohne einen schnellen Ausbau der Stromnetze nicht. Was in den Städten möglich wäre, kann auf dem Land und in den abgelegenen Dörfern kaum realisiert werden. Stärkere Stromkabel zu verlegen, das kostet Geld und Zeit und benötigt sehr viel Kupfer. Auch dieser Rohstoff wird in zirka 30 Jahren aufgrund der internationalen steigenden Nachfrage ein knappes Gut sein.

Überlastung des Stromnetzes

Eine Batterie-Ladesäule kann bis zu 150 KWh liefern. Wir begegnen diesen Ladesäulen an den Tankstellen unserer Bundesautobahnen und an Park- und Rastplätzen. Die zunehmende Zahl an Lade-stationen für Elektrofahrzeuge und strombetriebener Wärmepumpen könnte aber das deutsche Stromnetz sehr bald überlasten. Davor warnt die Bundesnetzagentur und stellt dabei fest, dass wenn weiter viele neue Ladestationen und Wärmepumpen installiert werden, dann Überlastungsprobleme und lokale Stromausfälle im Verteilernetz zu befürchten seien. Wenn der angeforderte Strom vom Lieferanten beziehungsweise vom Netzbetreiber nicht geliefert werden kann, dann reagiert dieser mit Lastabwurf. Das heißt, es werden bestimmte Verbraucher vom Netz genommen. Das sind zunächst diejenigen, die viel Strom benötigen. Aufgrund von intelligenten Stromzählern ist es für einen Netzbetreiber möglich, mit den sogenannten Powerline-Kopplern, und zwar durch die Datenüberlieferung der Power-over-IP-, gezielt den Strom abzuschalten.

Ein leistungsstarkes Elektroauto ist das neue Statussymbol und hat ein unvergessliches Fahrgefühl. Es beschleunigt ohne Geräusche von null auf 100 Kilometer in der Stunde in gut drei Sekunden und erreicht eine sehr hohe Endgeschwindigkeit. Ein großer Spaßfaktor, der aber nicht über die noch vielen offenen Fragen unserer zukünftigen Elektromobilität hinwegtäuschen sollte.

Lesen ist immer lebensgefährlich

Damit durch Lektüre kein lebenslanges Trauma ausgelöst wird – Klassische Texte werden immer häufiger zeitgeistgemäß gesäubert

VON HARALD TEWS

Lasen Sie uns eine kleine Korrektur eines Reims von Erich Kästner vornehmen: „Wird's besser? Wird's schlimmer?, fragt man alljährlich. Aber seien wir ehrlich, Leben ist immer lebensgefährlich.“ Es hätte durch Austausch eines einzigen Buchstabens auch heißen können: „Lesen ist immer lebensgefährlich.“

Ob dem Dichter die Umdichtung gefallen hätte, wissen wir nicht. Er wusste aber aus eigener Erfahrung, wie gefährlich Literatur sein kann, wenn sie sich nicht in das Bild einer herrschenden Anschauung fügt. In der Zeit des Nationalsozialismus unterzog er sich durch innere Emigration einer Selbstzensur. Statt noch gesellschaftskritische Romane wie „Fabian“ während der Weimarer Zeit, veröffentlichte er nach 1933 nur noch harmlose Jugendbücher wie „Das fliegende Klassenzimmer“ oder Komödien wie „Drei Männer im Schnee“.

Doch inzwischen muss man selbst vorsichtig sein mit dem Begriff „harmlos“ in Bezug auf Jugendliteratur oder Komödien. Die ganze Wucht der neomodischen „woken“ Kultur, also der auf linker Seite „wachsamen“ Ideologieaufseher, bekamen nun an sich „harmlose“ Werke des britischen Autors Roald Dahl (1916–1990) zu spüren. Der mit Kurzgeschichten wie „Küsschen, Küsschen!“ berühmt gewordene Schriftsteller wurde nun selbst das Opfer einer durch verlegerische Zensur erzeugten Umdichtung.

Doch bei ihm geht es nicht um einzelne Buchstaben, sondern um ganze Wörter und Passagen. Besonders hart getroffen hat es sein von Tim Burton verfilmtes Kinderbuch „Charlie und die Schokoladenfabrik“. In einer englischen Neuauflage wird der nimmersatte Augustus Glupsch nicht mehr als „fett“ bezeichnet, sondern als



Nicht „fett“: Der neuerdings „enorme“ Augustus Glupsch in der Verfilmung von Roald Dahls „Charlie und die Schokoladenfabrik“

„enorm“. Verboten sind auch Ausdrücke wie „verrückt“, „Idiot“ oder „wahnsinnig“, für die man nun – harmlosere – englische Umschreibungen gefunden hat.

In Dahls Kinderbuch „Matilda“ darf die Schuldirektorin Fräulein Knüppelkuh nicht mehr als „a most formidable woman“ bezeichnet werden, sondern als „a most formidable female“. Dieses Einknicken vor der biologischen Gender-Vielfalt, bei der eine Direktorin nicht einfach nur eine „beeindruckende Frau“ sein darf, sondern eine „Weibliche“, dürfte zu einer Herkulesaufgabe für zukünftige Übersetzer werden. Der „Cancel Culture“, dem

Ausschluss unliebsamer Personen, fielen in dem Werk auch die Namen von Joseph Conrad und Rudyard Kipling zum Opfer. Da sie als Kolonialisten gelten, wurden ihre Namen in einer Passage durch die Jane Austens und John Steinbecks ersetzt: „Sie besuchte Landsitze aus dem 19. Jahrhundert mit Jane Austen. Ernest Hemingway folgte sie nach Afrika und John Steinbeck nach Kalifornien.“

Dahls Werke gelten ohnehin als rassistisch kontaminiertes Gelände, da der Autor des Antisemitismus verdächtigt wird. Dennoch protestierte ein Schriftsteller gegen die Säuberung der Sprachpolizisten,

der selbst ein Opfer böswilligster Zensur ist. Der in der islamischen Welt wegen seines Buchs „Die satanischen Verse“ verfeimte Salman Rushdie sagte: „Roald Dahl war kein Engel, aber das ist jetzt ein Fall von absurder Zensur.“

Und ein Fall, der fatal an George Orwells Roman „1984“ erinnert, in dem im „Ministerium für Wahrheit“ alte publizistische Werke in ein „Neusprech“ umgeformt werden. In der ganz realen Welt mussten sich schon der böhmische Kinderbuchautor Otfried Preußler oder Astrid Lindgren mit ihren „Pippi Langstrumpf“-Büchern „sprachliche Moderni-

sierungen“ unterwerfen. „Neger“, „Zigeuner“, „Indianer“ oder „Zwerg“ sind inzwischen zu Tabubegriffen geworden, die in Neuauflagen ersetzt werden.

Diese Rücksichtnahme auf sensible Gemüter, die ein Trauma erleiden könnten, wenn sie solche Ausdrücke lesen, reicht in alle Bereiche der Kunst. In Donald-Duck-Comics hat man Sprechblasen geändert. So wurde aus Fridolin Freudenfett ein Fridolin Freundlich. Und im ZDF hat man kürzlich im Udo-Jürgens-Lied „Aber bitte mit Sahne“ statt „Mohrenkopf“ lieber „Schokokuss“ gesungen.

Wenn das so weitergeht, muss man die gesamte Weltliteratur umschreiben, und zwar angefangen von der Bibel mit ihren Schreckensszenen von Brudermord (Kain und Abel), Blutschande (Amnon und Tamar), Horror (Daniel in der Löwengrube), sexuellem Missbrauch (Susanna im Bade) und Folter (Kreuzigung). Im englischen Sprachraum existieren bereits Warnhinweise in Büchern, die Gewalt (in Shakespeare-Dramen), Mord (Dostojewskis „Schuld und Sühne“), Pädophilie (Nabokovs „Lolita“) oder Rassismus beinhalten. Mark Twains „Tom Sawyer“ haben einige Verlage wegen des häufigen Gebrauchs des Wortes „Nigger“ bereits ganz aus dem Programm geworfen.

Damit die Jugend nicht verdorben wird, gibt es seit jeher gekürzte Jugendbuchversionen von Klassikern wie dem kolonialistisch verminten „Robinson Crusoe“. Denn der Leser wird oft gern bevormundet und generell als unmündig betrachtet. Denn, ja, lesen kann lebensgefährlich sein, vor allem, wenn man Fiktion nicht von Realität unterscheiden kann. Vor 250 Jahren löste Goethes „Werther“ in ganz Europa eine Selbstmordwelle aus. Mit Warnhinweis und einer kompletten Säuberung des Werkes zu einem Happy End hin wäre das nicht passiert. Aber wer will so etwas lesen?

MUSIK

Einer der letzten seiner Art

Größter Orgelkomponist des 20. Jahrhunderts – Vor 150 Jahren wurde Max Reger geboren

Mit dem Namen können viele etwas anfangen: Max Reger, na, klar, der bekannte Komponist. Mit seinen Werken tut man sich da schwerer. Im Konzertleben tauchen sie selten auf den Programmzetteln auf. Kirchgänger werden seinen Kompositionen häufiger über den Weg gelaufen sein, als sie denken. Der vor 150 Jahren im Fichtelgebirge geborene Reger hat unzählige Orgelwerke geschrieben. Seine Choralphantasien über altbekannte Kirchenlieder wie „Ein feste Burg ist unser Gott“, „Wie schön leucht' uns der Morgenstern“ oder „Wachet auf, ruft uns die Stimme“ dürften viele Organisten im Repertoire haben und der Gemeinde vorgespielt haben, ohne dass der Name Reger fiel.

Der am 19. März 1873 geborene Komponist gehörte neben dem neun Jahre älteren Richard Strauss zu den letzten seiner Art aus der großen deutschen Epoche der Musikromantik, präziser: der Spätromantik. Während Strauss in den 1920er Jahren mit seinen Opern Triumphe feierte, blühten in dieser Zeit vor allem die kammermusikalischen Bühnen mit Reger-Werken auf. Zu dem Zeitpunkt war der als kauzig beschriebene Komponist bereits tot. Der stark beleibte und alkoholabhängige Re-

ger starb mitten im Kriegsjahr 1916 in Leipzig an einem Herzinfarkt.

In den 43 Jahren seines Lebens arbeitete er wie am Fließband und schuf über 1000 Kompositionen. Ein echtes „Opus magnum“, das man sofort mit dem Namen Reger verbindet, findet sich jedoch

nicht darunter. Ein lateinisches Requiem, das es hätte werden können, brach er 18 Monate vor seinem Tod ab. „Meine Zeit wird kommen“, prophezeite er, nachdem seine häufig als sperrig bezeichneten polyphonen Kompositionen bei vielen Zeitgenossen auf Ablehnung stießen.

Damit orientierte er sich an seinem Vorbild Wagner, dessen revolutionäre Opern zunächst auch auf viel Widerstand gestoßen waren. Nach einer „Parsifal“-Aufführung von 1888 entschloss sich Reger, Musiker zu werden, und schrieb noch als Autodidakt seine große „Ouvertüre in d-moll“. Danach studierte er an den Konservatorien in Sondershausen und Wiesbaden und wurde Hofkapellmeister in Meiningen, während er nebenher in Leipzig als Kompositionslehrer tätig war. Neben den Orgelwerken, die der wegen der Heirat mit einer Protestantin exkommunizierte Katholik vorwiegend für evangelische Kirchen schrieb, wird er mit seinem Orchesterwerk „Variationen über ein Thema von Mozart“ und dem Klavierwerk „Variationen und Fuge über ein Thema von Johann Sebastian Bach“ bei Klassikfreunden in Erinnerung bleiben. H. Tews



„Reger bei der Arbeit“: Porträt des expressionistischen „Brücke“-Malers Franz Nölken

● Zum 150. Geburtstag des Komponisten veranstalten die seit 1999 stattfindenden Max-Reger-Tage in der Max-Reger-Halle in Weiden/Oberpfalz am 19. März um 19 Uhr ein Jubiläumskonzert unter anderem mit Regers „Geistlichen Gesängen op. 110“. Karteninfo: www.maxregertage.de

● MELDUNG

Wiens Expo vor 150 Jahren

Wien – Die Weltausstellung von 1873 war die erste im deutschsprachigen Raum. Sie beförderte Wien zur Weltmetropole und damit zum Austragungsort vieler internationaler Kongresse. Ihr 150. Jahrestag wird jetzt in Österreichs Hauptstadt gefeiert. Im Weltmuseum werden bis Dezember jeden Sonnabend um 11.15 Uhr Führungen mit dem Titel „Die Wiener Weltausstellung 1873 und der Jugendstil“ sowie Infomaterial zu den zur Weltausstellung entstehenden Kontaktpunkten zum „Orient“ angeboten. Das Technische Museum bietet ab Mai die Ausstellung „Women at Work“, bei der erstmals weibliche Blicke auf die Arbeitswelt, die beim „Frauenpavillon“ in den Mittelpunkt gerückt wurden, aufgegriffen werden. Im Museum für angewandte Kunst findet ab 7. Juni eine Kunsthandwerkshow zum ebenfalls 200. Jubiläum der Kristallglasmanufaktur „J&L Lobmeyr“ statt. Das Museum für angewandte Kunst greift den Orientalismus des 19. Jahrhunderts auf, der durch die erste Weltausstellung hervorgerufen wurde. Internet: www.wien.info H. Sch.



Im Lübecker St. Annen-Museum: Der Paramentenraum

Foto: St. Annen-Museum/Fotoarchiv HL

VON FEDOR M. MROZEK

DANZIGER PARAMENTENSCHATZ

Schatz zu verschenken

Die Evangelische Kirche möchte
deutsches Kulturgut in polnische Hände geben

Es war einmal eine Zeit, da wurden Schätze gehütet und manchmal geraubt, auf die eine oder andere Weise erfuhren sie jedenfalls Wertschätzung. Heutzutage kann man mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen, wie sich die deutsche Politik darin ergeht, Kulturgüter als sogenannte Raubkunst vorgeblich zurückzugeben. Ein Beispiel hierfür präsentierte jüngst die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock, als sie in der ehemaligen britischen Kolonie Ghana einige Exemplare der Benin-Bronzen, die deutsche Museen im Vereinigten Königreich erstanden hatten, als vermeintlich deutsche koloniale Beutekunst aushändigte.

Auf diesen Pfaden wandelt nun die Union Evangelischer Kirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (UEK). Am 8. Dezember vergangenen Jahres unterzeichnete sie eine Absichtserklärung mit dem römisch-katholischen Bistum Danzig-Oliva und der ihr zugehörigen Gemeinde der Marienkirche, gemäß der eine Sammlung von religiösen Textilien, berühmt als Danziger Paramentenschatz, in polnisches Eigentum übergehen müsse. „Sie sind edel und kostbar, byzantinische Seiden, mit Gold bestickt, Kirchengewänder und Textilien aus dem 14. und 15. Jahrhundert.“ So machen die „Lübecker Nachrichten“ ihren Artikel vom 5. Februar dieses Jahres auf, in dem unter dem Titel „Streit um edle Gewänder“ von dem drohenden Verlust für Lübeck berichtet wird.

Vergleichbarer Fall im Jahre 2020

Die bislang im Lübecker St. Annen-Museum sowie im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg verwahrten Stücke sollen dem Beispiel des Dreifaltigkeitsaltars der Georgsbruderschaft folgen, der die Wirren des Zweiten Weltkrieges in der deutschen Hauptstadt überstanden hatte. „Über Jahrzehnte war die Predella an die St. Johanniskirche Berlin-Moabit, das Retabel an die Gemäldegalerie Berlin ausgeliehen. Dieser Altar ist im Jahr 2020 in die Marienkirche Danzig, seinen angestammten Ort, zurückgekehrt. Auf Initiative der

UEK und vorbereitet durch hochrangige persönliche Begegnungen zwischen Vertretern unserer Kirchen hatten die UEK und die Marienkirche Danzig in Verbindung mit dem Bistum Danzig einen Schenkungsvertrag geschlossen“, wie es in einem Schreiben des Amtsbereichs UEK im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Gestalt seines stellvertretenden Leiters Martin Evang vom 24. Januar dieses Jahres heißt.

Reaktion seitens der OMV

In seiner Antwort erhob Manfred Lietzow, seines Zeichens Landesehrenvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU Schleswig-Holstein und OMV-Kreisvorsitzender im Lübeck benachbarten Ostholstein, Protest unter Verweis auf den Umgang mit deutschen Kulturgütern östlich von Oder und Neiße: „Es ist sicher richtig, im Rahmen christlicher Versöhnung in einem guten Verhältnis auch mit unserem stets schwierigen Nachbarn Polen zu leben, jedoch kann es nicht sein, Millionenwerte deutschen Kulturgutes wie die ‚Danziger Paramente‘ ohne Gegenleistung an einen Staat zu geben, der sich bis heute weigert, seine Beutekunst an Deutschland zurückzugeben. Wenn immer von ‚Rückgabe‘ der ‚Danziger Paramente‘ bei der UEK gesprochen wird, ist dies ein falscher Begriff, denn ich kann nicht zurückgeben, was mir, in diesem Fall der Ev. Kirche in Deutschland, gehört!“

Über diese zwingende sprachliche Logik hinaus verweist Lietzow auf während des Zweiten Weltkrieges zum Schutz vor alliierten Bombenangriffen nach Osten verlagertes umfangreiches Kulturgut, darunter die als „Berlinka“ bekannte Sammlung aus Berliner Bibliotheksbeständen

des Preußischen Geheimen Staatsarchivs in der Jagiellonen-Universität Krakau, die zunächst von deutscher Seite im niederschlesischen Benediktiner-Kloster Grüssau und auf Schloss Fürstenstein in Sicherheit gebracht worden waren, bevor sie unter Billigung der UdSSR in die polnische Krönungsstadt kamen. Von mittelalterlichen Handschriften reicht die Hunderttausende Stücke zählende Sammlung über Autographen deutscher Geistesgrößen wie Luther, Goethe und Schiller bis hin zu Musikalien der Komponisten Bach, Beethoven und Mozart. „Bis heute verweigert Polen die Herausgabe dieser Beutestücke. Das ist ein eklatanter Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung von 1907, ...“, so Lietzow weiter aus völkerrechtlicher Perspektive. Er schließt mit dem moralischen Appell: „Was würde wohl der letzte Marienpastor von Danzig, Pastor Dr. Gülzow, dazu sagen, würde er noch leben und hören, wie seine unter großen Mühen nach Lübeck gerettete Restsammlung von 108 Danziger Paramenten an Polen verschenkt werden. ... Als gebürtiger Lübecker und Sohn eines in der Danziger Niederung geborenen Vaters werden Sie sicher verstehen können, dass ich neben vielen Danziger Flüchtlingen für die Auslieferung der Danziger Paramente an Polen kein Verständnis habe und schwer enttäuscht bin von der Entscheidung der UEK/EKD! Den Landsmannschaften erweisen Sie einen Bärendienst mit der Paramenten-Versenkung, und glauben Sie mir bitte, sie werden weiter für den Verbleib in Deutschland kämpfen!“

Die Geschichte der Paramente

Die Nennung von Pastor Gerhard M. Gülzow führt zu der Frage, wie der Oberkonsistorialrat die Paramenten-Rettung in

den Westen vollbracht hat. Ein Zeitzeuge und erklärter Freund des verstorbenen Pastors Gülzow schilderte in einem Brief aus dem Jahre 1993: „Als diese Gemeinde vor der anrückenden russischen Armee flüchtete, hat ihr Leiter, Pastor Gülzow, den vertrauenswürdigsten Familien je eines der wertvollen alten Paramente mitgegeben und einen Rest selbst mitgenommen. Pastor Gülzow hat in der Lübecker Schwesterkirche Aufnahme gefunden, er wurde Pastor an der Luther-Kirche. Von dort aus hat er Verbindung zu seinen verstreuten Gemeindegliedern aufgenommen und die Paramente wieder eingesammelt.“

Ursprünglich gab es an der Danziger Marienkirche, die von 1343 bis 1502 errichtet worden ist, etwa eintausend Stücke. Zu den Gründen schreibt der Oberstudienleiter a.D. Hans-Jürgen Kämpfert: „Das mag darin begründet sein, dass Danzig damals zu den größten und reichsten Städten Europas gehörte mit Handelsbeziehungen, die über Europa hinaus reichten. An St. Marien in Danzig, 1945 die fünftgrößte Kirche der Welt, wirkten um 1500 123 Pfarrer und Kapläne am Hochaltar und an den 46 Altären der Patrizierfamilien, Bruderschaften und Zünfte.“ Nachdem die selbständige Stadtrepublik unter dem Schutz der polnischen Krone 1557 die Religionsfreiheit erlangt hatte, mutierte die Oberpfarrkirche zur größten evangelischen Kirche der Welt, in der gleichwohl die Paramente teils in Altären verborgen und in Seitenkapellen eingemauert die Jahrhunderte überdauerten, bis eine neue Wertschätzung einsetzte, die sich zum Beispiel im käuflichen Erwerb eines Viertels der Stücke durch das Berliner Kunstgewerbemuseum 1875 zeigte. Nachdem die in Thüringen ausgelager-

ten knapp 200 Paramente von der DDR-Regierung 1961 an Polen ausgehändigt worden waren und nunmehr im polnischen Nationalmuseum in Danzig zu sehen sind, verblieben in Lübeck rund 100 Exemplare, von denen einige nach einer etwaigen Weitergabe an die polnische Kirche quasi als Trostpflaster mittels Leihgaben weiterhin an der Trave präsent sein sollen.

Von der Lübecker CDU-Landtagsabgeordneten Anette Röttger wird das Vorgehen der UEK dennoch bedauert: „Das sind hohe ideelle Werte, die man nicht mit Geld bezahlen kann und die nach einer Fluchterfahrung noch einmal viel, viel schwerer wiegen.“

Argumentation Polens

Zur polnischen Berufung auf eine Konvention der UNESCO, gemäß der im Kriege von ihrem Standort entfernte Kunstgegenstände nach Beendigung der Kampfhandlungen an ihren Ursprungsort zu restituieren sind, hieß es schon 1984 in der Ausgabe Nr. 21 von „Unser Danzig“, dem Mitteilungsblatt des Bundes der Danziger, vom damaligen Bundesvorsitzenden Helmut Roick: „In Auswirkung dieser Vereinbarung hat es Rückführungen an betroffene Staaten gegeben. U. E. ist jedoch eine andere Sachlage vorhanden, wenn es sich um die Rückführung in Gebiete handelt, aus denen die angestammte Bevölkerung vertrieben worden ist. Das gilt für die unter polnischer und russischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete. Milliardenwerte sind dort verblieben und werden genutzt. Nur wenig konnte von den von Deutschen geschaffenen Kunstwerken in den Westen gerettet werden. Sie gehören dem deutschen Volk und sollen dort verbleiben, wo sie sich heute befinden. Jeder Forderung nach einer Übergabe der geretteten Kunstwerke ist energisch zu widersprechen.“

● **Fedor M. Mrozek** stammt väterlicherseits aus Danzig-Oliva und ist Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Schleswig-Holstein und Vizevorsitzender der Landsmannschaft der Danziger in der Landeshauptstadt Kiel.



Nach Luftangriffen der Alliierten in der vorausgegangenen Nacht: Bagdad am 28. März 2003

Foto: pa

VON WOLFGANG KAUFMANN

„REGIME CHANGE“

George Walker Bushs Angriffskrieg gegen den Irak

Mit Bomben auf Bagdad begannen vor 20 Jahren die Vereinigten Staaten von Amerika die „Operation Iraqi Freedom“

Die meisten Kriege beginnen mit Lügen. Das gilt auch und gerade für den auch Dritter Golfkrieg oder Zweiter Irakkrieg genannten Krieg zwischen einer „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA gegen den Irak, der vom 20. März bis zum 1. Mai 2003 dauerte und mit der Niederlage der Streitkräfte, der Eroberung der Hauptstadt sowie dem Sturz des Staats- und Regierungschefs des Irak endete. Zur Rechtfertigung dieser Intervention brachte die US-Führung gleich vier Unwahrheiten in Umlauf.

So wurde behauptet, der Irak besitze einsatzfähige biologische beziehungsweise chemische Waffen und könne die USA und deren Verbündete damit angreifen. Dass das nicht der Realität entsprach, bestätigte selbst die Iraq Survey Group der US-Regierung in ihrem Abschlussbericht vom 30. September 2004. Dem Bericht zufolge hatte das Saddam-Regime entsprechende Programme bereits 1995 gestoppt.

Vorgeschobene Gründe

Weiterhin hieß es aus Washington, der Irak arbeite am Bau von Atomwaffen und habe in diesem Zusammenhang den Versuch unternommen, 500 Tonnen Uranoxid im Niger zu kaufen. Wie die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) dem UN-Sicherheitsrat mitteilte, waren die Dokumente, die das beweisen sollten, eindeutig Fälschungen. Ebenso erwies sich die Behauptung, Bagdad sei es gelungen, Bauteile für Zentrifugen zur Uran-Anreicherung zu erwerben, als falsch.

Außerdem unterstellten die USA und deren engster Verbündeter Großbritannien dem Irak, er habe seine Massenvernichtungswaffen vor den Inspektoren der Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen (UNMOVIC) versteckt und somit gegen die UN-Resolution 1441 vom 8. November 2002 verstoßen, der zufolge „ernsthafte Konsequenzen“ drohten, wenn Bagdad seinen Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen zur „Offenlegung aller Aspekte seiner Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und von ballistischen Flugkörpern“ nicht vollumfänglich nachkomme. Das war nicht nur ein Eingeständnis, dass niemand solche Waffen im Irak gefunden hatte, sondern auch gelogen. Denn auf das in der Resolution 1441 enthaltene Ultimatum hin konnten die Ins-

pektoren wenige Tage später ungehindert einreisen und bis zum 7. März 2003 mehr als 500 Kontrollen durchführen. In deren Verlauf fanden sie nichts Verdächtiges.

Die Domino-Theorie

Schließlich lautete der Vorwurf an den Irak, er habe die für die Anschläge des 11. September 2001 verantwortlich gemachte islamische Terrororganisation al-Kaida unterstützt und deren Mitglieder beispielsweise im Bombenbau und dem Einsatz von Giftgas unterwiesen. Das wollte indes nicht einmal der US-Auslandsgeheimdienst CIA bestätigen, wie der Geheimdienstausschuss des Senats im September 2006 enthüllte. Saddam Hussein sei vielmehr ein strikter Gegner jeglicher Kooperation mit dschihadistischen Gruppierungen wie al-Kaida gewesen.

Da der Irak die USA weder angegriffen oder dies für die Zukunft geplant hatte noch in der Vergangenheit an Terrorakten gegen die USA beteiligt gewesen war, war das Vorgehen der Vereinigten Staaten gegenüber dem Irak auch nicht durch das Recht zur militärischen Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta gedeckt. Hieraus ergibt sich, dass die Intervention im Irak, die mit all ihren Begleiterscheinungen und Nachwirkungen möglicherweise fast 100.000 Kämpfern auf beiden Seiten und über eine Million Zivilisten das Leben gekostet hat, als Verstoß gegen das Völkerrecht beziehungsweise als Kriegsverbrechen einzustufen ist.

In Wahrheit ging es der Regierung von George W. Bush darum, einen von ihm und seinen Beratern bereits am 30. Januar 2001 beschlossenen „Regime Change“ im Irak durchzuführen, die US-kritische Staatsführung durch eine US-freundlichere zu ersetzen. Dahinter stand eine neue Interpretation der Domino-Theorie. Gemäß der aus dem Kalten Krieg stammenden ursprünglichen Domino-Theorie bestand die Gefahr, dass ein Wechsel von

einem westlichen beziehungsweise US-freundlichen zu einem sozialistischen beziehungsweise US-feindlichen Regime in einem Land entsprechende Regimewechsel in Nachbarländern nach sich ziehen könnte. Gemäß der Domino-Theorie von Bush bestand nun die Hoffnung, dass ein Wechsel von einem undemokratischen beziehungsweise US-kritischen Regime zu einem demokratischen beziehungsweise US-freundlichen entsprechenden Regimewechsel in Nachbarländern nach sich ziehen könnte. So vertrat Bush die Ansicht, dass ein demokratischer beziehungsweise US-freundlicher Irak als Symbol für die „Kraft der Freiheit“ dienen würde.

Weil die Völkerrechtswidrigkeit des Überfalls auf den Irak schon Anfang 2003 ins Auge stach, weigerten sich etliche Staaten, in die „Koalition der Willigen“ einzutreten. Darunter war selbst die Bundesrepublik. In den Krieg involviert war sie am Ende allerdings trotzdem, denn sie unterstützte die Angreifer durch die Erteilung von Überflugrechten über ihr Territorium, Transportleistungen, den Schutz der US-Militärbasen auf ihrem Territorium und die Teilnahme an der Überwachung des Luftraumes über dem Irak durch die NATO. Dazu kam die Bereitstellung eines ABC-Abwehrbataillons der Bundeswehr, das dem US-amerikanischen Marine Corps Forces Central Command unterstand und in Kuwait stationiert war. Ebenso gaben Agenten des Bundesnachrichtendienstes während der Kampfhandlungen wichtige Informationen aus dem Irak an den US-Militärgeheimdienst DIA weiter.

Folgen für Deutschland

Während die Kriegsbeteiligung der Bundesrepublik also eher indirekt war, sind die Kriegsfolgen für sie gravierend. Während des Krieges, der anschließenden Besatzungszeit und des Bürgerkrieges ab Ende 2011 verließen über zwei Millionen Menschen den Irak. Etliche von ihnen kamen nach Deutschland. Laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes leben in der Bundesrepublik inzwischen etwa 277.000 Iraker. Von diesen meist männlichen Einwanderern werden jährlich um die 10.000 Straftaten begangen.

Auch gehört die Bundesrepublik neben den USA und Japan zu den drei größten Geldgebern des aus dem „Regime Change“ hervorgegangenen Nachkriegs-Irak. Im letzten Jahrzehnt, seit 2014, zahlte Deutschland im Rahmen von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, inneren Stabilisierung und humanitären Hilfe über 3,4 Milliarden Euro.

Zur Rechtfertigung ihrer Intervention brachte die US-Führung vier Unwahrheiten in Umlauf

zu US- wie Israel-freundlichen politischen Veränderungen im gesamten Nahen und Mittleren Osten führen würde.

Haltung der Bundesrepublik

Inzwischen wird die Domino-Theorie im US-geführten westlichen Lager wieder mehr im ursprünglichen, Eisenhower-Sinne einer Gefahr denn einer Chance vertreten, seit dem Beginn des Ukrainekrieges gerne in der Spielart, dass wenn es zugelassen würde, dass die Ukraine als Folge eines russischen Sieges wieder russisch oder pro-russisch würde, dieses nur der Anfang wäre und weitere Staaten folgen würden.

VENEDIG

Als der Heilige Markus eine Republik bekam

Die 48er-Revolution war primär eine nationalliberale. Nach Selbstbestimmung des Einzelnen und der Völker, nach Freiheit und Nationalstaat wurde gestrebt. In Italien richtete sich der Nationalismus vor allem gegen die Habsburger, deren Herrschaft über große Teile Norditaliens einschließlich Venedigs von vielen unter Italiens Nationalisten als Fremdherrschaft empfunden wurde. Hoffnungsträger hingegen war vielen von ihnen das Königreich Sardinien, dessen Rolle in und für Italien in mancher Hinsicht der des Königreiches Preußen in und für Deutschland ähnelt. Wie in Deutschland gelangen auch in Italien den 48ern beachtliche Anfangserfolge.

Im seinerzeit österreichischen Venedig begann die 48er-Revolution mit einem Streik der Arbeiter im Arsenal, Schiffswerft, Zeughaus und Flottenbasis der Lagunenstadt. Vor 175 Jahren, am 23. März 1848, wurde eine unabhängige Repubblica di San Marco (Republik des Heiligen Markus) mit Venedig als Zentrum ausgerufen. Als Flagge wurde eine Kombination aus der Trikolore der Einigungsbewegung Italiens und Venedigs Markslöwen gewählt.

Ebenfalls am 23. März 1848 erklärte Sardinien Österreich den Krieg, den sogenannten ersten italienischen Unabhängigkeitskrieg. Am 4. Juli beschloss Venedig nach einem in der Lombardei und Venetien durchgeführten Plebiszit, sich Sardinien anzuschließen.

Am 23. März 1849 kam es zur kriegsentscheidenden Schlacht bei Novara. 45.000 Österreicher unter dem Kommando des Feldmarschalls Josef Wenzel Radetzky von Radetz siegten über 57.000 Sarden unter dem Befehl des polnischen Generals Wojciech Chrzanowski. Noch am selben Abend dankte der sardische König Karl Albert zugunsten seines Sohnes Viktor Emanuel (II.) ab. Er ging nach Portugal ins Exil. Am 26. März einigten sich der neue sardische und spätere italienische König sowie der Namensgeber von Johann



Flagge der Repubblica di San Marco

Strauss' Radetzky-Marsch in Vignale auf das Schweigen der Waffen und den territorialen Status quo ante bellum. Die Sarden mussten sich somit aus dem österreichischen Königreich Lombardo-Venetien zurückziehen.

Ungestört von Interventionen anderer Mächte konnte sich das Militär des Kaisertums nun der Bekämpfung des inneren Gegners und der Wiederherstellung der alten Ordnung in Lombardo-Venetien widmen. Einen am Tage der sardischen Niederlage bei Novara begonnenen Aufstand in der lombardischen Stadt Brescia hatte es nach zehn Tagen niedergeschlagen.

Nun kam Venedig dran. Ab dem 4. Mai belagerten die Österreicher das venezianische Fort Marghera auf dem Festlandteil der Stadt und eroberten es am 26. Mai. Am 29. Juli begann die Belagerung der Stadt. Geschwächt durch Hunger und Cholera ergaben sich die Belagerten am 22. August 1849. Das war das Ende der Republik. *Manuel Ruoff*

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Der Welttag des Artenschutzes am 3. März soll an das Washingtoner Artenschutzübereinkommen (auch CITES genannt) erinnern, das am 3. März 1973 unterzeichnet wurde. Jedoch war das Datum in diesem Jahr Anlass, bittere Bilanz aufgrund einer Politik zu ziehen, die den Artenschutz nicht mehr als tragende Säule für den Erhalt der Ökosysteme wahrnimmt und damit unsere existentiellen Lebensgrundlagen gefährdet.

Hinsichtlich der Klimapolitik ist unsere Demokratie de facto den autoritären und diktatorischen Herrschaftssystemen sehr nahe gekommen. Im Februar trat eine „Notverordnung“ des Wirtschafts- und Energieministers Habeck zur Durchsetzung eines schnelleren Ausbaus der Windenergie in Kraft. Für 18 Monate sollen auf dieser Basis die Genehmigungsverfahren für den Bau neuer Windkraftanlagen an Land und auf See beschleunigt werden. Umweltverträglichkeits- und artenschutzrechtliche Prüfungen müssen nicht mehr vorliegen. Erforderlich ist lediglich eine „strategische“ Umweltprüfung für Windeignungsgebiete. Mindestabstände zwischen Wohnbauten und Windrädern gelten nicht mehr, und auch die Beteiligung der Öffentlichkeit an den Genehmigungsverfahren ist ausgehebelt. Unter Berufung auf die willkürlich festgesetzten politischen Klimaziele segnete das Kabinett die vom BUND befürchtete „Hauruck-Novelle“ Habecks ab. Zuvor hatten BUND und Nabu die mehrfach verschärften energiepolitischen Ziele der Bundesregierung mitgetragen. Nun fühlen sie sich hintergangen.

„Offensichtlich rechtswidrig“

Umgehend legte Brandenburgs Landtag neue Flächenziele für die Windkraft fest. Im Land sind bis Ende 2027 1,8 Prozent und bis Ende 2032 2,2 Prozent der Fläche für den Bau neuer Windparks auszuweisen. Landschaftsschutzgebiete können mit einbezogen werden, Umweltprüfungen sind nicht mehr erforderlich. Für Vorranggebiete gilt der im Mai 2022 beschlossene Mindestabstand von 1000 Metern zwischen Windrädern und Wohnbebauungen nicht mehr. Nahezu dieselben Vorgaben beschloss auch der Landtag in Nordrhein-Westfalen.

Der Verein Naturschutz Initiative (NI) und der Verein für Landschaftspflege, Artenschutz und Biodiversität (VLAB) kritisieren die Pläne des Ministers scharf. Noch nie seit der Flurbereinigung in den 1960er und 70er Jahren sei der Naturschutz so missachtet und demontiert worden wie unter dieser Ampelregierung, erklärten die Bundesvorsitzenden Harry Neumann und Johannes Bradtka. Mit der Aussetzung des gesetzlich gebotenen Artenschutzes durch Politik, Behörden und



1200 Tonnen Insekten jährlich vernichtet: Windräder töten die Kleintiere in riesigen Mengen

Foto: pa

ÖKOLOGIE

„Grüne“ Politik setzt der Natur immer dramatischer zu

Tag des Artenschutzes: Vor 50 Jahren wurde das Washingtoner Abkommen unterzeichnet. Doch mit einer „Notverordnung“ hat die Ampelregierung den Schutz nun praktisch außer Kraft gesetzt

willfähige Gutachter zugunsten eines forcierten Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik würden die Ergebnisse der Weltnaturkonferenz in Montreal vom Dezember 2022 zum Schutz der Biodiversität konterkariert. Das Vorgehen des Wirtschaftsministers sei ein massiver und offensichtlich rechtswidriger Angriff auf den Natur- und Artenschutz sowie auf die Beteiligung von Bürgern und Umweltverbänden. Die Bundesregierung verstoße gegen den Artikel 20 a des Grundgesetzes, durch den unsere Lebensgrundlagen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen zu schützen sind. Die NI lässt die „Notverordnung“ rechtlich überprüfen.

Die ironischerweise als grün bezeichnete, raumgreifende und rohstoffverschlingende Wind- und Solarindustrie sorgt weltweit zunehmend für Kollateralschäden an den Ökosystemen. Insbesondere tragen Windparks in erheblichem Umfang zum Insektensterben bei und stellen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine

der Hauptursachen für die erschreckende Abnahme insbesondere der Feld- und Wiesenvögel dar. Berechnungen einer Studie des Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums zufolge werden jährlich etwa 1200 Tonnen Insekten durch Kollisionen mit Windradrotoren (Durchmesser bis 180 Meter) vernichtet.

Darauf bezogen sich Bundestagsabgeordnete der AfD im September 2019 bei ihrer Forderung an die Bundesregierung, das Ausmaß des Insektensterbens an Windkraftanlagen auch in Verantwortung für künftige Generationen umfassend untersuchen zu lassen. Eine Reaktion der Regierung blieb aus. Nicht verwunderlich, dass auch die Ampelregierung und die Ämter um jeden Preis vermeiden wollen, den Insektenchwund mit der Windkraft in Verbindung zu bringen.

Kürzlich protestierte die schwedische Aktivistin Greta Thunberg in Oslo zusammen mit Aktivisten der Sami gegen den Bau von 151 Windrädern im Norden Nor-

wegens, wo Angehörige der samischen Urbevölkerung Skandinaviens noch die traditionelle Rentierzucht betreiben. Ein Teil der Windräder gehört der Stadt München. „Eine Klimawende, die die Menschenrechte verletzt, ist keine Klimawende, die ihres Namens würdig ist“, erklärte Thunberg den erstaunten Reportern. Noch ist keine endgültige Entscheidung gefallen. Gänzlich ungestört betreibt hingegen die schwedische Regierung seit Jahren den Windparkausbau in der seit Menschengedenken unberührten Wildnis Lapplands. Nahe der Stadt Piteå entsteht Europas größter Windpark Markbygd.

Insektentod durch Rotoren

Gemeinsam mit dem deutschen Hersteller Enercon errichtet das deutsch-schwedische Unternehmen Svevind in einem der letzten ausgedehnten Weidegebiete der frei lebenden Rentiere insgesamt 1101 Räder. Die neuesten Giganten in der europäischen Taiga sind mit 300 Metern

fast so hoch wie der Eiffelturm. Darüber berichtete kürzlich die Phoenix-Dokumentation „Der Stress der Rentiere“. Ein Mitarbeiter des Windparks behauptete, die Rentiere würden nur während der Bauphase der Windräder unter Stress stehen. Lachend erklärte er, dass er neulich 15 schlafende Rentiere unter einem Windrad gesehen habe. Grund dafür sei der enorme Auftrieb der Luft durch die Rotoren der Windräder. Dadurch würden die Insekten hochgewirbelt und die Rentiere wären von der Mückenplage befreit.

Diese Beobachtung erhellt die unglaubliche Verantwortungslosigkeit aller Beteiligten, permanent bedenkenlos derart gewaltige Luftumwälzungen zu erzeugen, deren Auswirkungen auf das lokale bis regionale Wettergeschehen unausbleiblich sind. Weiterhin erklärt diese Beobachtung den Mechanismus der Insektenvernichtung, wobei die Verwirbelung der Insekten durch die Windradrotoren erstaunlicherweise schon am Boden ansetzt.

TERROR

War es gar nicht Anis Amri?

Noch überschatteten Ungereimtheiten die Aufarbeitung des Anschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt von 2016

Der Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche am 19. Dezember 2016 wurde bislang nur unzureichend aufgeklärt. Letztlich bestehen sogar Zweifel an der Täterschaft des angeblich einzig Verantwortlichen für die Tötung von 13 Menschen. Denn der Tunesier Anis Amri, der den Sattelzug gesteuert haben soll, starb vier Tage später bei Mailand im Kugelhagel italienischer Polizisten und konnte somit nie aussagen.

Vor diesem Hintergrund ist es von einiger Bedeutung, dass jetzt ein Prozess vor dem Berliner Kammergericht stattfindet, in dem zwei frühere Vertraute von Amri angeklagt sind. Dabei handelt es sich um Semsettin E. und Jagar S. H., über de-

ren aktuelle Staatsbürgerschaft keine Informationen vorliegen. Den beiden wird die „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ zur Last gelegt, womit der Islamische Staat gemeint ist. Jagar S. H. soll seine Ausweispapiere an seinen älteren Bruder Husan weitergegeben haben, um diesem zu ermöglichen, nach Syrien auszureisen. Und der Vorwurf gegen Semsettin E. lautet auf Beihilfe zu dem Vorhaben.

„Sei nicht daran beteiligt“

Die zwei Angeklagten kannten Anis Amri aus der Fussilet-Moschee in Berlin-Moabit, die seit 2015 als Salafisten-Treff galt. Von hier aus wurde früher die syrische

Dschihadisten-Miliz Dschunud asch-Scham finanziell und organisatorisch unterstützt. Außerdem gehen die Ermittler davon aus, dass in der Moschee auch die Planung des Anschlags auf den Weihnachtsmarkt erfolgte.

Amri soll sich zudem unmittelbar vor dem Terrorakt in dem Gebäude aufgehalten haben. Bemerkenswert dabei ist, dass das Gerücht kursiert, der mutmaßliche Attentäter habe nach dem Anschlag zu Semsettin E. gesagt, er sei nicht daran beteiligt gewesen und werde zu Unrecht beschuldigt. Ein im Führerhaus des Tat-Lkw gefundenes Dokument der Ausländerbehörde mit seinem Namen habe er Monate zuvor bei der Polizei abgegeben.

Dass E. und S. H., die im Dezember 2019 angeklagt wurden und beide nicht in Untersuchungshaft sitzen, erst jetzt vor Gericht stehen, soll eine Folge der Corona-Pandemie sein. Auf jeden Fall liegt der Anschlag nun nicht mehr im Fokus der Öffentlichkeit, nachdem mehrere Untersuchungsausschüsse dazu ihre Tätigkeit eingestellt haben.

Auffälliges Desinteresse der Justiz

Deshalb kamen zur Prozessöffnung im Sicherheitssaal des Kammergerichts und in Anwesenheit des Leiters der Staatsschutzabteilung 231 der Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Oberstaatsanwalt Thorsten Neudeck, lediglich drei Journa-

listen. Nun stellt sich die Frage, ob der Prozess auch Klarheit darüber bringt, was genau Amri zu Semsettin E. gesagt haben könnte. Denn bislang schienen die deutschen Behörden diesbezüglich mehr als desinteressiert.

So wurde E. zwar im April 2020 vom Bundeskriminalamt zur Zeugenvernehmung vorgeladen, blieb dieser aber fern und ließ über seinen Anwalt verlauten, er verweigere die Aussage. Daraufhin verzichtete die Bundesanwaltschaft auf die Einvernahme von E. und teilte auf Nachfrage mit: „Der Hinweis auf ein Tat-Dementi des Anis Amri konnte durch die Ermittlungen nicht bestätigt werden.“

Wolfgang Kaufmann



KÖNIGSBERG

„Königsberger Express“ in Gefahr

Zum 30. Jahrestag droht das Ende – Die Folgen des Ukrainekriegs wirken sich negativ aus

VON SUSANN NIROS

Heute existieren in der Russischen Föderation noch immer rund 50 deutschsprachige beziehungsweise zweisprachige Publikationen.

Die zwei bedeutendsten Presseorgane sind die 14-täglich erscheinende „Moskauer Deutsche Zeitung“ („MDZ“) aus der Hauptstadt und der monatliche „Königsberger Express“ aus dem nördlichen Ostpreußen. Während die „MDZ“ seit 1998 vom Verband der Russlanddeutschen mit staatlichen Beihilfen aus Deutschland und Russland herausgegeben wird, ist die Leiterin der 1993 gegründeten deutschsprachigen Monatszeitung aus Königsberg eine geschichtsbewusste und mutige russische Privatunternehmerin ohne deutsche Wurzeln.

Zu Beginn der russischen Angriffe auf die Ukraine schrieb sie unter der Überschrift „Gebt dem Frieden eine Chance!“ folgende Zeilen: „Ich, Elena Lebedjewa, Redakteurin der Zeitung ‚Königsberger Express‘, erkläre mich als Privatperson solidarisch mit den Teilnehmern der Antikriegsdemonstrationen. Ich möchte, dass meine Leserinnen und Leser das wissen. Meine Mutter war eine gebürtige Kiewerin, sie ging von Kiew an die Front und kam im Jahr des Sieges 1945 in diese Stadt zurück. Ich habe meine Kindheit am Fluss Dnjepr verbracht. Ich glaube, fast jeder Russe ist auf die eine oder andere Weise mit der Ukraine verbunden. Raketen und Bomben, zerstörte Städte und tote Menschen stellen diese Bindungen vor eine harte Zerreißprobe. Mehr noch: Sie berauben uns unserer Zukunft – einer Zukunft, die uns allen gehört.“

Leser in aller Welt

Die rund 3000 Leser des „Königsberger Express“ in aller Welt lieben seine ehrliche und neutrale Berichterstattung der vergangenen 30 Jahre – garniert mit hochprofessionellen Bildern. Deutsche Politiker und Unternehmer schätzen insbesondere, dass sie durch diese Monatszeitung in ihrer Muttersprache erfahren können, wie sich das Königsberger Gebiet wirtschaftlich und politisch entwickelt.

In der aktuellen März-Ausgabe ist exklusiv auf Deutsch zu lesen, dass jetzt Studenten der Königsberger Kant-Universität auch militärisch ausgebildet werden sollen und dass Reservisten aus der Region nach eigenen Berichten recht chaotisch



Friedensaufruf: Eine Seite des „Königsberger Express“

Foto: KE

und ohne adäquate Vorbereitung an die russisch-ukrainische Front geschickt wurden, was öffentliche Beschwerden und Diskussionen zur Folge hatte. Auch über die Auswirkungen der westlichen Sanktionen auf die russische Wirtschaft wird man im „Express“ informiert: Hier steht, dass die Möbelproduktion in der Region um 50 Prozent zurückging, dass viele Baustellen stillstehen und Bauarbeiter arbeitslos werden oder dass das größte Industrieunternehmen der Sonderwirtschaftszone, die Automobilfabrik Avtotor, durch ausbleibende Lieferungen aus dem Westen in große Schwierigkeiten geraten ist. Statt wie vor dem Krieg zugelieferte Autoteile von BMW und Kia zusammenzubauen, fertigt Avtotor nun nach einem längeren Stillstand Fahrzeuge aus Teilen der chinesischen Automarke Kaiyi.

Besonders mutig erscheint der Abdruck eines kriegskritischen Leserbriefs und eines kritischen Berichts darüber, dass der Befehlshaber der russischen Ostseeflotte an einer Ehrung für den sowjetischen U-Bootkommandanten Alexander Marinesko teilnahm. Unter Marineskos Kommando wurde im Januar 1945 das deutsche Schiff „Wilhelm Gustloff“ mit Tausenden Flüchtlingen versenkt. Michail Gorbatschow ernannte ihn zum „Helden der Sowjetunion“. In Königsberg setzte man ihm ein Denkmal.

Alle, Deutsche wie Russen, profitieren vom „Königsberger Express“. Er ist eine einzigartige Brücke zwischen Ost und West und dient wie kaum ein anderes Medium der Verständigung. Für deutsche Unternehmer, Investoren, Politiker, alte Ostpreußen in der Bundesrepublik oder Touristen stellt er eine unverzichtbare Informationsquelle und Orientierungshilfe dar. Russischen Bürgern der Königsberger Gebiets hilft er beim Deutschlernen oder beim Verstehen der Geschichte ihrer neuen Heimat. Der russische Staat verdankt der Zeitung, dass durch ihre Artikel zahlreiche Urlauber wie auch Investoren und damit ungeheure Finanzmittel angezogen wurden.

Doch wenn die Zeitung im 30. Jahr ihres Bestehens durch die Kriegsfolgen beziehungsweise die westlichen Sanktionen unverschuldet immer mehr Einnahmequellen verliert, machen sich die dankbaren Helfer rar. So will keine rechte Feierstimmung im Jubiläumsjahr aufkommen. Dadurch, dass kaum noch deutsche Touristen oder Geschäftsreisende ins Königsberger Gebiet reisen, geht die Zahl an Werbeaufträgen und Zeitungskäufern zwangsläufig zurück. Russische staatliche Stellen greifen der Redaktion nicht wie anderen notleidenden Königsberger Unternehmen mit Überbrückungssubventionen unter die Arme. Ganz im Gegenteil:

Man lässt die Zeitung misstrauisch vom Geheimdienst überwachen und zögert die Verlängerung der Publikationslizenz existenzgefährdend hinaus.

Vom Geheimdienst überwacht

Im Gegensatz zu anderen deutschsprachigen Publikationen in der Russischen Föderation erhält der „Express“ schon seit Jahrzehnten keine finanzielle Unterstützung mehr von der deutschen Bundesregierung. Und wenn durch die westlichen Sanktionen traditionell deutschfreundliche und kriegskritische Medien in der Russischen Föderation unschuldig in eine lebensbedrohliche Lage geraten, dann werben das deutsche Politiker und Behörden als Kollateralschaden und schauen weg.

Die Situation der Zeitung ist ernst. Kürzlich musste sie ihr Redaktionsbüro in der Königsberger Innenstadt schließen. Die einzelnen Druckausgaben werden nun von den Mitarbeitern in Heimarbeit erstellt.

Der „Express“ wurde einst mit dem „Gerd Bucerius-Förderpreis“ der Zeitstiftung für seine Zivilcourage ausgezeichnet. Fraglich ist, ob jetzt Mut und Kraft der Mitarbeiter ausreichen, um die momentane Durststrecke zu überstehen.

• **Weitere Infos/Kontaktaufnahme:** koenigsberger.express@gmail.com

MELDUNGEN

Sorgen um Wasserqualität

Braunsberg/Allenstein – Im Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen machen sich die Einwohner nicht erst seit dem massiven Fischsterben in der Oder Sorgen um die Qualität ihrer Gewässer, sind sie doch ein Teil des natürlichen Kapitals der Region. Derzeit prüft die Umweltschutzinspektion der Woiwodschaft Ermland-Masuren WIOŚ mögliche Verunreinigungen der Passarge. Laut der Gesellschaft der Freunde der Passarge und dem Polnischen Anglerverband in Allenstein leiden der Fluss und die nahen Seen unter fehlender Kanalisation, schlecht funktionierenden Kläranlagen und Überdüngung der Felder. Anfang Januar soll sich der Fluss stellenweise in einen braunen Brei verwandelt haben. Für die Alle konnte die WIOŚ hingegen Entwarnung geben. Hier waren an der Mündung des Baches Kortówka in die Alle Verunreinigungen durch eine Substanz auf Erdölbasis festgestellt worden, die vermutlich aus dem Regenwasserkanal der Warschauer Allee stammen. Die Feuerwehr hatte sie entfernt, die Wasserqualität entspricht wieder den Normen. U.H.

Litauisches Konsulat

Allenstein – Allenstein ist seit Februar Standort eines weiteren Konsulats. Nach dem albanischen und dem deutschen Konsulat eröffnete in der ulica Wojska Polskiego 13 ein Honorarkonsulat der Republik Litauen. Das Amt des Honorarkonsuls übernimmt der Unternehmer Stefan Duk. Die konsularischen Embleme hatte er schon am 31. Januar in der Botschaft Litauens erhalten. Der Botschafter der Republik Litauen in Polen, Eduardas Borisovas, betonte bei der Eröffnung, an der auch Vertreter des Marschallamtes und der lokalen Selbstverwaltung aus der Region teilnahmen, die historische Verbundenheit mit Polen, aber auch die wegen der geographischen Nähe zur Woiwodschaft Ermland-Masuren günstigen Möglichkeiten zu engen Kontakten zwischen den Menschen. Das Konsulat hat neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Städtepartnerschaften, die Organisation von Auftritten litauischer Künstler und Sportveranstaltungen im Blick. U.H.

NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

Königsberger Gebiet unter den zehn Besten

Fachleute bewerteten die Lebensqualität innerhalb der Russischen Föderation und erstellten eine Rangliste

In der Russischen Föderation wurde eine Rangliste der Regionen in Bezug auf ihre Lebensqualität veröffentlicht. Es gibt insgesamt 85 Föderationssubjekte mit unterschiedlichem Autonomiegrad, die wiederum in acht Föderationskreisen zusammengefasst sind. Das Königsberger Gebiet belegte in der Beliebtheitsskala den zehnten Rang.

Die Fachleute, welche die Regionen analysiert haben, hatten fast 70 Indikatoren ausgewertet, die das Einkommensniveau, die Arbeitsmarktbedingungen,

die demographische Situation, den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, das Bildungswesen, die Wohnverhältnisse, die Infrastruktur, die Konsum- und Freizeitmöglichkeiten, die Sauberkeit und die Ökologie, die Sicherheit, den sozialen Schutz, die öffentlichen Dienste und die Dienstleistungen sowie die Möglichkeiten für Arbeit und eigene Unternehmen betreffen.

Wie erwartet, nahmen die Hauptstadt Moskau und St. Petersburg die Führung in der Rangliste ein. Die Region Tju-



Von Russen positiv bewertet: Königsberg und die Region

Foto: J.T.

Jurij Tschernyschew

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Ostdeutscher Ostermarkt Stuttgart – Sonnabend, 18. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Schlossstraße 92: 14. Ostdeutscher Ostermarkt.



Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Vortrag Nürnberg – Dienstag, 28. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser: Professor Johannes Thienemann und die Vogelwarte Rossitten auf der Kurischen Nehrung.



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Dia-Vortrag Wetzlar – Dienstag, 21. März, 11 Uhr, Gaststätte Matchball, Bodenfeld, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: „Wanderung entlang der Kurischen Nehrung“, Dia-Vor-

trag von Wolfgang Post, Herborn. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558. *Kuno Kutz*

Dokumentarfilm Wiesbaden – Sonnabend, 18. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Der Segen vom Altenberg. Sie sehen einen 53-minütigen Dokumentarfilm über den Weg der Königsberger Diakonissen von Ostpreußen nach Wetzlar. Der Film erzählt vom Königsberger Diakonissenmutterhaus der Barmherzigkeit, gegründet 1850, und den Diakonissen, die nach Vertreibung und Flucht 1954 im Kloster Altenberg eine neue Heimat fanden. Vor dem Film gibt es Kaffee und Kuchen.

Mittagessen Wiesbaden – Donnerstag, 23. März, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46: Gemeinsames Mittagessen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 17. März bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521 oder Ilse Klausen, Telefon (06122) 14808. Sie erreichen die Gaststätte mit der ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

Fastnacht Wiesbaden – Nach zwei Jahren Corona-Pause feierte die Landsmannschaft wieder ihren traditionellen närrischen Nachmittag „Spaß an der Freud“ mit Kreppel, Kaffee und einem bunten Fastnachtsprogramm. Gleich zu Beginn sorgte Mathias Budau am Keyboard mit bekannten Fastnachtshits für den richtigen Schwung im Saal und animierte die Preußenschar zum Mitsingen und Schunkeln. Margitta Krafczyk hatte die Lacher auf ihrer Seite mit erheiternden Vorträgen. Mit kleinen amüsanten Geschichten und humorvollen west- und ostpreußi-

schen Späßchen trugen die Mitglieder Christa Gintaut und Georg Schneiderei zum Programm bei und vergnügten unter Applaus die närrische Gesellschaft. Verdienten Beifall erhielt auch Ilse Klausen mit ihren Geschichtchen mit den missverständlichen Sprach- und Wortwendungen. Das hauptsächlich aus eigenen Reihen gestaltete Programm bereicherte der hochdekorierte Wiesbadener Fastnachter und Sitzungspräsident Stefan Fink. Unter den Klängen „Eine Seefahrt, die ist lustig“ trat der Gastredner als Kapitän der „MS Rizamba“ auf und lud die Narrenschar zu einer bunten Tour in den Ozean der Freude ein, bei der er das Publikum in seine „interaktive Büttenrede“ einbezog. Jubelnder Beifall und eine Flasche Bärenfang belohnten seinen Auftritt.

Den musikalischen Schlusspunkt des närrischen Nachmittags setzte Mathias Budau, und die Besucher stimmten singend und klatschend ein. *low.ds*



Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Monatsversammlung Braunschweig – Mittwoch, 22. März, 14 Uhr, Gaststätte „Mahlzeit“, Kälberwiese 13A, Braunschweig: Monatsversammlung mit interessantem Vortrag.

Käthe Kollwitz Oldenburg – Mittwoch, 12. April, 15 Uhr, Stadthotel: Regine Mentz referiert über Käthe Kollwitz, Bildhauerin aus Königsberg. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. *Gisela Borchers*

März-Bericht Oldenburg – Am 8. März setzte die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen ihr monatliches Programm fort mit einem Bildervortrag über eine Reise nach Breslau. Unser Mitglied Professor Siegmund Fröhlich berichtete über eine Reisegesellschaft, die er selbst organisiert hatte und die eine fünf-tägige Bustour nach Breslau, das er von beruflichen Kontakten sehr gut kennt, unternahm. In einem eng bestückten Besuchsprogramm wurden viele Kirchen, die Universität und die Jahrhunderthalle bestaunt bis hin zu einer Schiffstour auf der Oder. Die Übernachtungen auf der Dominsel ermöglichten alle Besichtigungen zu Fuß. Fröhlich hatte den Vortrag stringent und kurzweilig in einem Videofilm zusammengestellt, sodass die Zeit schnell verstrich. *Gisela Borchers*
Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen, Oldenburg

Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Jahreshauptversammlung Bielefeld – Montag, 20. März, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a,

33615 Bielefeld: Jahreshauptversammlung Ost- und Westpreußen mit Neuwahl des Vorstandes. Erreichbar mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“, Haltestelle „Bültmannshof“. Info bei Barbara Dörr, Telefon (0521) 82026. Alle Mitglieder werden gebeten, nach Möglichkeit an der Jahreshauptversammlung teilzunehmen. Ebenso willkommen sind Angehörige unserer Mitglieder, ständige Mitarbeiter und Mitglieder anderer Kreisgruppen sowie aus anderen Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen. *Der Vorstand*



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Familienchronik Bad Oldesloe/Tremsbüttel – Im März trafen sich die Ost- und Westpreußen aus Bad Oldesloe und Tremsbüttel wieder bei Erika Mosel in Tremsbüttel.

Thema des Nachmittags war die Familienchronik Schulz/Zerath aus Ansoerge / Herrendorf in der Elchniederung. Daraus las Ulrich Klemens aus dem Heimatbrief „Die Elchniederung“. Bauerntochter Jutta Schulz war noch nicht einmal ein Jahr alt, als die Flucht im Oktober 1944 begann, und hatte somit keine eigenen Erinnerungen an den Bauernhof ihrer Eltern und an ihr Heimatdorf Ansoerge. Ihre Tochter Kristina gab den Anstoß, die Heimat der Vorfahren aufzusuchen.

Vorherige Erkundigungen führten zu Ulrich Klemens, dessen elterlicher Bauernhof der Nachbarhof war. So konnte Ulrich Klemens mit seinen Erinnerungen als damals Neunjähriger der Familie Jutta Regel doch einiges berichten.

Die Familie Schulz bewirtschaftete einen Bauernhof in Ansoerge, Budwethen im nördlichen Teil der Elchniederung zwischen Ruß und Gilge, wie die beiden Mündungsarme der Memel ins Kurische Haff heißen. Die Fruchtbarkeit des Landes verhalf den fleißigen Bauern zu einem nicht geringen Wohlstand. Die Bauern in der Elchniederung arbeiteten nicht selbst. Sie ließen arbeiten.

Jetzt wird der größte Teil des Landes landwirtschaftlich nicht mehr genutzt, Gebäude wurden abgerissen. Die einstige Kornkammer Deutschlands ist eine Steppe geworden.

Die Familie Schulz ist dankbar für ihre Familienchronik, die ohne Mitwirkung von Ulrich Klemens nicht zustande gekommen wäre.

Der Nachmittag war mit weiteren Gesprächen ausgefüllt. Die Teilnehmer verabschiedeten sich mit einem herzlichen Dank an die Gastgeberin. *Gisela Brauer*



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – 22. April bis 17. September, Eröffnung: Freitag, 21. April, 18.30 Uhr: „Ich bin doch immer unterwegs ...“ – Der Maler Franz Domscheit / Pranas Domšaitis (1880-1965).

Domscheit war ein bedeutender expressionistischer Künstler. Seine Schaffenskraft schöpfte er aus seinen samländischen wie litauischen Wurzeln und seiner späteren Heimat Südafrika. Die Ausstellung zeigt in Kooperation mit der Prano Domšaičio galerija, Memel einen Überblick über sein künstlerisches Schaffen vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die 1960er Jahre.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-B

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

12. Lycker Treffen

Bremen – Donnerstag, 16. November, 13 Uhr, 14 Uhr Beginn, Best Western Hotel zur Post: Lycker Treffen in Bremen findet unter neuer Leitung statt. Wilhelm Norra hat die Organisation an Heidi Mader abgegeben. Nähere Auskünfte bei Heidi Mader: E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder unter Telefon (0421) 67329026. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich.

Nachruf

Edith Donder, geb. Kania, verstarb am 2. März. Die Ehefrau von Günter Donder, Maler, Buchautor und Dolmetscher, langjähriger Ortsvertreter seines Heimatortes Stetenbach, langjähriges Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen, stand 69 Jahre an der Seite ihres Mannes. Im nächsten Jahr hätte das Ehepaar Donder die Gnaden-Hochzeit feiern können.

Edith Donder selbst war Ortsvertreterin ihres Heimatortes Kutzen im Kreis Lyck. Die Kreisgemeinschaft Lyck wird Edith Donder ehrend gedenken.

Bärbel Wiesensee

Der Vertretertag der AdM

Fürstenuau – Am Sonnabend, den 4. März, fand die alle zwei Jahre stattfindende Versammlung aller Mandatsträger der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. mit Neuwahlen statt. Alle Wahlergebnisse fielen einstimmig aus. Die Ergebnisse:

Bundsvorsitzender: Uwe Jurgsties, Stellvertretende Bundsvorsitzende: Karin Gogolka und Gerlinda Stunguriene, Kassenleiter: Margit Jurgsties, Kassenprüfer: Manfred Kruckis und Marina Uhl, Kreisvertreter Memel-Stadt + Land: Uwe Jurgsties, Stellvertreter: Linus Skwirblius, Kreisvertreter Heydekrug + Pogegen: Gerhard Schikschnus, Stellvertreter: Herbert Jaksteit, Vertreter der Einzelmitglieder: Volker Kittel, Wolfgang Lessau, Ewald Rugullis und Ingrid Schröder. Zum Ehrenmitglied der AdM wurde Gert Baltzer ernannt.



Gedenktag der Sudetendeutschen

BdV-Hessen

Ganz im Zeichen jener Ereignisse vor genau 104 Jahren, am 4. März 1919 stand die Gedenkfeier des Ortsvereins Kleinlinden/Leihgestern im Bund der Vertriebenen (BdV). Monika Schreiter blickte zurück auf jene Ereignisse am 4. März 1919, als bei friedlichen Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht 54 Kinder, Männer und Frauen in sechs Städten Böhmens von tschechischen Militärs niedergeschossen wurden. Die Vertriebenen aus dem Sudetenland begehen am 4. März seitdem den „Tag der Selbstbestimmung“ als Gedenktag. Schreiter ging auch auf die Vorgeschichte dieser Ereignisse ein, endete doch am 11. November 1918 der Erste Weltkrieg, wurde dann am 28. Juni 1919 unter Federführung von Frankreich, Großbritannien und den USA in Versailles der Friedensvertrag abgeschlossen. „Das Habsburger Kaiserreich, die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn zerfiel auch mit der Abtrennung von Böhmen, Mähren und der Slowakei und einem Teil von Schlesien und ermöglichte politisch die Gründung der ersten Tschechoslowakischen Republik als eigenständigen Staat – jedoch als Vielvölkerstaat mit vielen Nationalitätengruppen, Tschechen, Slowaken, Deutsche, Ungarn, Polen, Russen und anderen kleinen Gruppen. In den mehrheitlich deutsch besiedelten Gebieten, den Randgebieten von Sudetenschlesien im Osten bis ins Egerland und in den Böhmerwald im Westen und den sogenannten

Sprachinseln wollte man eine autonome Daseinsform, etwa vergleichbar mit dem heutigen Südtirol. Man berief sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das von US-Präsident Wilson als Grundprinzip der Friedensregelung proklamiert worden war. Am 4. März 1919 fand eine von den deutschen Sozialdemokraten einberufene Massenkundgebung für die Zugehörigkeit Deutschböhmens zu Deutschösterreich statt. Über 25.000 Personen füllten den Marktplatz von Kaaden. In vielen Städten, so in Arnau, Russig, Eger,



Stellt Sudetendeutsches Wörterbuch vor: Isabelle Hardt

Mies, Karlsbad, und Sternberg geschah dies zeitgleich. Als die Deutschen friedlich diskutierend zusammenstanden eröffnete tschechisches Militär das Feuer und schoss in die Menge. Am schlimmsten traf es Kaaden mit 26 Toten. Insgesamt waren 54 Tote zu beklagen. Die Opfer des 4. März 1919 erhielten keine Entschädigung, die Täter wurden nicht ermittelt und bestraft. Mit der Vertreibung nach

dem verlorenen Zweiten Weltkrieg endeten die 1000 Jahre Nachbarschaft „Österreicher, Tschechen und Sudetendeutsche“. Vorsitzender Roland Jankofsky fand mit den Worten „man könnte Bücher darüber schreiben, aber das kann man nicht alles behalten und so befassen wir uns heute mit einem ganz besonderen Buch, dem Sudetendeutschen Wörterbuch“ eine ideale Überleitung zum Vortrag von Isabelle Hardt. Die Dialektologin an der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU) stellte die Arbeit an diesem bereits in den 1980er Jahren begonnenen Wörterbuch vor. Hardt arbeitet an der JLU gemeinsam mit Bettina Hofmann-Käs an diesem von Prof. Dr. Thomas Gloning herausgegebenen Werk, welches von der Arbeitsstelle Collegium Carolinum München finanziert wird. Bereits seit 1959 stellt die JLU diesem Projekt kostenlos ihre Räumlichkeiten zur Verfügung, während der Freistaat Bayern seit 1985 über das Collegium Carolinum, dem Forschungsinstitut für die böhmischen Länder in München, die Finanzierung gewährleistet. 1988 wurde Band „A“ mit etwa 10.000 Stichwörtern veröffentlicht. Von acht geplanten Bänden sind mittlerweile fünf Bände erschienen, der letzte 2018 mit den Buchstaben H, I und J. Jährlich muss eine 80 Seiten umfassende Lieferung erstellt werden, die als Nachtrag erscheint. Im vergangenen Jahr erschien eine zweite Lieferung zum Band VI von Karbid bis Kauf. „In Deutschland gibt es für jede Dialektregion ein Wörter-

buch. Manche sind schon lange fertig, wie das schwäbische, beim badischen wird gerade der letzte Band erstellt. Die bearbeiten jedoch alle nur einen Grunddialekt. Viele die keinen sudetendeutschen Ursprung haben sei gesagt, es gibt nicht den einen sudetendeutschen Dialekt. Die Herausforderung besteht bei diesem Wörterbuch darin fünf verschiedene Grundmundarten hier unterzubringen. Bei diesen handelt es sich um Mittelbairisch, Nordbairisch, Ostfränkisch, Obersächsisch und Schlesisch“, gab Hardt einen Einblick in ihre Arbeit. Angelegt als wissenschaftliches Dialektwörterbuch werden in diesem Berufs- und Gainersprachen, Pflanzennamen wie auch deutsch-slawische Lehnwortaus-tausch und Austriazismen aufgenommen, während Flur-, Familien- und Hausnamen wie auch ausführliche Erläuterungen zu volkskundlichen Aspekten keine Aufnahme finden. Der „Katz“ ist der bisher längste Wörterbuchartikel gewidmet. Zur Arbeit hinzugezogen werden bei Wörter im Hochdeutschen der Duden, manchmal auch das Grimmsche Wörterbuch. Ein großes Problem für die wissenschaftliche Dokumentation sei die Rechtschreibreform in den 90er-Jahren gewesen. Was nun aktuell mit einhergehe mit der Erstellung von Band VI sei die Digitalisierung der bereits erschienenen Bände. Zwischen acht bis zehn Jahre dauert die Arbeit an einem Band. In diesem Jahr soll im Netz eine PDF-Version der ersten fünf Bände eingestellt werden. *Thomas Wißner*

Rätsel

amerikanischer Film-preis
Fach-medi-ziner (HNO)
leicht und luftig (ugs.)
Anruf, Fern-gespräch
belgi-sche Stadt
franz. Chan-sonnier (Charles)
Ball-sportler; Leicht-athlet
eine Zahl
Riese
durch Feuer zer-stören
Wunde, Verwundung
Staat in Südost-asien
tiefes Bedauern
ägypti-sche Göttin
Kinder-fahrzeug
Winter-sport in Öster-reich
augen-blickliche Stim-mung
Vor-führung
unge-wohnt, anders
Greif-vogel, Aas-fresser
Sport-wette (Kurz-wert)
Vorname Strawins-kys
geflü-geltes Fabel-tier
brauch-bar, geeignet sein
Rechts-gelehrte
mittel-großer Papagei
in diesem Augen-blick
pro, per
Viper, Gift-schlange
hoher Grad der Freude
Magisch: 1. Kamille, 2. Finster, 3. gäulen
Begonie
ein Ost-afrikaner
Klein-kunst-bühne
Stau-werk; Schutz-anlage
Lebens-raum e. einzel-nen Art
König-reich im östlichen Himalaja
Leih-wagen
auf Grund-laufen (Schiff)
wasser-dichte Schutz-decke
Stamm-vater eines Ge-schlechts
Verlobte, zu-künftige Ehefrau
ein Stern-bild
fein-körniges Stärke-mehl
weib-liches Haustier
vor dem Erkann-ten werden schützen
feier-liche Amts-tracht
Alpen-gipfel in Süd-tirol
Ausruf des Ver-stehens
be-stimmter Artikel
Stille
Gebühr; Schätz-wert
ein Ost-afrikaner
Klein-kunst-bühne
Stau-werk; Schutz-anlage
Lebens-raum e. einzel-nen Art
König-reich im östlichen Himalaja
Leih-wagen
auf Grund-laufen (Schiff)
wasser-dichte Schutz-decke
Stamm-vater eines Ge-schlechts
Verlobte, zu-künftige Ehefrau
ein Stern-bild
fein-körniges Stärke-mehl
weib-liches Haustier
vor dem Erkann-ten werden schützen
feier-liche Amts-tracht
Alpen-gipfel in Süd-tirol
Ausruf des Ver-stehens
be-stimmter Artikel
Stille
Gebühr; Schätz-wert
modisch schick
in hohem Maße
Röst-brot-scheibe
sittliche Ge-sinnung
Almhirt
schlecht-ge-wohnt-heit
um Aus-kunft Bittender
seitliche Kör-perpartie
italie-nische Haupt-stadt
lodern-de Flamme; Gär-binde
Asiat, Kau-kasier
Fahrt zu einem ent-fernen Ort
Krach, lästiges Geräusch
Längs-rinne, Rille
norddt.: kleines Küsten-schiff
in hohem Maße
Röst-brot-scheibe
sittliche Ge-sinnung
Almhirt
schlecht-ge-wohnt-heit
um Aus-kunft Bittender
seitliche Kör-perpartie
italie-nische Haupt-stadt
lodern-de Flamme; Gär-binde
Asiat, Kau-kasier
Fahrt zu einem ent-fernen Ort
Krach, lästiges Geräusch
Längs-rinne, Rille
norddt.: kleines Küsten-schiff
in hohem Maße
Röst-brot-scheibe
sittliche Ge-sinnung
Almhirt
schlecht-ge-wohnt-heit
um Aus-kunft Bittender
seitliche Kör-perpartie
italie-nische Haupt-stadt
lodern-de Flamme; Gär-binde
Asiat, Kau-kasier
Fahrt zu einem ent-fernen Ort
Krach, lästiges Geräusch
Längs-rinne, Rille
norddt.: kleines Küsten-schiff

Schüttelrätsel

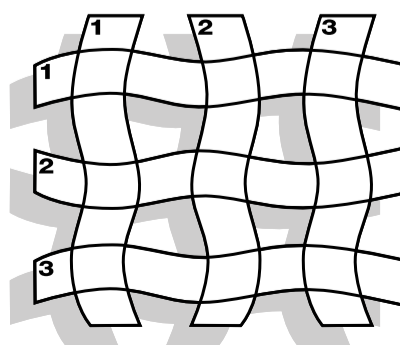
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABDEF LNORT	ADEL	ABDEN	EEIN	AEGLN	EORS	EMNO	AGLT
ADGIL				AMO			
EELM NZ		EELN SS				EGN	

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine Zierpflanze.

1	WINTER					SERIE
2	GEHEIM					REVUE
3	SPORT					REICH
4	AUTO					LEHRE
5	WAHL					KOFFER
6	DATEN					PLATZ
7	OBST					DOSE



Magisch

Schreiben Sie wagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Korblübler, Heilpflanze
- 2 dunkel, lichtlos
- 3 rot vor Hitze leuchten

Heimatkreisgemeinschaften

Nach schwerer Krankheit



Angerburg

Plötzlich und unerwartet starb am 9. Februar 2023 die Stellvertretende Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Angerburg und Schriftleiterin des Angerburger Heimatbriefes Susanne Hagen im Alter von nur 59 Jahren.

Susanne Hagen wurde am 27. Dezember 1963 in Detmold als zweite Tochter der Eheleute Tronje Hagen und Mathilde, geb. Tracht, geboren. Sie entstammte väterlicherseits einer Salzburger Familie, die ihren Ursprung in Arlhof im Salzburger Land hat und nach der Ausweisung einige Gutsbesitzer in Ostpreußen hervorbrachte. Ihr Großvater Benno kaufte im Jahre 1912 das Rittergut Numeiten im Landkreis Angerburg mit einer Größe von 575 Hektar.

Landwirtin mit Salzburger Wurzeln in Angerburg

Im Landkreis Detmold verlebte Susanne Hagen ihre ersten Jahre auf einem landwirtschaftlichen Betrieb, den ihr Vater Tronje Hagen gepachtet hatte. Als die Pacht auslief, gelang es ihrem Vater, einen Hof im Eydelstedt im Landkreis Diepholz in Niedersachsen zu erwerben. Hier war schon früh ihre Mitarbeit gefragt; in der Landwirtschaft, aber auch im Haushalt und in der Pflege von Angehörigen. Susanne Hagen erlernte später selbst den Beruf der Landwirtin. 1987 kam ihre Tochter auf die Welt. 1989 wurde die Landwirt-

schaft verpachtet, doch auch danach blieb ihr wenig Freizeit. Neben der Kindererziehung pflegte sie zuerst ihren Vater bis dieser 2013 starb und dann ihre Mutter bis diese 2020 verstarb. Auch wurden ihr zwei Enkelkinder geschenkt, um die sie sich stets liebevoll kümmerte.



Susanne Hagen Bild: KG Angerburg

Dennoch brachte sich Susanne Hagen gesellschaftlich ein. Sie führte viele Jahre die Jagdgenossenschaft Eydelstedt als Jagdvorsteherin und übernahm 2001 den Sitz ihres Vaters im Kreistag der Kreisgemeinschaft Angerburg. 2003 erfolgte die Wahl in den Kreisausschuss und 2006 übernahm sie zusätzlich das Amt der Schriftleiterin des Angerburger Heimatbriefes. 35 Heimatbriefe gestaltete sie eigenverantwortlich mit Sorgfalt und großem Talent. Bereits 2010 wurde ihr Einsatz mit der Verleihung des Silbernen Eh-

renzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen gewürdigt. 2011 wurde ihr das Amt einer stellvertretenden Kreisvertreterin übertragen, welches sie bis zum Schluss innehatte. 2014 nahm sie für ihr Wirken am Angerburger Heimatbrief den Angerburger Kulturpreis entgegen. Darüber hinaus setzte sie dem Stammsitz ihrer Familie, dem Gut Numeiten, ein Denkmal mit ihrem Buch „Numeiter Geschichten“.

Einsatz für Familie und Gesellschaft

Am 9. Februar 2023 verstarb Susanne Hagen nach langer schwerer Krankheit im Krankenhaus in Vechta. Die Beisetzung fand am 20. Februar auf dem Friedhof Barnstorf statt. Die Pastorin stellte ihre Predigt unter den Satz „Denn unser Wissen ist Stückwerk“ aus dem ersten Korinther Brief 13, Vers 9 und sprach damit viele der Trauergäste aus dem Herzen. Bis zuletzt wussten nur wenige, wie schlecht es um die Gesundheit von Susanne Hagen wirklich bestellt war. Und daher kam der Abschied so überraschend.

Die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) danken der Verstorbenen für ihr Bekenntnis und ihre Treue zur Heimat ihrer Vorfahren sowie ihr großes Engagement für Angerburg und Ostpreußen. Wir werden Susanne Hagen als besonders liebenswürdigen Menschen in Erinnerung behalten. Unsere Anteilnahme gilt ihrer Familie.

Michael Meyer



Lötzen

Im Februar 2023 erreichte uns die traurige Nachricht, dass Eleonore Melitta Kawlath, geborene Diesing, im Alter von 96 Jahren verstorben ist.

Die Verstorbene war über knapp vier Jahrzehnte mit den Aufgaben der Geschäftsführerin der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. betraut. Sie trat damit in die Fußstapfen ihres Vaters Curt Diesing, der vor ihr die Kreisgeschäftsführerschaft innehatte. Sie unterstützte nicht nur durch diese Tätigkeit ihren Mann Erhard Kawlath tatkräftig in seinen ehrenamtlichen Aufgaben, zudem lag ihr die Förderung der Kreisgemeinschaft und des Deutschen Vereins am Herzen und im ostpreußischen Blut.

In Widminnen aufgewachsen

Geboren wurde Eleonore Melitta Diesing am 8. Dezember 1926 in Widminnen. Die kleine Nora genoss ihre Kindheit in ihrem Geburtsort. Bereits als Fünfjährige saß sie Modell für den Maler, Grafiker und Bildhauer Paul Koralus. Paul Koralus hatte von 1931 bis 1944 sein Atelier in Widminnen.

In diesem Ort ging sie auch zur Schule. Schon in der Schulzeit lernte Nora ihren späteren Ehemann Erhard Kawlath aus Groß Gablick kennen.

Einige Zeit nach dem Kriegsende im Jahr 1948 schlossen die damals 22-jährige Nora und Erhard den Bund der Ehe. Ihre ge-

meinsame Tochter Silvia kam im Mai 1949 zur Welt. Zu dieser Zeit engagierte sich der Vater von Nora, Curt Diesing, bereits intensiv für die Kreisgemeinschaft.

In den Fußstapfen des Vaters

Ein Jahr nachdem Nora 1970 von ihrem Vater Curt Diesing die Ge-

Dank des Ehepaars Kawlath ist die Kreisgemeinschaft Lötzen weit vorangekommen. Es wurden zahlreiche Brücken in die Heimat geschlagen und zu den örtlichen Vertretern der polnischen Verwaltung in Lötzen fruchtbare Kontakte aufgebaut.

Auszeichnungen

Nora Kawlath wurde 1995 mit dem goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Im August 2013 erhielt sie die Ehrenmitgliedschaft im Bund der Vertriebenen Kreisverband Neumünster. In einer Pressemitteilung des Bundes der Vertriebenen (BdV) hieß es: „Sie hat sich um den BdV, aber auch als Geschäftsführerin des Heimatkreises Lötzen um die Aussöhnung und Verständigung zwischen Deutschen und Polen verdient gemacht.“

Zuletzt lebte sie in Neumünster in der Uferstraße im Wohnpark am See, wo unsere aktuelle Mitarbeiterin der Geschäftsstelle Frau Christians sie gern besuchte.

Nun ist auch Eleonore Melitta Kawlath, geb. Diesing, von dieser Welt gegangen. Ihren Weggefährten bleibt sie unvergessen.

Ihr unermüdlicher Einsatz für die Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. ist für uns Vorbild und Verpflichtung zugleich. Wir werden ihr für alle Zeit ein ehrendes Andenken bewahren. Den Hinterbliebenen sprechen wir unser tief empfundenes Mitgefühl aus.

Im Namen aller Mitglieder
Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V.



Eleonore Melitta Kawlath, geborene Diesing Bild: privat

schäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen in Neumünster übernommen hatte, wurde ihr Mann Erhard 1971 zum stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden gewählt. Seit 1986 Kreistagsvorsitzender und ab Juni 1991 kommissarischer Kreisvertreter, bekleidete Erhard Kawlath 18 Jahre lang von 1992 bis 2010 das Amt als Kreisvertreter. Nora war über all die Jahre an seiner Seite und führte die Geschäfte der Kreisgemeinschaft bis zur Mitte ihres 83. Lebensjahres im Jahr 2009.

ANZEIGEN

BdV-Hessen

Wiesbaden – Der hessische Landesverband des Bundes der Vertriebenen (BdV) zeigt im Rahmen der Veranstaltungen zu seinem 70. Gründungsjubiläum in Kooperation mit dem Haus des Deutschen Ostens München (HDO) die Ausstellung „Wer bin Ich? Wer sind Wir? – Zu Identitäten der Deutschen aus dem östlichen Europa“ im Wiesbadener Haus der Heimat. Die Wanderausstellung thematisiert die regional vielfältigen Identitäten von Deutschen aus dem östlichen Europa.

Jeder Mensch und so gut wie jede Gruppe, Gemeinschaft oder Gesellschaft vergewissern sich der eigenen Identität stets aufs Neue. Die Ausstellung fragt speziell nach Identitäten von Deutschen aus dem östlichen Europa. Ihr geht es dabei um Dialekte, Bräuche und Traditionen, Kleidung, heimatische Gerichte und religiöse Besonderheiten. Sie ist bis zum 14. April im Wiesbadener Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, mittwochs und donnerstags von 10 bis 17 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Die Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. nimmt Abschied von

Nora Kawlath



geb. Diesing
* 8.12.1926 † 16.2.2023
Widminnen Neumünster

Nora Kawlath hat fast vierzig Jahre die Geschäfte der Kreisgemeinschaft geführt. Sie übernahm dieses Amt von ihrem Vater Curt Diesing. Gemeinsam mit ihrem Ehemann Erhard – welcher 18 Jahre das Amt des Kreisvertreters innehatte – schlug sie zahlreiche Brücken in ihre Heimat. Ihr Denken und Wirken galt den Menschen in der alten und der neuen Heimat. Sie war Ehrenmitglied im Bund der Vertriebenen, Kreisverband Neumünster. Ihr unermüdlicher Einsatz für die Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. ist für uns Vorbild und Verpflichtung zugleich. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Den Hinterbliebenen sprechen wir unser tiefempfundenes Mitgefühl aus.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V.



Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit
Elche steh'n und lauschen
in die Ewigkeit

Horst Schlomm

aus Barranowen, Kreis Sensburg
* 30. 3. 1931 † 24. 2. 2023

In Liebe und Dankbarkeit
Ilse · die Kinder · Enkel · Urenkel
sowie alle Angehörigen

21726 Oldendorf, Finkenweg 5 B

Wir haben in aller Stille Abschied genommen.



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Nora Kawlath

* 8. Dezember 1926 † 16. Februar 2023
in Widminnen, in Neumünster
Kreis Lötzen

Die Verstorbene war fast vier Jahrzehnte lang Geschäftsführerin der Kreisgemeinschaft Lötzen.

In Würdigung ihrer hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Nora Kawlath im Jahre 1995 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. SprecherStephan Grigat
SprecherFriedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister

AUGUST VON WILLICH

Kontrahent des „konservativen Marx“

Von Ostpreußen in die USA: Der Braunsberger Freiheitskämpfer legte einen bewegten Lebensweg zurück

VON WOLFGANG KAUFMANN

Manche ostpreußischen Persönlichkeiten sind heute kaum mehr bekannt, obwohl sie ein bemerkenswertes Leben führten. Das gilt unter anderem auch für August von Willich, der am 19. November 1810 in Braunsberg geboren wurde und zunächst eine ganz konventionelle Soldatenlaufbahn einschlug: Auf den Besuch der Potsdamer Kadettenanstalt und der Berliner Militärakademie folgte der Dienst als Artillerie-Leutnant beziehungsweise -Hauptmann im preußischen Heer. Dann begann Willich mit dem Bund der Gerechten zu sympathisieren, der bald unter den Einfluss von Karl Marx und Friedrich Engels geriet und nachfolgend Bund der Kommunisten hieß. Wegen dieser Haltung sollte der junge Offizier nach Hinterpommern strafversetzt werden, dem er sich in einem offenen Brief an König Friedrich Wilhelm IV. widersetzte. Daraufhin wurde Willich 1846 vor ein Kriegsgericht gestellt und entlassen. Danach legte er seinen Adelstitel ab und erlernte das Zimmermannshandwerk.

Von Ostpreußen nach Berlin

Zwei Jahre später kam es zum Aufstand im Großherzogtum Baden, dessen Ziel es war, die Monarchie zu stürzen. In dieser Situation übernahm Willich die militärische Führung des Heckerzuges, einer Freischar von radikalen Republikanern, die schließlich am 20. April 1848 den Truppen des Deutschen Bundes unterlag. Aufgrund dessen ging er ins Exil, um aber schon 1849 zurückzukehren und an neuerlichen revolutionären Militäraktionen teilzunehmen. Dabei fungierte Friedrich Engels als sein Adjutant.

Im Anschluss an die erneute Niederschlagung der Erhebungen floh Willich nach London, wo er eine wichtige Rolle bei der Spaltung des Bundes der Kom-



Er war zeitlebens eine Kämpfernatur: August von Willich in Uniform

Foto: imago/piemags

munisten spielte. An der Seite des Arbeiterführers Karl Schapper drängte Willich Marx und Engels im September 1850 aus dem Bund und wandte sich dann dem französischen Revolutionär Emmanuel Barthélemy zu. Gemeinsam mit diesem plante er die Tötung des angeblich zu konservativen Marx bei einem Duell. Doch der Begründer des „Historischen Materialismus“ ließ sich nicht zum Zweikampf provozieren. Stattdessen forderte einer seiner Anhänger namens Konrad Schramm Willich heraus. Bei dem daraus

resultierenden Schusswechsel wurde Schramm verletzt, überlebte aber.

1853 wanderte Willich in die USA aus. Dort arbeitete er zunächst als Zimmermann und Landvermesser. Dann war er als Redakteur der deutschsprachigen Arbeiterzeitung „Cincinnati German Republican“ tätig. Diesen Posten gab der Emigrant 1861 auf, als der Amerikanische Bürgerkrieg ausbrach, um als Soldat in das 9. Ohio Regiment der Unionsarmee einzutreten. Dort avancierte Willich schnell zum Adjutanten, Ausbilder und Major. Bald darauf

verließ der republikanische Gouverneur von Indiana, Oliver Morton, dem geschassten preußischen Offizier den Rang eines Obersten und das Kommando über das 32. Indiana Regiment (1st German Regiment), das Willich gemäß den Vorschriften des preußischen Heeres drillte.

Als Kämpfer im Sezessionskrieg

Dieser Kampfverband bewährte sich in den Schlachten von Rowlett's Station und Shiloh am 17. Dezember 1861 beziehungsweise 6. und 7. April des Folgejahres der-

art hervorragend, dass Willich anschließend das Kommando über die 6. Brigade der Armee von Ohio erhielt und am 17. Juli 1862 zum Brigadegeneral der Freiwilligenverbände befördert wurde.

In dieser Eigenschaft kämpfte er zum Jahreswechsel 1862/63 in der Schlacht am Stones River. Dabei geriet Willich in Kriegsgefangenschaft und saß bis Mai 1863 im berühmten Libby-Gefängnis der Konföderierten in Richmond (Virginia) ein. Nach seinem Austausch folgte die Teilnahme am Tullahoma-Feldzug sowie an der Schlacht von Chickamauga und der Belagerung von Chattanooga. Am 15. Mai 1864 erlitt Willich in der Schlacht von Resaca eine schwere Verwundung am rechten Arm, die ihn felddienstuntauglich machte.

Für den Rest des Sezessionskrieges übernahm er zunächst verschiedene Schreibtischposten in Covington und Newport in Kentucky und fungierte dann als Kommandeur des Distrikts of Cincinnati (Ohio). Dabei erhielt Willich am 21. Oktober 1865 eine Beförderung zum Generalmajor der Freiwilligenverbände. Am 15. Januar 1866 kehrte er ins Zivilleben zurück.

Anschließend wechselte der vormalige Offizier der siegreichen Unionsarmee in den Staatsdienst und bekleidete eine Reihe von verantwortungsvollen Positionen, darunter die des Wirtschaftsprüfers des Landkreises Hamilton County im Südwesten des Bundesstaates Ohio. 1870 kehrte er jedoch spontan in die alte Heimat zurück, um wegen des Ausbruchs des Deutsch-Französischen Krieges wieder in die preußische Armee einzutreten. Allerdings verzichtete diese aufgrund von Willichs Alter, Gesundheitszustand und politischer Vergangenheit auf seine Dienste. Daraufhin begab sich der gebürtige Ostpreuße nach Amerika zurück, jedoch nicht, ohne zuvor noch einen Universitätsabschluss in Philosophie zu erwerben. Sieben Jahre später, am 22. Januar 1878, starb August Willich in St. Marys (Ohio).

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Erklären, dass Nation und Staatsangehörigkeit etwas anderes ist

Über die schwierige Trennlinie zwischen Deutschen und oberschlesischen Regionalisten

Anfang März diskutierten Regionalisten im Kattowitzer Kino „Kosmos“ über „Regionen als Zukunft Europas“. Eingeladen hatten der Verein Regios und die Sozialkulturelle Gesellschaft der Deutschen der Woiwodschaft (Ober-)Schlesien. Regios fordert die Anerkennung der (Ober-)Schlesier als ethnische Minderheit und des slawisch-oberschlesischen Dialekts als Regionalsprache.

In Oberschlesien gibt es neben Regios und der Minderheit weitere Organisationen, die Anliegen des Regionalismus vertreten. Dazu gehören die Bewegung für die Autonomie Schlesiens (Ruch Autonomii Śląska), der Schlesische Verein (Ślōnskō Ferajna), der Verband Schlesische Perlen (Ślōskie Perły), der Oberschlesische Verband (Związek Górnośląski) und der Verband der Bürger Schlesischer Nationalität (StowarzyniŃ Osobow Nōrodowoci Ślōnskij). Für sie alle wolle man eine Plattform zum Gedankenaustausch schaffen, so die Gastgeber.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich Aktivisten der deutschen Volksgruppe – zumindest offiziell – schwertun, eine (ober-)schlesische Nationalität und Sprache zu propagieren oder gar die Autonomiebestrebungen zu unterstützen. Dies

liegt in der Natur der Sache, denn wer sich zum Beispiel in der Volkszählung der (ober-)schlesischen Nationalität zugehörig deklariert, kann sich schwer zugleich als Deutscher definieren. Schließlich hängen Subventionen für Sprach- und Kulturpflege auch von der Größe einer Minderheit ab.

Doch die Regionalistenkonferenz in Kattowitz sollte zeigen, dass man ähnliche Interessen hat: „Viele Angehörige der deutschen Minderheit sind oft auch in anderen regionalen Organisationen aktiv“, sagt Eugen Nagel, stellvertretender Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen der Woiwodschaft (Ober-)Schlesien. Ein Beispiel dafür ist Lukas Giertler. Der Aktivist der Deutschen Minderheit in Bielitz-Biala (Bielsko-Biala) ist zugleich stellvertretender Vorsitzender des Vereins Regios. „Die deutsche Minderheit ist gewillt, die Hand zu reichen, auf die Beine zu stellen, wie eben diese wissenschaftliche Konferenz“, so Giertler. Dies bestätigte auch EU-Parlamentarier Lukasz Kohut. Er habe gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Deutschen Minderheit im Vorfeld der letzten Volkszählung (2021) gemacht. „Wir haben Hand



Annäherung: Deutsche Minderheit und oberschlesische Regionalisten Foto: Wagner

in Hand gearbeitet, Aufklärungsarbeit geleistet. Was uns verbindet, ist eine andere als die Warschauer Perspektive“, sagt er.

Für Tomasz Hutsch vom Verein Regios ist eine nationale Stärkung der Minderheiten – auch der ethnischen – als Gegenpool zur Folklorisierung wichtig, die nur zu einer Assimilation führen könne. Er bedauert, dass in der polnischen Sprache bereits das Wort „regional“ eine folkloristische Konnotation hat: „Man spricht von regionalen Trachten, Speisen oder Tradi-

tionen. Das Wort ‚regional‘ hat aber keine politisch-soziale Bedeutung, wie es im Westen der Fall ist“, bedauert Hutsch. Lukasz Kohut meint, sowohl die Deutschen in Oberschlesien als auch die Regionalisten hätten eine Mamutaufgabe zu bewältigen. „Menschen in Polen haben ein Verständnisproblem der Begriffe ‚Nationalität‘ und ‚Staatsangehörigkeit‘. Vor uns steht die Aufgabe, diesen gravierenden Unterschied jedem begreiflich zu machen“, sagt er. Was Deutsche und Ober-

schlesier verbinde, so Kohut, sei eine ausgeprägte Heimatverbundenheit. „Wir lieben unsere Heimat, wir kehren in die Heimat zurück. Das macht uns im Vergleich zu anderen Regionen Polens so besonders. Der Moment ist gekommen, diese Besonderheit politisch umzuschmieden, um anerkannt zu werden. Dass es bislang keine Anerkennung gibt, zeugt von einer Schwäche des polnischen Staates, der Angst vor ein paar Tausend Menschen hat, die eine andere Sprache sprechen und sich nicht als Polen fühlen“, sagt er.

„Was die Anerkennung des slawisch-oberschlesischen Dialekts als Sprache angeht, will sich die deutsche Minderheit nicht einmischen“, betont Eugen Nagel, aber: „Es gibt gemeinsame historische oder kulturelle Elemente, bei denen wir Raum für eine Zusammenarbeit sehen.“ Als Beispiel nennt er den „Marsch nach Zgoda“ (Eintrachthütte). Diese Kundgebung wird alljährlich im Januar von der Schlesischen Autonomiebewegung zum Gedenken an die Opfer des Nachkriegslagers Zgoda in Schwientochlowitz [Świętochłowice] organisiert. An dieser Kundgebung nimmt die Deutsche Minderheit auch als Institution teil.

Chris W. Wagner

KULTUR VERBINDET

Die Villa Lentz in Stettin

Die wechselvolle Geschichte der prachtvollen Villa – Sie bereichert die kulturelle Landkarte von Stettin, Pommern und Deutschland

VON BRIGITTE STRAMM

Das Stettiner Westend wurde im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts durch die von dem bekannten Stettiner Johann Quistorp, seinem Sohn Martin und weiteren Stettiner Persönlichkeiten gegründete „Gesellschaft Westend Stettin Bauverein auf Aktien“ erschlossen. Hier entstanden herrschaftliche Villen, eine davon ist die Villa Lentz, erbaut 1888/89.

Schamotte begründete Wohlstand

Bauherr war August Lentz, der vom einfachen Mechaniker in der Fabrik von A.H. Zander zum Aktionär und Direktor aufstieg, die Firma übernahm und sie als „Stettiner Chamotte Fabrik Aktiengesellschaft, vorm. Didier“ zum Erfolg führte. Durch das Patent auf Schamottöfen konnte er erfolgreich expandieren. Als sichtbares Zeichen des erarbeiteten Wohlstands ließ er die prächtige Villa erbauen. Der Architekt Max Drechsler verwirklichte den Traum und schuf die im Wilhelminischen Stil mit einer einzigartigen Innenausstattung eingerichtete Villa, die in jedem Detail den Reichtum und die damit verbundene Stellung der Familie repräsentierte.

Die Familie Lentz zog 1890 in ihr neues luxuriöses Heim. Doch der umtriebige und erfolgreiche Unternehmer konnte die Pracht leider nicht lange genießen, er verstarb ganz plötzlich am 10. Mai 1895, zu dem Zeitpunkt hatte er seinen Wohnsitz bereits nach Berlin verlegt, von dort aus expandierte seine Firma auch auf dem Weltmarkt.

Bedeutende Kunstsammlung

Die Tochter Margarete Tegeder erbt den Besitz in Stettin. Da sie in Berlin verheiratet war und dort lebte, verkaufte sie die Villa an den Stettiner Kaufmann Romanus Conrad, der jedoch 1906 in Konkurs ging. Daraufhin erwarb Margarete Tegeder das Anwesen wieder.

Das Karussell dreht sich weiter. Im Jahr 1911 erwarb der Getreidehändler und Eigentümer der Zementwerke Mercur AG in Jatznick bei Greifswald das Anwesen. Er modernisierte das Innere der Villa und baute technische Neuerungen ein, wie



1888/89 im Stettiner Westend erbaut: Die restaurierte Villa Lentz

Foto: Peter Haese

moderne Bäder, Zentralheizung, einen Zentralstaubsauger und im Keller einen Tresorraum. In diesem Jahr kaufte er 22 bekannte Gemälde, was der Beginn einer der bedeutendsten Kunstsammlungen war. Das Ehepaar Wilhelm und Frieda Doering trug unterschiedliche Kunstwerke zusammen, Gemälde, Graphiken und Skulpturen. 1911 waren sie Gründungsmitglieder des „Stettiner Museumsvereins“ und trugen somit maßgeblich zur Förderung von Kunst und Kultur in Pommerns Hauptstadt bei.

1925 stifteten sie dem „Städtischen Museum für Kunst und Gewerbe“ in Stettin 34 wertvolle Gemälde zeitgenössischer Impressionisten und Nachimpressionisten. Ein Teil der Gemäldesammlung überstand übrigens die Kriegszeit und befindet sich im Pommerschen Landesmu-

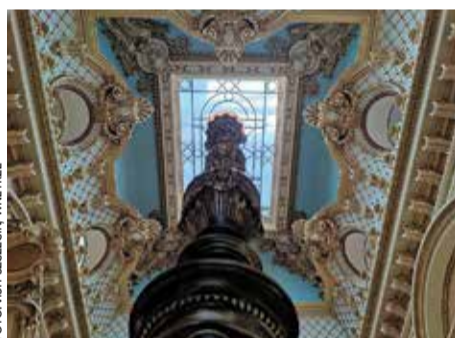


FOTO: VISITSZCZECIN WNETIZIE

Prachtvoll, sehr repräsentativ und luxuriös: Die Innenausstattung der Villa

seum in Greifswald, lediglich ein Kunstwerk verblieb in Stettin.

Unruhezeiten

Ab den 1930er Jahren brach eine für die prunkvolle Villa nicht glückliche Zeit an.

1935 starb Doering. Seine Witwe veräußerte den Besitz an die Stadt Stettin, die es an die NSDAP und später an die Wehrmacht vermietete. Der Städtische Denkmalspfleger Michał Dębowski schreibt: „Im Krieg wurde das Gebäude von dem Nachrichten-Regiment 3 genutzt. Es überstand den Krieg unbeschädigt.“

Noch immer unfassbar: Pommerns Hauptstadt wurde 1945 zum polnischen Szczecin. Jetzt nutzte das sowjetische Militär das Gebäude, bis zum Abzug der Truppen im Jahr 1947. Nun war der Plan, dort einen Bischofspalast als Keimzelle der künftigen Stettiner Diözese einzurichten. Doch auch das währte nicht lange. Ende 1949 mussten die Priester zugunsten der Einrichtung eines Jugendpalastes weichen. Eine Einrichtung zur „Erziehung und außerschulischen Bildung“

fand hier jetzt Platz. Zahlreiche Ateliers boten Platz für verschiedene künstlerische Aktivitäten. 2008 kam das Ende des Jugendpalastes. Zahlreiche Stettiner, die das Angebot angenommen hatten, erinnern sich sehr gerne an diese Zeit. Für eine kurze Zeit wurde das Projekt „Baltischer Kulturhafen“ initiiert. Jetzt trafen sich hier internationale Künstler und welche, die es werden wollten. Auf sie wirkte das Haus außerordentlich inspirierend.

Stettin Kulturhauptstadt

„Europäische Kulturhauptstadt“ zu werden war jetzt das Ziel. Die Villa sollte in das Konzept eingebaut werden. Doch es wurde viel Geld benötigt, das Gebäude instandzusetzen, zu modernisieren und die Räumlichkeiten den neuen Erfordernissen anzupassen. Das ist perfekt gelungen, denn jetzt heißt es: „Der 1. Januar 2021 markiert den Beginn eines neuen Kapitels in der Geschichte der Villa Lentz. Die dort neu gegründete Kultureinrichtung zielt auf die kreative Interpretation der Geschichte und des Erbes des Ortes, der für die alte und moderne bürgerliche Kultur Stettins einzigartig ist.“

● Die Villa Lentz bietet ständig ein reichhaltiges Kulturprogramm. Am 20. März findet um 18 Uhr unter dem Motto: „Künstlerische Familien des alten Stettin“ ein Orgelkonzert mit Synagogenmusik von Jakob Stefek statt. Besonderer Höhepunkt des Konzerts ist ein Treffen mit Uri Shani, einem israelischen Orgelbauer und Nachfahre des berühmten Kantors Jakob Sarasohn, der zwischen 1875 und 1912 in der Neuen Synagoge in Stettin tätig war. Die Geschichte der jüdischen Familie Sarasohn wird durch das Konzert lebendig, und die Zuhörer werden in die Welt der Synagogenmusik von damals eintauchen. Kantor Jakob Sarasohn und der christliche Organist Robert Lahmann haben die Stettiner Synagoge zu einem wichtigen Ort auf der kulturellen Landkarte von Stettin, Pommern und Deutschland gemacht. Eintrittskarten unter bilet.willa-lentza.pl, Adresse: Al. Wojska Polskiego 84, Szczecin. Weitere Information, Programm und Öffnungszeiten im Internet unter: www.willa-lentza.pl und www.visitszczecin.eu

ZUM 200. TODESTAG

Christian Ludwig Mursinna, ein vielseitiger Mediziner

Er sorgte für eine bahnbrechende Operationsmethode bei Grauem Star und hinterließ bedeutende Veröffentlichungen

Christian Ludwig Mursinna stammte aus Hinterpommern, machte zunächst in Breslau und dann in Berlin Karriere als Mediziner und fungierte lange Zeit als Generalchirurg der preußischen Armee. Er stieg zur Leuchte der jungen Charité auf, fungierte als Dekan und sorgte als berühmter Chirurg bei Augenoperationen für einen „Paradigmenwechsel bei der Staroperation“. Zu dem vor 200 Jahren in Berlin gestorbenen Mediziner sind eindrucksvolle Nachrufe überliefert. Außerdem beschäftigen sich Dissertationen und andere Schriften mit seinem Wirken und seiner Bedeutung.

Mursinna wurde am 17. Dezember 1744 in Stolp in Hinterpommern geboren. Der Ort liegt am Fluss Stolpe, entwickelte sich aus einer kaschubischen Siedlung und gehörte ab dem 12. Jahrhundert zum wachsenden Territorialbesitz des Fürstenhauses der Greifen. Heute gehört die Stadt Stolp unter dem polnischen Namen

Ślupsk zur polnischen Woiwodschaft Westpommern.

Der offenbar sehr begabte Junge besuchte zuerst die Lateinschule seiner Vaterstadt, wurde dann vom städtischen Magistrat zu einem erfahrenen Bader in die Lehre gegeben und gelangte nach einjähriger Grundausbildung wegen seiner offenkundigen besonderen Befähigung 1758 in die Obhut des Stadtchirurgen von Kolberg. Sein Ausbilder entwickelte ihn zum jungen Hoffnungsträger der örtlichen Mediziner.

Doch Mursinna gab sich noch lange nicht mit dem Erreichten zufrieden. Er wollte sich alle wesentlichen Kenntnisse der damaligen Medizin erschließen und wechselte deshalb 1761 als Assistent zu Caspar Friedrich Wolff in dessen Lazarett in Breslau. Wolff war schon damals ein berühmter Arzt, der bei Friedrich dem Großen hohes Ansehen genoss und während des Siebenjährigen Krieges in Schlesien

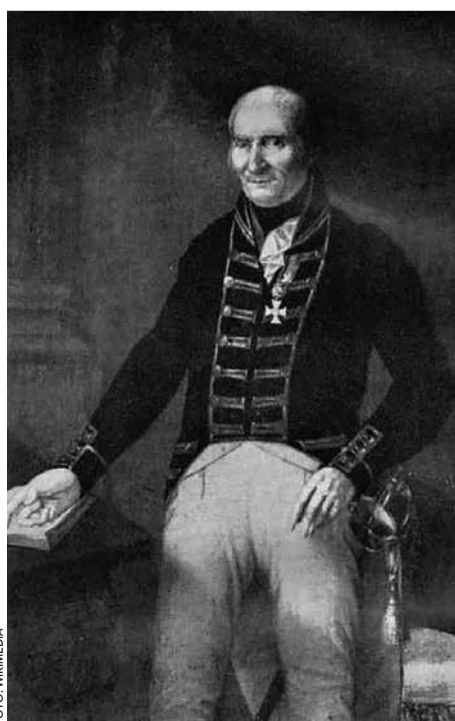


FOTO: WIKIMEDIA

Aus „Pommersche Lebensbilder“: Christian Ludwig Mursinna (1744–1823)

einerseits die Verwundeten behandelte und andererseits für die schnelle Ausbildung junger Nachwuchs-Wundärzte sorgte. Mursinna wurde hier voll gefordert, von seinem nunmehrigen Vorbild Wolff nachhaltig geprägt und bald zum Regimentsarzt befördert. Die Kriegsjahre in Schlesien gediehen für den aufstrebenden Mediziner aus Pommern zur unverzichtbaren Praxisschule.

Mit den dabei gewonnenen Erkenntnissen kam Mursinna nach der Übersiedlung in Berlin beruflich rasch voran. Während sein bekannter Lehrer Wolff in Sankt Petersburg als Mediziner die moderne Embryologie begründete und Karriere machte, eroberte sich sein Schüler Mursinna Berlin. Er wurde in das „Collegium medico-chirurgicum“ berufen, zum Professor ernannt, fungierte als Generalchirurg der Armee Preußens und lehrte an der Medizinischen Militärakademie. Dazu kamen die Verpflichtungen als dirigierender

Wundarzt, Lehrer und Dekan an der jungen Charité.

Im Gefolge seiner Praxiserfahrungen und Forschungen schrieb er Fachaufsätze wie am Fließband. Mittendrin ist das „Journal für Chirurgie, Arzneikunde und Geburtshilfe“, das ein Standardwerk wurde und in fünf Bänden überliefert ist.

Bei alledem widmete sich Mursinna immer stärker der Augenheilkunde, wobei er bei Operationen mit ungewöhnlichen Eingriffen große Heilungserfolge erreichte. Geradezu berühmt wurden international seine Operationen des Grauen Stars, mit denen er den veralteten „Starstich“ ablöste und für eine neue Ära in der Augenheilkunde sorgte.

Mursinna forschte in der Folge weiter, behandelte, lehrte, veröffentlichte und starb mitten in der Fortsetzung seiner Lehrtätigkeit am 18. März 1823 in Berlin als eine international anerkannte medizinische Koryphäe. *Martin Stolzenau*

„Wann soll diese einseitige Ukraine-Politik enden?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Die PAZ sollte zur Pflichtlektüre erklärt werden“

Christoph Halter, Berlin



Ausgabe Nr. 10

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

BAERBOCKS TRAUMA ZU: DER NIVEAUVERFALL WIRD ZUM SYSTEM (NR. 9)

Dass Außenministerin Annalena Baerbock im Auswahlverfahren für den höheren diplomatischen Dienst die Prüfungen in Allgemeinwissen und Psychologie gestrichen hat, ist keineswegs verwunderlich. Sie hat uns ja tiefen Einblick in ihr eigenes Allgemeinwissen gewährt, dafür manchen Spott einstecken müssen und ist dadurch vermutlich zu der Erkenntnis gelangt, dass sie mit ihrem eigenen Wissensstand zwar Außenministerin werden, aber nicht in den diplomatischen Dienst eintreten kann. Das hat bei ihr anscheinend zu einer seelischen Kränkung geführt, zu einem Trauma, dass sie belastet.

Wie geht man gegen ein Trauma an? Dadurch, dass man die Ursachen erkennt und beseitigt. Folgerichtig wurde der Allgemeinwissenstest gestrichen, sodass man in absehbarer Zeit ein Absinken des Wissensniveaus im höheren diplomatischen Dienst erhoffen darf. Eine neue Diplomaten-Generation dürfte also ihrer Außenministerin ebenbürtig werden. Die Ministerin aber wird sich künftig mit ihren Diplomaten auf Augenhöhe unterhalten können. Die Kränkung wäre geheilt, das Trauma verkräftet.

Edelbert Brey, Sulzbach-Rosenberg

ZWEI SACHVERHALTE ZU 1848 ZU: DIE ERSCHÜTTERUNG DER ALTEN WELT (NR. 9)

Herzlichen Dank für den Text, der mit großem historischen Verständnis und großer historischer Bildung die Ereignisse von 1848 dem Leser darstellt.

Ich vermisste allerdings zwei Sachverhalte, die 1848 auch eine Rolle gespielt haben, aber im Hinblick auf die deutschen Ereignisse nicht so bekannt geworden sind. Das sind erstens die Bemühungen des tschechischen Historikers und Politikers Franz Palacky, die slawischen Völker gegen die Deutschen zu vereinigen und „urslawisches Land“ in Osteuropa zu-

rückzufordern. Es ist der Beginn der polnischen und tschechischen antideutschen Politik im Hinblick auf die deutschen Siedlungsgebiete in Osteuropa.

Und zweitens die Interessen des russischen Zarenreiches in Mitteleuropa. Als dem preußischen König von der Nationalversammlung die Kaiserkrone angeboten wurde, hat der Zar damit gedroht, in diesem Falle sofort in Mitteleuropa, das heißt in Deutschland einzumarschieren, es gab eben keinen starken deutschen Staat in der Mitte Europas, und das war eben das Problem der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert und auch schon vorher, so zum Beispiel im 17. Jahrhundert der Dreißigjährige Krieg.

Klaus Fleischmann, Kaarst

MACHT UM JEDEN PREIS ZU: DAS MULLAHREGIME HAT KEINE ZUKUNFT MEHR (NR. 9)

Es ist erfreulich, dass die PAZ nun auch Stellung bezogen hat zu den seit September vorigen Jahres anhaltenden Unruhen im Iran. Bundeskanzler Olaf Scholz, so der Autor, habe ganze sechs Wochen nach dem Beginn des Aufstandes gebraucht, um den Protest anzusprechen, aber auch die PAZ hat bisher über die Situation weitgehend geschwiegen beziehungsweise nicht berichtet.

Ich teile die Ansicht, dass das Mullahregime keine Zukunft mehr hat, teile aber ebenso die Einschätzung, dass der Zerfallsprozess längere Zeit anhalten könnte. Zwar verfügt heute Ajatollah Chamenei wie einst der Schah über eine ähnliche Macht, und doch musste letzterer nach wenigen Wochen kapitulieren.

Allerdings gibt es dabei einen wichtigen Unterschied: Obwohl mehrere hochrangige Offiziere aus Polizei und Militär dem Schah empfahlen, massiv durchzugreifen und scharf zu schießen – denn erst wenn ein riesiges Blutbad angerichtet werde, sei Schluss mit den Demonstrationen –, antwortete der Monarch damals, er lasse nicht auf sein eigenes Volk schießen. Daher gewannen die Demonstranten bald

die Überhand, und die Revolution war siegreich.

Im Gegensatz dazu lassen die heutigen „religiösen“ Machthaber des Iran rigoros mit scharfer Munition auf die demonstrierenden Menschenmassen feuern und nehmen dabei eine große Zahl an Opfern in Kauf, denn diese sind es nach Ansicht der Mullahs nicht „wert“, länger in einem islamischen Staat zu leben. Deshalb besteht leider die Gefahr, dass die herrschende Clique in Teheran letztlich bereit sein wird, ihre Macht um jeden Preis zu sichern, und sei es über Berge von Leichen, bis „Grabesruhe“ eintritt. Man kann nur hoffen, dass die Weltgemeinschaft nicht tatenlos dabei zusehen wird.

Wolfgang Reith, Neuss

ZUM KLIMAKAMPF NACH CHINA ZU: DER PERFEKTE AUFTRITT EINER DURCHGEPLANTEN BEWEGUNG (NR. 8)

Glauben die deutschen Bürger und Bürgerinnen wirklich immer noch daran, dass es bei Fridays-for-Future und Co. nur um das Thema Klima geht? Diese angeblich so „taffen“ Girls wollen Macht. Da wird auch vor kriminellen Handlungen kein Halt gemacht. Wenn man für ein solch wichtiges Thema etwas erreichen will, reicht ein magazinreifes Gesicht (wobei das ganz sicherlich auch eine Ansichtssache ist) allein nicht aus. Ebenso wenig wie permanent auswendig gelernte Phrasen.

Wo sind die Ideen, auf denen sich eventuell etwas aufbauen lässt? Wie hat ein „Weltenretter“ einmal auf die Frage in einem Interview, ob er konkrete Vorstellungen für den Klimaschutz habe, geantwortet: „Das ist nicht unsere Aufgabe.“ Das ist doch wenigstens eine klare Aussage. Aber es ist beruhigend, dass es in unserem Land viele weibliche Jugendliche und junge Frauen gibt, die hier wesentlich besser aufgestellt sind, nicht solchen Vereinigungen angehören und alltagstauglich sind.

Um immer wieder auf das Thema Klimaschutz hinzuweisen (zu Recht), bedarf

es solcher Gruppierungen nicht. Da gibt es andere junge Menschen, welche die besseren Voraussetzungen haben. Diese weiblichen Bürger, die mit Zustimmung des Staates nicht regelmäßig zur Schule oder zur Uni gehen, sollen uns retten? Sie leben in einem Staat, der die „Klebeaktionen“ toleriert. Der Staat und diese weiblichen Bürger nehmen in Kauf, dass Artikel 2 Nr. 2 des Grundgesetzes bewusst ignoriert wird.

Diese „Postergirls“ beschwerten sich schon heute darüber, wovon sie in 40 oder 50 Jahren leben sollen. Vielleicht von einer jämmerlichen Mindestrente. Für eine private Vorsorge werden sie vermutlich keine finanziellen Möglichkeiten haben. Es sei denn, sie sind Tochter von „Beruf“ oder haben anderweitige Gönner.

Warum nehmen die Klimakämpferinnen diesen Kampf nicht in China, Russland oder in arabischen Ländern auf? Wenn es also bereits Aktivistinnen gibt, die Deutschland verlassen wollen, weil es ihnen zu eng geworden ist, werden sie nicht aufgehalten. Da wird sich dann herausstellen, ob sie alltagstauglich sind und auch kräftigen Gegenwind vertragen.

Narzissmus: Überschätzung der eigenen Fähigkeiten, gesteigertes Verlangen nach Anerkennung, und es wird großer Wert darauf gelegt zu imponieren.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

KAMPF UM DEN BLUMENTOPF ZU: DIE FRAGWÜRDIGE HALTUNG DER KRIEGSGEGNER (NR. 9)

Die einen wollen Krieg, und die anderen wollen keinen Frieden. Wo und wann soll diese einseitige und einsilbige Ukraine-Politik letztendlich enden? Mit immer noch mehr Waffen und mit immer weiteren Sanktionen lässt sich mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit nie und nimmer ein Blumentopf gewinnen. Aber vielleicht will auch keiner diesen Blumentopf gewinnen, trotzdem muss irgendwann einmal, besser sofort, ein Kompromiss gefunden werden.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Ein Angriff auf unser Bargeld ist ein Angriff auf unsere Freiheit!



■ **Bargeld ist Freiheit: Alles, was wir mit Scheinen oder Münzen bezahlen, bleibt anonym. Deutschland und Österreich sind die letzten europäischen Länder, in denen noch eine Mehrheit der Bürger mit Bargeld bezahlt. Doch das soll sich bald ändern. Eine mächtige Allianz hat es sich zum Ziel gesetzt, das Bargeld zurückzudrängen und schließlich ganz abzuschaffen.**

Digitales Bezahlen ist ein Milliardengeschäft
Zu den Bargeldgegnern gehören die UNO, die EU, Regierungen verschiedenster Länder sowie Förderer einer One-World-Gesellschaft, wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung oder die Clinton Foundation. Hinzu kommen Banken, Finanzdienstleister – wie Mastercard, Apple (Apple Pay), Amazon (Amazon Pay) und PayPal –, aber auch Großkonzerne wie zum Beispiel Coca-Cola und Unilever. Ihnen allen würde die Abschaffung des Bargeldes große Vorteile bringen. Ihnen winkt durch Gebühren und die Auswertung von Kundendaten ein Milliardengeschäft.

Die totale Kontrolle des Bürgers
Der Mensch wird dadurch zum »gläsernen Bürger«. Wie Michael Brückner anhand erschreckender Beispiele zeigt, können wir so »von oben« kontrolliert und gesteuert werden. Es gibt keine Privatsphäre mehr. Und keinen Schutz vor staatlichen und behördlichen Willkürmaßnahmen. Wenn niemand mehr Kapital in Form von Bargeld aufbewahren kann, erlangen Behörden auch eine weitgehende Kontrolle über unser Vermögen. Darüber hinaus ist der Enteignung Tür und Tor geöffnet.

Das Bargeldverbot wird vorbereitet
Michael Brückner wirft vor diesem Hintergrund einen Blick in die bargeldlose Zukunft. Was aus zukünftig, demonstriert er anhand einer fiktiven bargeldlosen Gesellschaft. Eine Orwell'sche Überwachung wird zum konkreten Bedrohungsszenario.

Brückners Einblicke in die digitale Zukunft machen unzweifelhaft klar: Wir müssen alles daransetzen, die Abschaffung des Bargeldes zu verhindern. Er zeigt, was wir dagegen tun können und wie wir unser Vermögen vor einem Bargeldverbot schützen.

»Bargeld ist gedruckte Freiheit!« Dr. Markus Krall

Michael Brückner: Angriff auf unser Bargeld • gebunden • 208 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 987 700 • 19,99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

VON VEIT-MARIO THIEDE

In antiker Verkleidung feierten am 22. März 1773 Fürst Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau (1740–1817) und seine Gemahlin Luise von Brandenburg-Schwedt (1750–1811) mit ihren Gästen den Einzug ins Schloss Wörlitz. Es gilt als Erstlingsbau des deutschen Klassizismus. Im selben Jahr begann der von seinen 35.000 Untertanen „Vater Franz“ genannte Fürst auf der gegenüberliegenden Seite des Wörlitzer Sees mit dem Bau des Gotischen Hauses. Bei seinen Bauwerken und Landschaftsgärten war er bestrebt, das Schöne mit dem Nützlichen zu verbinden.

Das dritte Jubiläum verdankt das zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörende Gartenreich Dessau-Wörlitz der Urgroßmutter von Fürst Franz: Henriette Catharina von Oranien-Nassau (1637–1708). Sie gab vor 350 Jahren ihren nicht weit von Wörlitz gelegenen Besitzungen den Namen Oranienbaum.

Reisen bildet, wie uns Schloss Wörlitz veranschaulicht. Die neoklassizistische Bauweise lernte Fürst Franz mit seinem Freund und Architekten Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff (1736–1800) bei Reisen durch England kennen. Die Innenausstattung wiederum geht auf Italienreisen zurück. In Rom machte der Archäologe Johann Joachim Winckelmann die beiden mit den Altertümern der Stadt vertraut. In Neapel nahm sich der britische Diplomat und Vesuv-Forscher Sir William Hamilton ihrer an und besuchte mit ihnen die Ausgrabungen von Pompeji und Herkulaneum. Reminiszenzen davon finden sich im Schloss zuhause.

Während heutige Besucher das Schloss durch das Souterrain betreten, schritten die Gäste früher die Freitreppe hinauf und standen sodann in der Vorhalle vor der Kopie der berühmten Skulptur des „Apoll von Belvedere“. Das Schloss ist um einen Lichthof herum gebaut. In den aus Wohn- und Schlafzimmer bestehenden Appartements des zweiten Stocks logierten die Brüder des Fürsten, der Erbprinz und Erdmannsdorff, dessen Räume mit Ansichten von Venedig geschmückt sind.

Im ersten Stock liegen die Repräsentationsräume sowie die Gemächer von Fürst Franz und Gattin Luise. Die Räume sind mit Abgüssen und originalen antiken Skulpturen und Büsten, auf die Decken gemalten musizierenden Faunen und schwebenden Nymphen nach dem Vorbild pompejanischer Wandmalereien sowie Keramik der englischen Manufaktur Wedgwood geschmückt, die antike



Kann als Schloss ein eigenes Jubiläum feiern: Die zum Dessau-Wörlitzer Gartenreich zählende Besitzung Oranienbaum erhielt vor 350 Jahren ihren Namen

Foto: Thiede

KULTURLANDSCHAFT

Logis mit antiken Nymphen

Das zum UNESCO-Welterbe gehörende Gartenreich Dessau-Wörlitz feiert in diesem Jahr gleich drei Jubiläen – Eines davon ist der Einzug der Fürstenfamilie in das Schloss Wörlitz vor 250 Jahren

Vasen aus der Kunstsammlung Hamiltons kopieren.

Sowohl die Architektur als auch die Ausstattung des Schlosses waren seinerzeit ungeheuer modern. Um Platz zu sparen, ist das Schloss mit unter den Fenstern platzierten Klappbetten ausgestattet. In den mit Bildern bemalten Wänden stecken Schlüssel, die uns verraten, dass sich dahinter Wandschränke befinden. Im Speisesaal gibt es fließendes Wasser und im Postament einer Ganymed-Statue befindet sich ein Eisschrank. Der Kamin im Schlafzimmer des Fürsten entpuppt sich als frühe Heißluftheizung, und sein Schlaflager ist so konstruiert, dass es sich zum Doppelbett ausziehen lässt.

Ein wertgeschätzter Preußenkönig

Sehenswert ist auch die Bibliothek, deren Wände mit Porträts von Persönlichkeiten bemalt sind, die der Fürst schätzte. Da treten Moses und Luther auf, antike Philosophen, Winckelmann, Hamilton und Friedrich der Große, der die Heirat von Fürst Franz mit Luise einführte.

Vater Franz hatte Liebschaften. Eine war Luise Schoch, die Tochter seines Gärtners. Sie hatte mit dem Fürsten drei

Kinder. Die Familie lebte im Gotischen Haus. Es entstand von 1773 bis 1813 in vier Bauphasen. Nach dem Nauener Tor von Potsdam ist es das zweitälteste neugotische Bauwerk Deutschlands. Die auf den Landschaftsgarten ausgerichtete, aus rotem Backstein und weißem Maßwerk bestehende Fassade orientiert sich am Erscheinungsbild des englischen Landsitzes Strawberry Hill, an dessen Einweihung Fürst Franz 1764 teilgenommen hatte. Die zum Wolfskanal ausgerichtete Fassade aber zitiert in verkleinerter Form die venezianische Kirche Madonna dell'Orto.

Die Kabinette des Gotischen Hauses beherbergen die Kunstsammlungen des Fürsten. Der Vermittlung durch den Schriftsteller und Theologen Johann Kaspar Lavater verdankte er den Erwerb zahlreicher Glasbilder des 16. bis 18. Jahrhunderts, die in viele Fenster des Hauses eingesetzt sind. Sie zeigen Wappen oder Szenen aus dem Alten und Neuen Testament. Die im „Kriegerischen Kabinett“ warten mit Szenen aus den Schweizerischen Freiheitskriegen gegen die Habsburger sowie der Darstellung des Rütli-Schwurs auf. Fürst Franz war einer der ersten Sammler altdeutscher Malerei. Be-

sonders Werke von Lucas Cranach dem Älteren und dem Jüngeren sowie ihrer Werkstattmitarbeiter sind reich vertreten, wie etwa das der Reformation gewidmete „Geistliche Kabinett“ zeigt. Die nicht mehr vorhandenen Stücke seiner Gemäldesammlung sind durch Schwarz-Weiß-Reproduktionen ersetzt. Auch Porträts seiner Ahnen hängen an den Wänden. Beachtenswert sind die eigens für das Haus angefertigten neugotischen Möbel.

Oranienbaum feiert das 350. Jubiläum seiner Namensgebung. Die ab 1683 errichteten Schloszbauten, der Park und die rasterförmig um den quadratischen Marktplatz angelegten zwölf ältesten Wohnquartiere bilden ein in Deutschland ein-

zigartiges barockes Ensemble nach holländischem Vorbild. Eine schnurgerade Straße teilt das vom Baumeister Cornelis Ryckwaert entworfene Ensemble in zwei symmetrische Hälften. Mitten auf dem Marktplatz steht das Wahrzeichen der Stadt: ein schmiedeeiserner Oranienbaum mit vergoldeten Früchten.

Zunächst nutzte Henriette Catharina das Schloss als Landhaus. Nach dem Tod ihres Ehegatten Johann Georg II. ließ sie es zu ihrem Witwensitz ausbauen. Von der ehemaligen luxuriösen Ausstattung ist nichts mehr vorhanden, da sie die an ihre Töchter vererbte. Ihre Tochter Amalie ist die Stammutter des heutigen niederländischen Königshauses. Ihr Sohn Leopold ist als „Alter Dessauer“ in Erinnerung geblieben.

Attraktion des Schlosses ist der mit blau-weißen Delfter Fliesen geschmückte Sommerspeisesaal. Ein anderer Saal ist mit Goldledertapeten ausgestattet. Fürst Franz ließ sie anbringen. Auf ihn gehen auch die Stofftapeten in drei anderen Räumen zurück, die er von einem Dessauer Tapetenmaler mit chinesischen Motiven und Szenen aus dem Leben von Konfuzius bemalen ließ.

Jubiläums-Schau

Vom 13. Mai bis 31. Oktober läuft in Schloss Oranienbaum die Ausstellung „Zeit(ge)schichten – ein Schloss erzählt, was in ihm steckt“. Sie stellt die ehemaligen Bewohner vor und berichtet von den unterschiedlichen Nutzungen des Baus. www.welterbe-gartenreich.de

KULTURDENKMAL

König Rudolfs letzter Ritt

Der Speyerer Dom ist jetzt Teil der Kulturroute „Via Habsburg“ – Ein Habsburger König legte dafür die Grundlage

Von den aktuell 51 deutschen UNESCO-Welterbestätten steht der Speyerer Dom nach dem Aachener Dom am längsten auf der Liste der erhaltenswerten Kulturdenkmäler der Menschheit. Im Jahr 1981 wurde das Bauwerk zum Welterbe erklärt. Aber erst in diesem Jahr wird die vor rund 1000 Jahren vom Salierkaiser Konrad II. gegründete Kirche, die heute der größte romanische Kirchbau der Welt ist, Teil der Kulturroute „Via Habsburg“.

Die rund 1000 Kilometer lange Kulturroute „Via Habsburg“, die sich neben Österreich auch über Deutschland, Frankreich und die Schweiz erstreckt, verbindet historische Schauplätze, die in engem Zusammenhang mit dem Haus Habsburg (-Lothringen) stehen. Der Speyerer Dom wird nun zum nördlichsten Punkt der Route in Deutschland.

Als Grablege des ersten Habsburger Königs Rudolf I. und seines Sohnes Albrecht I. ist die romanische Kathedrale einer der wichtigsten Gedächtnisorte für

die Habsburger. „Für den Speyerer Dom bedeutet die Aufnahme, dass er als selbsterwählte Begräbnisstätte des ersten Habsburgers auf dem Königsthron und als Gedächtnisort der europäischen Herr-

scherdynastie auf neue Art erfahrbar wird“, sagt Domdekan und Domkustos Christoph Kohl.

Der Legende nach soll König Rudolf, nachdem er seinen Tod nahen fühlte, aufs

Pferd gestiegen und nach Speyer geritten sein, wo er am 15. Juli 1291 verstarb. Mit der Wahl seines Begräbnisortes wollte er sich in die salisch-staufische Tradition stellen und den Rang der Habsburger als Königsgeschlecht verdeutlichen. Am 18. Juli 1291 wurde Rudolf von Habsburg neben dem staufischen König Philipp von Schwaben im Mittelschiff des Speyerer Doms bestattet. Das Grab ist heute von der Krypta aus zugänglich und befindet sich in einer Anfang des 20. Jahrhunderts errichteten Gruftanlage.

Die Bedeutung des Speyerer Doms für das Geschlecht der Habsburger als Grablege ihrer Ahnherren ist an verschiedenen Orten an und in der Kathedrale augenfällig. Bereits vor dem Eintreten in die Vorhalle fällt der doppelköpfige Adler zu den Fußspitzen der Madonna über dem mittleren Eingangsportal ins Auge. Das Wappen des Römisch-Deutschen Reiches verweist auf die Grabstätte Rudolfs im Dom und zeugt gleichzeitig vom finanziellen

Engagement des Hauses Habsburg bei der Errichtung des Westbaus Mitte der 1850er Jahre. Beim Betreten der Vorhalle fällt rechter Hand ein großes, helles Grabdenkmal (Kenotaph) für Rudolf von Habsburg ins Auge: Mit weitem Mantel, langem Gewand und den Insignien in den Händen thront Rudolf dort. Das 1843 aus weißem Marmor hergestellte und auf einem hellen Granitsockel stehende Werk stammt von Ludwig Schwanthaler. Eine weitere Ganzkörperskulptur befindet sich in einer Nische der Vorhalle.

An Rudolfs Geschichte knüpft die aktuelle Landesausstellung „Die Habsburger im Mittelalter. Aufstieg einer Dynastie“ im Historischen Museum der Pfalz Speyer an, in der noch bis zum 16. April auf die Bedeutung der Habsburger für den Dom, die Stadt und die Region verwiesen wird.

H. Tews



Nördlichster Punkt der „Via Habsburg“: Der Dom von Speyer

● museum.speyer.de
 ● www.viahabsburg.online

● FÜR SIE GELESEN

Fesselnd und interessant

Als der junge John Casparius 1919 aus dem Ersten Weltkrieg zurückkommt, ist er traumatisiert. Nur der Gedanke an seine Verlobte hatte ihn am Leben erhalten. Da die deutsche Wirtschaft durch den Frieden von Versailles zu sehr hohen Reparationszahlungen verpflichtet wurde, sieht die Zukunft der Reederei seines Vaters düster aus. Seine Angebetete löst daher die Verlobung.

Verzweifelt überlegt der Held in Michaela Grünigs Roman „Blankenese. Licht und Schatten“, seinem Leben ein Ende zu setzen. An der Elbe bemerkt er eine junge Frau, die offenbar dasselbe plant. Doch sie wollte nur ein Bad nehmen. In Leni Hansen findet er eine Vertraute. So kommen die beiden sich näher. Doch es ist unwahrscheinlich, sich eine Zukunft zwischen zwei Menschen aus so unterschiedlichen Lebensumständen vorzustellen. Leni ist nur eine einfache Arbeiterin und Tochter eines Blankeneser Kapitäns, der ausgerechnet mit einem Schiff der Casparius-Linie unverschuldet ums Leben gekommen ist.

Grünig erzählt einfühlsam die Geschichte zweier Familien aus Hamburg-Blankenese. In ihren Schilderungen finden politische und geschichtliche Fakten Erwähnung, was den Roman fesselnd macht. *Angela Selke*



Michaela Grünig: „Blankenese. Licht und Schatten“, Lübbe Verlag, Köln 2023, Taschenbuch, 493 Seiten, 16 Euro

Raus aus der Zuckerfalle

Peter Ruck schöpft aus eigener Erfahrung mit zu hohem Süßigkeitenkonsum und bietet anderen seine Hilfe an, von den krankmachenden Nahrungsmitteln loszukommen

FOTO: SHUTTERSTOCK



Ernährungswissenschaftler ist Peter Ruck nicht. Dennoch schrieb er das Buch „Mit Leichtigkeit aus der Zuckerfalle“, weil er selbst unter übersteigertem Zuckerkonsum litt und sich daraus befreien konnte. Der studierte Betriebswissenschaftler war leitender Angestellter bei Hubert Burda Media und krönte seine Tage über Jahrzehnte mit süßen Leckereien. Er war unzufrieden mit seiner Lebensweise, auch trieb ihn die Angst vor Gesundheitsschäden dazu, endlich eine Lösung des Dilemmas zu finden, und er fand sie. „Ich konnte meinen Süßigkeitenkonsum von einem Tag auf den anderen komplett einstellen und empfand dabei noch nicht einmal das Gefühl einer Entbehrung. Ganz im Gegenteil“, sagt der Autor in der Einleitung.

Was zunächst wie ein leeres, allzu bekanntes Werbeversprechen klingt, erweist sich bei genauerer Betrachtung als ein fundiertes Umprogrammieren der eigenen Einstellung zum Thema Zuckerkonsum. Der Autor duzt die Leser, und so entsteht der Eindruck, dass hier jemand zuhört und auch versteht, woran man schon seit Kindheitstagen ernährungstechnisch leidet.

In 16 Kapiteln informiert Ruck darüber, dass Zucker eine Volksdroge ist, die süchtig macht und die Gesundheit gefährdet. Er deckt verständlich die Zuckerfalle auf, in der wir alle seit Kindertagen hocken und durch Trugbilder, falschen Vorstellungen, dass Süßes so etwas wie „Nervennahrung“ sei und glücklich mache, immer wieder in die Irre geführt werden. Auffällig ist, dass man

schon beim Lesen weniger Lust darauf hat, sich vom Zuckerkonsum an die Kette legen zu lassen, da es dumm erscheint, sich so etwas freiwillig anzutun. Zuckerverzicht ist kein Verlust an Lebensqualität, sondern ein Gewinn in jeder Hinsicht.

Ein wertvoller Ratgeber, den jeder lesen sollte, der zurzeit noch am Zuckertropf hängt. Der Autor betätigt sich auch als Referent und vermittelt Interessierten Einzelkurse. *Silvia Friedrich*

Peter Ruck: „Mit Leichtigkeit aus der Zuckerfalle“, KeKipi Verlag, Freiburg/Br. 2022, Taschenbuch, 190 Seiten, 14,90 Euro

UKRAINE

Liebeserklärung an ein Kulturland

Der Journalist Dietmar Grieser berichtet ohne politische Wertung von seinen Reisen zu verschiedenen Zeiten in eine Region mit bewegter Geschichte – Verständnissvoll und mit Empathie geht er auf die Menschen ein

VON KARLHEINZ LAU

Dietmar Grieser ist ein bekannter österreichischer Journalist, der sich besonders mit der wechselhaften Geschichte der Ukraine und ihren Menschen beschäftigt. 13 bekannte und für einen deutschen Normalbürger weniger bekannte Persönlichkeiten beziehungsweise deren Nachfahren unterschiedlichster Herkunft, die er auf zahlreichen Reisen persönlich getroffen hat, stellt er in „Geliebte Ukraine“ vor. Es ist eine sehr persönliche Auswahl und kein Gesamtbild der Ukraine, das er vermittelt.

Man staunt, wer alles aus diesem Lande stammt. Zu nennen ist der früh verstorbene Gesangsstar Joseph Schmidt aus Czernowitz mit der weltbekannten Melodie „Ein Lied geht um die Welt“ oder der Bauernsohn Leo Bronstein, der unter dem Namen Trotzki Gegenspieler von Stalin war. In dessen Auftrag wurde Trotzki 1940 in Mexiko ermordet.

Lesenswert ist Griesers Schilderung seines Ausflugs nach Donezk 1979, also noch zur Sowjetzeit. Hier übertraf in einer Kohlegrube der Kumpel Stachanow

im Alleingang seine Arbeitsnorm um das Vierzehnfache. Der Held der sozialistischen Arbeit in der UdSSR mit all seinen materiellen Vergünstigungen war geboren. Analog dazu wurde in der SBZ ein Adolf Hennecke 1948 aufgrund seiner Leistungen im Kohlebergbau zu einem Vorbild gekürt.

Eindrucksvoll und mit vielen Details schildert der Autor die Umstände einer Reise in die Sowjetunion mit einem Ziel, das nicht unbedingt im offiziellen Intourist-Programm stand. Er wurde nie allein gelassen. Er zeichnet die Szenen in einer bisher unbekanntem Umgebung nicht hämisch oder kritisch als Westler, sondern verständnisvoll und mit Empathie.

Dies gilt im Grunde für alle Beiträge, besonders hervorgehoben sei das Kapitel über Anatevka und den jiddischen Milchmann Tewje. Es vermittelt Einblicke in die Lebensweise der ukrainischen Bevölkerung mosaikähnlich und christlichen Glaubens in den Zeiten vor dem Ersten Weltkrieg und nach dem Zerfall der Sowjetunion. Griesers Treffen mit der Witwe des Dichters Paul Celan 1976 lässt ahnen, wie der Zerfall der Habsburgermonarchie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhun-

derts sich auf die Befindlichkeit jüdischer Menschen in Mitteleuropa auswirkte. Die zahlreichen Fotos der beschriebenen Personen unterstützen die Texte.

Es gelingt dem Autor, das Bild einer Kulturlandschaft Ukraine zu entwickeln. Ihren Höhepunkt erreichte sie als vor dem Ersten Weltkrieg. Die Diktaturen im 20. Jahrhundert, der Zweite Weltkrieg sowie der gegenwärtige Angriff Russlands zerstörten vieles. Griesers Buch ist eine Liebeserklärung an die Ukraine, auch in der Hoffnung, dieses Land mit seinen Menschen einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Hilfreich wäre eine Übersichtskarte als Ergänzung zu den Texten.



Dietmar Grieser: „Geliebte Ukraine. Auf literarischer Spurensuche zwischen Donezk und Anatevka“, Amalthea Signum Verlag, Wien 2022, gebunden, 156 Seiten, 22 Euro

ZUWANDERUNG

Als Mongole in Deutschland

Tsogbadrakh Bayanjav erzählt die Geschichte seines politisch verfolgten Vaters und stellt Vergleiche mit heutigen Asylbewerbern aus dieser Region an

VON PETER BACKFISCH

Die Zeiten ändern sich, dies gilt vor allem für Einstellungen zu Werten, auch für die Motive eigenständigen Handelns jeweiliger Familiengenerationen. Genau dies ist das Thema von Tsogbadrakh Bayanjav in seinem Buch „Von echten und falschen Asylanten“. Er wurde 1958 geboren und wuchs in Ost-Berlin auf. Sein Vater war dort als Diplomat der Mongolei tätig.

Bayanjav beobachtet die Entwicklungen in Europa wie in seinem Herkunftsland, und schildert die Umbrüche des einst sozialistischen Landes. Die Geschichte beginnt mit dem Leben seines Vaters, einem politisch Verfolgten, einem Asylanten im herkömmlichen Sinn und vergleicht diesen mit heutigen Asylanwärtern.

Die Geschichte des Vaters beginnt im Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg 1941 auf dem Gebiet der Inneren Mongolei. Er war dort in einem kleinen Ort als Grundschullehrer beschäftigt. Eines Tages tauchten zwei Soldaten in chinesischen Uniformen auf und nahmen ihn zum Verhör mit. Man beschuldigte ihn, antikomunistische Propaganda betrieben zu ha-

ben. Es begann ein Leidensweg durch mehrere chinesische Gefängnisse. Ihm gelang schließlich die Flucht. Er erreichte Ulaanbaator, die Hauptstadt der Mongolischen Volksrepublik. Dort ließ er sich nieder und fand einen Weg über den diplomatischen Dienst des Außenhandels in die DDR. Nach 1990 befand sich die ganze Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Sie waren quasi Einwanderer geworden. Mit viel Fleiß erreichte sie einen ausstrahlenden Lebensstandard. Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus in der Mongolei strebten viele seiner Landsleute ins Ausland, obwohl es keine politischen Verfolgungen mehr gab. Die Mongolei ist eine demokratische rechtsstaatliche Republik geworden und gilt als sicherer Drittstaat. Deutschland bleibt ein erstrebtes Ziel. Sehnsucht nach Wohlstand bestimmen die Motive der jungen Menschen.



Tsogbadrakh Bayanjav: „Von echten und falschen Asylanten“, Hess Verlag, Udingen 2022, broschiert, 128 Seiten, 16,80 Euro



**NEIN zum
europäischen
Zentralstaat.**

Nicolaus Fest

de.idgroup.eu

● **AUFGESCHNAPPT**

Damit haben wohl selbst die entschiedensten Lockdown-Kritiker nicht gerechnet: Laut einer Erhebung der EU-Statistikbehörde Eurostat, von der die „Junge Freiheit“ berichtet, hat in 30 untersuchten europäischen Ländern ausgerechnet Schweden die geringste Übersterblichkeit in den Corona-Jahren 2020 bis 2022 aufzuweisen. Verglichen mit den Vorjahren 2017 bis 2019 starben in Schweden nur 4,4 Prozent Menschen mehr. In Deutschland lag die Übersterblichkeit mit 8,6 beinahe doppelt so hoch. Zur Erinnerung: Schweden wurde während der Pandemie von etlichen Seiten aufs Schärfste kritisiert, weil es auf Zwangsmaßnahmen fast vollständig verzichtet und stattdessen auf die freiwillige Selbstverantwortung seiner Bürger gesetzt hat. Daher sagten prominente deutsche Wissenschaftler wie allen voran der Virologe Christian Drosten dem skandinavischen Land horrende Todeszahlen voraus und prognostizierten, dass Stockholm auf die Linie der Zwangsmaßnahmen werde einschwenken müssen – was es zum Glück nicht tat. H.H.

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Der Finanzexperte Thomas Mayer entschließt in der „Welt“ (9. März) das Wesen und das Erbe der Ära Merkel:

„Angela Merkel ... war lange Zeit die beliebteste Politikerin Deutschlands, weil sie Probleme, deren Lösung anstrengend gewesen wäre, zur Erleichterung aller unter den Teppich kehrte. Erst nach ihrem selbst gewählten Abschied von der Politik wurde sichtbar, was alles darunter steckte: eine verfehlte Energiepolitik, eine zerbröselnde Infrastruktur, eine dysfunktionale Staatsbürokratie, die wehrunfähige Bundeswehr und europäische Schuldenberge mit deutscher Haftung.“

Alexander Wallasch wundert sich auf seinem Blog (11. März) hinsichtlich des Schicksals des „Querdenken“-Protagonisten Michael Ballweg über den Zustand des deutschen Rechtsstaats:

„Deutschland heute ist zu einem Land geworden, in dem Michael Ballweg jetzt schon seit neun Monaten in ‚Untersuchungshaft‘ gefangen gehalten wird, aber überführte Vergewaltiger von Minderjährigen wie auch schwere Straftäter wegen Mangels an Beweisen, zu weniger Gefängniszellen (so wird behauptet) oder richterlich attestierter positiver Sozialprognosen freigesprochen werden und sich weiterhin im Land frei bewegen dürfen.“

Der Berliner Verkehrspsychologe Wolfgang Fastenmeier kritisiert in der „Berliner Zeitung“ (14. März) eine Überregulierung des Verkehrsraums in Deutschland:

„Ich sehe ... überschießende Regelungsanstrengungen. Überall scheinen Gefahren zu lauern, die bekämpft werden müssen. Das ist eine Infantilisierung der Menschen. Denn in einem Großsystem wie dem Verkehr gibt es kein Nullrisiko. Jeder setzt sich durch seine Verkehrsteilnahme Gefahren aus.“

Claudio Casula reibt sich angesichts des Geständnisses von Karl Lauterbach, „all die Zeit“ von den vielen schweren Impfschäden gewusst zu haben, die Augen – wie mit ihm wohl ganz Deutschland –, und resümiert auf „Achtgut“ (13. März):

„Bei diesem Minister kommt es auf eine Lüge mehr oder weniger schon lange nicht mehr an. Das Minimum, das nach diesem denkwürdigen Interview zu erwarten ist, ist die Entlassung Karl Lauterbachs. Es wäre eine erste und hoffentlich nicht die letzte Konsequenz, die der hochgradig kriminelle Corona-Skandal zwingend haben muss. So oder so hat Lauterbach politisch ausgespielt, auch wenn er es als Letzter zu bemerken scheint.“

● **WORT DER WOCHE**

„Wie sollen Menschen einem Gesundheitsminister, der immer wieder Dinge sagt, von denen er wissen muss, dass sie nicht stimmen, je wieder vertrauen?“

Filipp Piatov in der „Bild“-Zeitung am 14. März zu Karl Lauterbach, der die Möglichkeit von Impfenwirkungen lange bestritten hatte

DER WOCHENRÜCKBLICK

„Karlantans“ Lohn

Was Karl Lauterbach „all die Zeit“ wusste, und wie er die Verantwortung wieder loswerden könnte

VON HANS HECKEL

Längweilig wird es mit diesem Mann jedenfalls nie. Sein wir doch ehrlich: Im Grunde können wir das Corona-Gerede kaum noch hören. Es sei denn, Karl Lauterbach betritt die Szene. Der weiß sogar nach drei langen Jahren Dauerdebatte immer noch zu überraschen – und zwar wie!

Lauterbach gibt zu: Die Zahlen über massive Impfschäden waren ihm „all die Zeit bekannt“, in welcher der Politiker erst als „SPD-Gesundheitsexperte“ und schließlich als zuständiger Minister die Möglichkeit ebensolcher Schäden vehement bestritten hat. In welcher er das ganze Volk einschließlich der vom Coronavirus kaum gefährdeten Kinder und Jugendlichen zur Zwangsimpfung treiben wollte. In welcher er von der „Pandemie der Ungeimpften“ fabulierte und den Verweigerern „Kontrollen mit Strafen, unangenehm und teuer“ aufdrücken wollte, weil sie angeblich „mit dem Leben der anderen spielen“.

Heute gibt er quasi selber zu, was wir schon lange ahnten: Lauterbach war es, der „spielte“ und ohne tragfähige wissenschaftliche Beweislage, ohne belastbare Zahlen ein Märchen nach dem anderen in die Welt setzte, sich immer neue Folterwerkzeuge ausdachte, um die Deutschen zur „nebenwirkungsfreien“ und „wirksamen“ Impfung zu nötigen, obwohl er „all die Zeit“ wusste, welchem Risiko er die Impflinge aussetzte.

Ein Gesundheitsminister als Fallsteller gutgläubiger Bürger, das ist in dieser Wucht schon etwas Neues, man darf sich wundern. Gar nicht wundern tut uns allerdings, dass der Minister trotz dieser atemberaubenden Fernsehbeichte keinen Anlass sah, die einzig angemessene Konsequenz zu ziehen: den sofortigen Rücktritt. Seinen Stuhl könnte ihn indes etwas anderes kosten, nämlich seine akademische Vergangenheit, in der sich die Ungereimtheiten türmen. Das Online-Magazin „Hintergrund“ hat Lauterbachs bemerkenswerter Biographie eine ganze Serie gewidmet mit dem beklemmend schlüssig klingenden Titel „Der Karlantan“.

Die Lektüre irritiert schon ganz ordentlich. Man fragt sich, was an dem Kerl eigentlich echt ist. Alles, was er angeblich getan, wozu er sich eigenen Angaben qualifiziert haben will, scheint irgendwie krumm, löchrig, zweifelhaft. Im Grunde könnte das den Stoff geben für einen Film über einen Hoch-

stapler, der nicht nur immer durchgekommen ist, sondern der sich mit seinen gesammelten Anmaßungen sogar bis ganz nach oben an die Spitze hat wühlen können.

Damit so etwas gelingt, muss sein Weg freilich gesäumt sein von Leuten, die zu blind sind, um das Blendwerk zu durchschauen, oder von Abgebrühten, denen die Wahrheit schnuppe ist, solange es ihnen in den Kram passt, was der Typ treibt. In der SPD-Führung scheint man sich bei Lauterbach jedenfalls nicht so sicher gewesen zu sein. So kam es, dass er nie wirklich der „SPD-Gesundheitsexperte“ gewesen ist, als der er von Medien ausgewiesen wurde. Dieser Titel kommt ja eigentlich dem Gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktion zu, und das war ganz jemand anderes.

Lauterbachs Ernennung zum Minister kommentierte der damals frischgebackene SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert im Dezember 2021 bemerkenswert distanziert: „Ihr wolltet ihn – ihr kriegt ihn.“ Da war Norbert Röttgen schon deutlich euphorischer. Der CDU-Politiker jubelte, der neue Gesundheitsminister habe sich „aus seiner Persönlichkeit, seinem Intellekt und Engagement heraus ein unglaubliches Vertrauen in der Gesellschaft erarbeitet“. Er freute sich für Lauterbach, „dass das belohnt wird“.

Röttgen war begeistert von ihm

Aber noch mal zu Kühnert: „Ihr wolltet ihn“? Wer wollte ihn denn? Alice Weidel jedenfalls nicht. Die AfD-Fraktionschefin war schon damals von düsteren Vorahnungen geplagt: „Schlimmer hätte es für Deutschland nicht kommen können.“ Aber wer hört der denn schon zu? Aber ahnte Kühnert auch etwas? Mit seinem Ausspruch hat er die Verantwortung für das, was kommen könnte, ja gewissermaßen weiterverwiesen an ein nicht näher umrissenes Publikum. Schlaues Kerlchen, wie sich spätestens heute erweist. Zum Herrn Röttgen sagen wir hier lieber nichts mehr, obwohl sein Zitat in der möglichen Verfilmung auf keinen Fall fehlen darf. Die Leute wollen ja was zum Lachen haben.

Zurück zur Frage, wer „ihn“ nun eigentlich wollte. Da fallen uns vor allen anderen die Medien ein, und hier in vorderster und breitester Front die gebührenfinanzierten. Sie eröffneten einem strunznormalen SPD-Abgeordneten die einmalige Chance, sich ganz groß rauszubringen, so groß, dass wir uns an den amtlichen SPD-Gesundheitsexperten gar nicht mehr erinnern können.

Die Geschichte könnte den Stoff geben für einen Film über einen Hochstapler, der es bis ganz nach oben an die Spitze geschafft hat



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de